



Dr. Anton Dietrich:

Vielseitiger Einsatz für Schwaben

Zu seinem 60. Geburtstag erreichten den Dillinger Landrat zahlreiche Glückwünsche von Repräsentanten des öffentlichen Lebens.

Seite 15



Harald Leitherer:

Landkreisweites eGovernment

Der Schweinfurter Landrat zeichnet verantwortlich für ein bislang einzigartiges Projekt der elektronischen Datenübermittlung in Bayern.

Seite 14



Roland Schwing:

Erfolgreiche Region der Kooperation

Miltenbergs Landrat zog eine positive Bilanz des vier Jahre währenden Pilotprojekts „Regionalmanagement und Regionalmarketing“.

Seite 16

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 27. Februar 2003

54. Jahrgang / Nummer 5

Appell des Bayerischen Städtetags:

Städte vor totalem Absturz bewahren!

Hilfe wird von neuer Berliner „Gestaltungsmehrheit“ erwartet

Die deutschen Städte stecken in der schwersten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Lage wird sich in diesem Jahr weiter dramatisch zuspitzen. Viele Städte sind praktisch nicht mehr handlungsfähig. In Bayern zeichnet sich ein ähnlicher Trend ab, wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags Josef Deimer in München vor der Presse erläuterte.

auf die nachlassende Konjunktur zurückzuführen. Der Hauptgrund sei in der Steuergesetzgebung der vergangenen zehn Jahre zu suchen. Seitdem werde die Gewerbesteuer durch die laufende Anhebung der Freibeträge, die Streichung der Gewerbesteuer, vor allem aber durch die zahlreichen Steuervermeidungstatbestände systematisch demontiert. Darüber hinaus habe der Bundesgesetzgeber durch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zum 1. Januar 2001 massiv in die wichtigste Einnahmequelle der Städte und Gemeinden eingegriffen.



Josef Deimer.

Mit Protestaktionen wollen die bayerischen Städte nunmehr auf ihre desolate Situation aufmerksam machen. „Wir müssen unseren Bürgern die Augen öffnen“, sagte Deimer. In den Städten herrsche große Ratlosigkeit über den „dramatischen Verfall“ der Kommunalfinanzen: „Die Ungeduld wächst, sich Luft zu machen.“ So werde überlegt, an einem bestimmten Tag Schwimmbäder oder Theater nicht zu öffnen. Auch städtische Omnibusse könnten in den Depots bleiben. Beim Städtetag wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die Aktionen vorbereiten soll. Deimer will sich mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden kurzschließen, um die Proteste auf eine breitere Basis zu stellen.

Gewerbesteuerverlust von 375 Millionen Euro (brutto) verkraften. Das sind fast 12 Prozent weniger als gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2001.

Finanzierungsdefizit

Im ersten bis dritten Quartal 2002 betrug das Finanzierungsdefizit der bayerischen Städte und Gemeinden 1,417 Milliarden Euro. Für das Jahr 2003 dürfte dieser Betrag erheblich übertroffen werden. Ein Drittel der Mitgliedsstädte des Bayerischen Städtetags erwartet erhebliche Schwierigkeiten mit den Rechtsaufsichtsbehörden bei der Genehmigung der Haushaltspläne. Grund für diesen dramatischen Verfall der Kommunalfinanzen ist vor allem der Niedergang der Gewerbesteuer. Die bayerischen Städte und Gemeinden mussten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2002 einen

Die Gründe für den Einbruch der Gewerbesteuer sind laut Deimer nur zu einem geringen Teil

Steigende Sozialleistungen

Besonders zu schaffen machen den Kommunen die Sozialleistungen, die bayernweit im ersten mit drittem Vierteljahr 2002 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,5 Prozent auf 2,8 Milliarden Euro gestiegen sind, betonte der Städtetagsvorsitzende. Belastet würden die Kommunen auch durch die Personalausgaben, die bundesweit im Jahr 2002 um 1,5 Prozent zugenommen haben. Für das Jahr 2003 müssten die westdeutschen Kommunalhaushalte auf Grund des aktuellen Tarifabschlusses mit einer Belastung von 2,5 Prozent rechnen. Die Folgen dieser (Fortsetzung auf Seite 3)

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl:

In der Not läßt uns der Bund im Stich!

Enttäuschung über Bundestagsbeschluss, Gewerbesteuerumlage nicht zu senken

„Wenn's drauf ankommt, läßt uns Gemeinden der Bund im Stich“, sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, zum Beschluss des Bundestags, die Gewerbesteuerumlage nicht zu senken. „Wann endlich ist die Bundesregierung bereit, sich ernsthaft mit der kommunalen Finanzmisere zu befassen?“

Im Deutschen Bundestag wurde über Maßnahmen gegen die Gemeindefinanzkrise debattiert. Neueste Schätzungen gehen von einem kommunalen Finanzierungsdefizit der deutschen Städte und Gemeinden von 9,9 Milliarden Euro in diesem Jahr aus. Um die finanzielle Lage der Gemeinden zu verbessern, wollte der Bundesrat - auf Initiative Bayerns - die mit dem Steuersenkungsgesetz in Kraft getretene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zum 1. Januar 2003 zurücknehmen. 2,5 Milliarden Euro jährlich wären so für die Jahre 2003 bis 2006 an kommunalen Mehreinnahmen entstanden. Die Umlageerhöhungen sollten ursprünglich Städte und Gemeinden angemessen an den Steuereinnahmen des Steuersenkungsgesetzes beteiligen. Dies beruhte auf der Annahme unrealistisch hoher Gewerbesteuereinnahmen und der Durchführung bestimmter Gegenfinanzierungsmaßnahmen.

Nachdem Teile der Gegenfinanzierung wie die veränderten Abschreibungsmöglichkeiten für bestimmte Branchen verschoben wurden und sich weitere Schätzgrundlagen für die Gemeinden unerwartet schlecht entwickelt hatten, mussten die Einnahmeprognosen für die Kommunen noch stärker als für Bund und Länder nach unten korrigiert werden. „Die Senkung dieser Umlage ist damit gut begründet, wäre sehr einfach umzusetzen und ist inzwischen dringlicher denn je, um dem Verfall der Städte und Gemeinden entgegenzuwirken“, so Dr. Brandl.



So manches Männerherz würde höher schlagen, könnte dessen Besitzer so legitim sein Arbeitszimmer mit wertvollen Eisenbahnmodellen ausstatten, wie dies beim bayerischen Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Hermann Graf von der Schulenburg, notwendig ist. Die Bahn hat in Bayern noch große Pläne. Dabei setzt sie auf eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen, wie Schulenburg im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte.

GZ-Interview mit Hermann Graf von der Schulenburg:

„Guter Draht zu den Kommunen“

Großes Interesse zeigten die bayerischen Kommunen an der Pressekonferenz, die der bayerische Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn, Hermann Graf von der Schulenburg, kürzlich im Münchner Presseclub gab. Die Vertreter von Städten und Gemeinden sind dabei nicht ohne Sorge geblieben, was ihre Stadtsäckel anbelangt, hat der Bahn-Manager doch die Erwartung geäußert, Bahn und Kommunen könnten für die Finanzierung bestimmter Projekte künftig gemeinsam Verantwortung tragen. Dass sich daran skeptische Phantasie und Widerspruch einiger Vertreter der kommunalen Spitzenverbände entzündete, verwundert nicht, zumal aus Deutscher Bundesbahn und Deutscher Reichsbahn ein Wirtschaftsunternehmen wurde, das Gewinn erwirtschaften soll und am Markt bestehen muss. Über die Pläne der Bahn sprach GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel mit Graf von der Schulenburg.

traggeber, ein großer Arbeitgeber und ein großer Ausbilder, gerade auch im Freistaat.

GZ: Eine Milliarde Euro wollen Sie in Bayern in diesem Jahr investieren. Wie viel da (Fortsetzung auf Seite 4)

GZ: Streckensanierung und Ausbau, attraktive Bahnhöfe und neue Regionalzüge waren Ihre wichtigsten Stichworte im vergangenen Jahr. Wo setzen Sie die Schwerpunkte 2003?

Investitionsmotor

Graf von der Schulenburg: Im letzten Jahr investierte die Deutsche Bahn annähernd eine Milliarde Euro. Heuer erreichen wir ungefähr die gleiche Größenordnung. Modernisierung und Sanierung bleiben unsere Hauptaufgaben um die Grundlagen für einen attraktiven Schienenverkehr in Bayern zu schaffen und sicherzustellen.

Die wichtigsten Maßnahmen sind der Neubau der ICE-Strecke München-Nürnberg und der 4-gleisige Ausbau München-Augsburg, die unter Volldampf weiterlaufen. Eine große, wichtige Maßnahme in Ostbayern und der Oberpfalz ist die Sanierung und der Neitech-Ausbau (Neigtechnik, Anm. d. Red.) für die Erleichterung auf Tempo 160 zwischen Regensburg und Marktredwitz - als ein Beispiel von vielen. Der Ausbau im Allgäu ge-

winnt richtig an Fahrt. Wahrscheinlich können wir auch mit dem Ausbau des S-Bahn-Zweiges Richtung Erlangen und Forchheim noch in diesem Jahr anfangen.

Überall in Bayern zeigen wir, dass die Bahn da ist. Gerade in einer Zeit, in der viele verhalten sind, sind wir flächendeckend ein großer Investitionsmotor. Die Bahn tätigt derzeit Investitionen in Größenordnungen, die auch mit der Vergangenheit kaum vergleichbar sind. Damit sorgen wir für Beschäftigung und Wachstum. Die Bahn ist ein großer Auf-



Ob Sabrinas Chef als „Dult-Affe“ im Fasching geht, ist noch nicht raus. Gesteckt hat ihm diese Idee der Vorsitzende des Städtetags. Weil es derzeit nicht besonders viel zu lachen gibt, hält es der Bürgermeister mit einem Spruch von Ringelatz: „Humor ist der Knopf, der verhindert, dass uns der Kragen platzt.“ Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtag will Bezirken helfen	Seite 2
Misston beim Konnexitätsprinzip	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Eichels rote Zahlen	3
Generationenstudie der Hanns-Seidel-Stiftung	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Verkehrspolitik - ÖPNV	4 - 7
Wasserversorgung - Wasserentsorgung	8/9
Kommunalfahrzeuge - GaLaBau	10/11
Handwerk - Wirtschaft	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Landtag will Bezirken helfen

CSU verweist auf den Nachtragshaushalt für 2004
Opposition vermisst konkrete Festlegungen

„Der Landtag stellt fest, das sich die Bezirke gegenwärtig in einer äußerst schwierigen Finanzsituation befinden“: Dieser Einleitungssatz eines CSU-Dringlichkeitsantrags hat in den Ausschüssen für Finanzen und kommunale Fragen uneingeschränkte Zustimmung erhalten. Ebenso ist es übereinstimmende Forderung aller drei Fraktionen, der Not auf der dritten kommunalen Ebene im Nachtragshaushalt 2004 Rechnung zu tragen. Über das „Wie“ gehen die Meinungen jedoch auseinander.

Die CSU beschränkte sich auf die allgemeine Formulierung, Staatsregierung und Parlament sollten prüfen, ob zusätzliche staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Differenzen um Zuständigkeit des Bundes

Die SPD hatte in ihrem Antrag drei konkrete Punkte genannt: Kosten für Kontingentflüchtlinge, Kosten als Träger der überörtlichen Sozialhilfe sowie Kosten für die Durchführung der Bezirkswahl am 21. September dieses Jahres, dem Tag, an dem auch der Landtag neu ge-

wählt wird. Im Kommunalausschuss meinte Mitberichterstatter Herbert Ettengruber (CSU) zum ersten Punkt, die Kontingentflüchtlinge seien nicht ortsgebunden und fielen deswegen nicht unter die Pflichtleistungen des Staates. Über Punkt zwei sei zu reden, während die Wahlkosten gesetzlich geregelt seien. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger (SPD) hatte von sechs Millionen Euro gesprochen, der Hälfte der gesamten Wahlkosten. Der Prüfantrag der CSU sei zu allgemein und somit eindeutig zu wenig“.

Wie immer bei den Finanzen,

Für kleine Abwasseranlagen:

Mahnung an die Staatsregierung

Landtagsbeschlüsse müssen befolgt werden

Für dezentrale, örtliche Abwasseranlagen hat sich die SPD neuerlich im Landtag eingesetzt. Angesichts sich häufender Klagen, Petitionen und Bürgerbegehren wollte die Opposition die Staatsregierung auffordern, verstärkt für die Genehmigung und den Bau ortsnaher, kleiner und alternativer Abwasseranlagen zu sorgen und damit Landtagsbeschlüssen aus dieser und der vorigen Legislaturperiode gerecht zu werden.

Im Kommunalausschuss lehnte eine knappe CSU-Mehrheit diesen Antrag ab, vier Enthaltungen aus der Regierungsfraktion zeigten jedoch, dass es auch in der CSU Vorbehalte gegen die Genehmigungs- oder Ablehnungspraxis solcher Anlagen gibt.

Ausschussvorsitzender Dr. Herbert Kempfner (CSU) berichtete aus eigener Erfahrung, wie schwierig es sei, die örtlich angemessenste Lösung zu finden. Die Argumente der Wasserwirtschaftsämter seien oft schwer zu widerlegen, auch wenn eine dezentrale, kleine Abwasseranlage sinnvoll erscheine. Für die Antragsteller zitierte der SPD-Abgeordnete Heinz Mehrlich den CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück, der schon vor eini-

ger Zeit beklagt habe, die Behörden bremsten den Landtag aus. Leider habe die „politische Spitze“ es nicht vermocht, Landtagsbeschlüsse in die Praxis umzusetzen.

Herbert Ettengruber (CSU) verwies auf die im Jahr 2000 geänderten Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZ Was). Danach gebe es eine Härtefallklausel für Kommunen mit besonders ungünstigen geografischen bzw. geologischen Voraussetzungen bei der Realisierung von Abwasserprojekten. Die Grünen-Abgeordnete Susanna Tausendfreund meinte, die dezentralen Lösungen seien oft die wirtschaftlichsten. Dr. Kempfner stimmte schließlich mit der Mehrheit gegen den SPD-Antrag. **rm**

stritten CSU und Opposition auch hier über die Zuständigkeit des Bundes. Die Abhilfemöglichkeit liege in Berlin, betonte Ettengruber. Sein Parteifreund Rudolf Peterke erklärte, die Hauptgründe für die Finanznot der Bezirke und der Kommunen lägen in den Einbrüchen bei Grund- und Gewerbesteuer aufgrund der falschen Wirtschaftspolitik des Bundes, der sich auch weigere, die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurückzunehmen. Neue Belastungen träfen die Kommunen durch die Grundversicherungskosten. „Eine Finanzreform auf Bundesebene muss kommen.“ Der Freistaat gebe immerhin jeden fünften Euro seines Etats den Kommunen. Schmitt-Bussinger räumte Versäumnisse des Bundes ein, blieb aber dabei, zunächst sei der Freistaat gefordert.

Innenminister will Sicherheit vor Ort weiter stärken:

Polizei auf der Straße statt in der Amtsstube

Empfehlung des Rechnungshofs zur Schließung von Inspektionen findet im Landtag keine Zustimmung

Ein Höchstmaß an polizeilicher Präsenz in den Städten und Gemeinden“ sicherzustellen und dabei die bestmögliche Sicherheit der Bürger zu erreichen, gerade auch nachts, bleibt das entscheidende Ziel von Innenminister Dr. Günther Beckstein. Damit wies er im Kommunal- und Sicherheitsausschuss des Landtags die Kritik des Obersten Rechnungshofes zurück, der sich für eine deutliche Verringerung der Polizeidienststellen eingesetzt hat. Becksteins Konzept fand im Landtag über die Parteigrenzen weg die Zustimmung der Abgeordneten.

Der Rechnungshof hatte empfohlen, kleine Inspektionsbereiche zusammenzulegen und statt dessen größere Inspektionen ab 60 Beamten einzurichten. So könne die Zahl der Inspektionen um 38 auf 196, die der Polizeistationen um 11 auf 17 verringert werden, ohne die Sicherheit zu beeinträchtigen. Außerdem wolle der Rechnungshof weitere 49 andere Polizeidienststellen geschlossen sehen.

Sicherheitsgefühl

Der Minister berichtete, Überlegungen dieser Art habe sein Ministerium schon 1995 und 1997 geprüft. Teilweise seien auch Organisationsanpassungen“ erfolgt. Vielfach seien diese Anpassungen und weitergehenden Flurbereinigungen jedoch sowohl bei kommunalen Mandatsträgern als auch bei Bürgerinnen und Bürgern äußerst kritisch aufgenommen“ worden. Es habe sich bestätigt, dass das sub-

Susanna Tausendfreund (Grüne) brachte die Bezirksreform wieder in's Gespräch. Ministerpräsident Stoiber habe sie durch ein Machtwort verhindert. Ausschussvorsitzender Dr. Herbert Kempfner (CSU) entgegnete, die Aufgaben der Bezirke hätten bei einer Abschaffung von anderen Organisationen wahrgenommen werden müssen.

Reform des Finanzausgleichs

Der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Johannes Strasser (SPD), forderte die Reform des bayerischen Finanzausgleichs, da die Schere zwischen den starken und schwachen Kommunen immer mehr auseinander gehe. Der Ausgleich müsse über die Schlüsselzuweisungen erfolgen. Ettengruber betonte gegenüber der GZ, ohne sich auf Einzelheiten festzulegen, man könne auch darüber beim Nachtragshaushalt - der im Herbst kommt - reden. **rm**

Die Ortszentren stärken

CSU will Fördermittel beim Bau von Fabrikverkaufszentren von Gesamtkonzepten abhängig machen

Die CSU bemüht sich im Landtag um eine Konkretisierung bzw. Korrektur der letztjährigen Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP), mit der die Errichtung von Fabrikverkaufszentren (FOC) am Stadtrand oder in ausgewiesenen Industriegebieten möglich geworden ist. Die Staatsregierung soll Städtebaufördermittel und Gelder aus flankierenden Programmen davon abhängig machen, dass die betreffende Gemeinde eine „geeignete Entwicklungskonzeption zum Einzelhandel“ hat; und sie soll ihr „Planerisches wie investives Handeln“ sowie die Grundstücks politik „vorrangig auf die Stärkung ihrer Stadt- und Ortszentren ausrichten“.

Der von elf CSU-Abgeordneten eingebrachte Antrag bekam im federführenden kommunalpolitischen Ausschuss die Mehrheit gegen das Nein der Opposition. Mitberichterstatter Rainer Bouther sah die SPD in der Ablehnung der FOC's durch diesen Antrag bestätigt. Er berief sich auch auf die entsprechende Haltung von Städte- und Landkreistag. Das Instrument der Städtebauförderung sei nicht geeignet, landesplanerische Fehlentscheidungen zu korrigieren. Die Grünen-Abgeordnete Susanna Tausendfreund attestierte dem CSU-Antrag „Feigenblattfunktion“. Erst habe sich die CSU entschieden, die Innenstädte zu schwächen, jetzt gebe sie zu, dass das eine Fehlentscheidung war und versuche, mit dem goldenen Zügel einzugreifen“.

Berichterstatter Helmut Schreck (CSU), gleichzeitig Hauptantragsteller, wies dies zurück. Es gehe nicht nur um das Baurecht. Eine Gesamtkonzeption sei notwendig. Im Antrag steht dazu die Forderung, die Kommunen müssen Bürger und örtliche Wirtschaft in geeigneter Weise „bei der Prüfung von Fabrikeinkaufszentren einbinden und solche Projekte durch eine interkommunale Zusammenarbeit aufeinander abstimmen und gemeinschaftlich steuern“. **rm**

mit der Umschaltung von Notrufen und Alarmanrichtungen zur Einsatzzentrale erprobt. Leitlinie bleibe, dass die Polizei mehr auf der Straße, auf Streife als in der Amtsstube in Erscheinung trete, vor allem nachts.

Bürgernähe

Für die CSU bestätigte Manfred Hölzl, von Beruf Polizeibeamter, die Bürgernähe bleibe ein ganz zentraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik“. Dabei gehe es um die höchstmögliche Effizienz des Polizeieinsatzes. Die Sicherheitsdienststellen sollten nicht starr auf EDV blicken, so wichtig sie auch sei, und sich um eine flexible Dienstplangestaltung bemühen. Dem schloß sich Prof. Peter Paul Gantzer (SPD) im Grundsatz an. Er zeigte sich jedoch Zusammenlegungen von Stationen und Inspektionen nicht abgeneigt und sprach vom „Aufstand örtlicher Politiker“ gegen sinnvolle Konzentration der Polizeikräfte. Dem widersprach Rudolf Peterke (CSU), gleichfalls Polizist. Er setzte sich dafür ein, bei Veränderungen immer die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen. Auch Susanna Tausendfreund (Grüne) war anderer Meinung als Gantzer. Der ORH-Bericht zeige, dass bei den Rechnungsprüfern keine Kenntnis der Situation vor Ort vorliege. **rm**

FU-Landesvorstand:

Frauen an die vorderste Front

Bad Wörishofen. Im Rahmen seiner Klausurtagung erörterte der Landesvorstand der bayerischen Frauen Union neue Wege der Bildungspolitik. Landesvorsitzende Maria Eichhorn betonte dass Frauen stärker als bisher in der Öffentlichkeit zu positionieren seien. „Frauen müssen in vorderster Front stehen, in der Partei, in den Medien, in Fachgremien“, so die CSU Politikerin.

Weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Der Wiedereinstieg in den Beruf muss für Frauen vereinfacht werden. Jede Frau soll das Wahlrecht haben sich für das ein oder andere von beides zu entscheiden“, mit dieser Aussage ging die Forderung nach einem bedarfsgeordneten Angebot an Kinderbetreuung für alle Altersstufen einher. Familienförderung für diejenigen, die finanzielle Unterstützung brauchen soll ebenso selbstverständlich sein, wie die Freiwilligkeit der Ganztagsbetreuung. Eng mit dieser Thematik verbunden ist die Frage nach einer Verbesserung der Bildungspolitik. Zwar stehe Bayern nach wie vor an erster Stelle im Vergleich zu den anderen Bundesländern, doch international habe Deutschland schlecht abgeschnitten. Wichtig sei die enge Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindergärten und Schulen. Die Erziehungskompetenz der Eltern müsse gefördert und unterstützt werden. Maria Eichhorn, die sich darüber im Klaren ist, dass mit freiwilligen Veranstaltungen selten die betroffenen Eltern erreicht werden, schlägt vor, die Erziehungsberechtigten schon wesentlich früher einzubinden. Dies könne bereits mit der Geburtsvorbereitung einhergehen. Eine weitere Möglichkeit an die Eltern heran zu treten, sei anlässlich der verpflichtenden Vorsorgeuntersuchungen der Kinder gegeben. Gute Erfahrungen habe man auch bei entsprechenden Modellversuchen in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern gemacht, die direkt vor Ort betroffene Familien und Jugendliche betreuen. Ein wichtiger Punkt sei die ständige Weiterbildung der Lehrkräfte - nicht nur auf fachlichem sondern vor allem auch auf pädagogischem Gebiet. **Karin Steger**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Hermann
93093 Donaustauf
am 9.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arno Wolf
84076 Pfaffenhausen
am 8.3.

Bürgermeister Rudi Fahn
85088 Vohburg/Donau
am 8.3.

Bürgermeister Otto Gascher
84069 Schierling
am 10.3.

Bürgermeister Alois Utz
83357 Gstadt a. Chiemsee
am 12.3.

Bürgermeister Ingo Hahn
97618 Rödelmaier
am 15.3.

Bürgermeister Horst Rössler
86561 Aresing
am 16.3.

Bürgermeister
Gerd Bischoff
87509 Immenstadt
am 18.3.

Bürgermeister
Josef Alter
85290 Geisenfeld
am 19.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Roppert
92266 Ensdorf
am 16.3.

Bürgermeister Josef Ostermeier
84567 Erlbach
am 21.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Heinz Wöfl
94209 Regen
am 9.3.

Bürgermeister Konrad Engel
87746 Erkheim
am 16.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Riemensberger
85386 Eching
am 8.3.

Bürgermeister Franz Schübler
97775 Burgsinn
am 10.3.

Oberbürgermeister
Wolfgang Kreil
95100 Selb
am 21.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Ettl
94350 Falkenfels
am 11.3.

Misston beim Konnexitätsprinzip

SPD lobt Volksbegehren der Freien Wähler - CSU vermutet wahltaktische Gründe

In die jetzt laufenden, entscheidenden Gespräche der drei Landtagsfraktionen über die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Bayerischen Verfassung ist ein Misston gekommen. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget hat das jetzt offiziell beim Innenministerium beantragte Volksbegehren der Freien Wähler „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ in einer Presseerklärung ausdrücklich begrüßt. Diese Initiative, parallel zu den jahrelangen Bemühungen der Opposition, sei ein Etappensieg auf dem Weg zu einer grundsätzlichen Neuordnung des bayerischen Finanzausgleichs.

Dr. Otmar Bernhard (CSU), der Vorsitzende der fraktionsübergreifenden Verfassungskommission des Landtags nannte die Erklärung Magets alles andere als förderlich für das einvernehmliche und gute Klima“ in der Kommission. Warum begrüße die SPD diese außerparlamentarische Initiative, wenn sie gemeinsam mit CSU und Grünen im Landtag schon viel weiter ist als die Freien Wähler“, erfragte Bernhard. Das Konzept für einen Landtagsbeschluss mit Zweidrittelmehrheit als direkte

Stufe zum Volksentscheid am 21. September sei im Gegensatz zur Freien-Wähler-Initiative mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt.

Tanz auf zwei Hochzeiten

Der neue Streit hat seinen Hintergrund in der über das Konnexitätsprinzip hinausgehenden Auseinandersetzung zwischen CSU und Staatsregierung einerseits und der rot-grünen Bundesregierung andererseits. Maget kritisierte, nach wie vor decke

der Freistaat nur einen Teil der Kosten für die Aufgaben, die er den Kommunen übertrage, besonders im Bildungsbereich. Bernhard vermutete, die SPD tanze offenbar aus wahltaktischen Gründen auf zwei Hochzeiten. Die Hauptursache für die desolate Situation der Kommunalfinanzen sei in der Politik der Bundesregierung zu finden.

Bernhards Stellvertreter in der Verhandlungskommission, Harald Güller (SPD), bestätigte, man sei zwar auf einem guten Weg, dass die CSU zustimme, was sie viele Jahre abgelehnt habe. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Christine Stahl erklärte, auch mit Verwirklichung des Konnexitätsprinzips habe die Staatsregierung ihre Hausaufgaben noch lange nicht erledigt. Die Finanznot der Kommunen bleibe auf der politischen Agenda. **rm**

Generationenstudie 2002 der Hanns-Seidel-Stiftung:

Erheblich verschlechterte Stimmungslage

Die allgemeine Stimmungslage hat sich vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen zum Jahresende 2002 erheblich verschlechtert. Dies ist eines der Ergebnisse der von der Hamburger Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS) unter der Leitung von Dr. Helmut Jung im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführten Generationenstudie 2002. Die Nachfolgeuntersuchung zur Generationenstudie 2001, in deren Rahmen bundesweit repräsentativ 2026 Personen befragt wurden, erforschte gleichermaßen die Befindlichkeiten von Jugendlichen (16 bis 34-Jährige) und Senioren (ab 60 Jahre).

Demokratiezufriedenheit und Akzeptanz des politischen Systems in Deutschland leiden bundesweit in allen Altersschichten. Die Unzufriedenheit ist in der ostdeutschen Bevölkerung wesentlich stärker ausgefallen, so das Fazit der GMS bei der Präsentation der Studie in München. Demnach sind mit der Demokratie in Deutschland nur noch 8% „sehr zufrieden“ (Vor-

sundheit überdurchschnittliche Relevanz.

Feste Grundsätze - aber selbstbezogene Werte

Sieht man von graduellen Unterschieden ab, so ist es für Junge und Alte sehr wichtig, das eigene Leben an festen Grundsätzen und Überzeugungen auszurichten. Bemerkenswert ist, dass

vergangenen Monate haben offensichtlich dazu geführt, dass das politische Interesse in der Bevölkerung generell angestiegen, bei den Jungen aber unverändert unterdurchschnittlich ist. Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass sie zwar politische Probleme und Schiefen wahrnehmen, sich aber weniger genau über die Probleme und deren Hintergründe informieren.

Wenig soziales Engagement

Der immer wieder erhobene Vorwurf eines zu geringen sozialen und gesellschaftlichen Engagements wird generationenübergreifend weitgehend akzeptiert. Dies gilt auch für die von den Jungen überdurchschnittlich oft gemachten Einschränkungen, dass Ostdeutschland über weniger Möglichkeiten zum Engagement verfügt. Sowohl bei bestehenden als auch im Hinblick auf geplante Mitgliedschaften sind die Jungen in den klassischen Vereinen und Vereinigungen im Regelfall eher unterrepräsentiert, kompensieren dies aber größtenteils durch überdurchschnittliches Engagement in Umwelt- und Tierschutzgruppen, Vereinen mit sozialen Anliegen, Jugendclubs, Schüler- und Studentenvertretungen. Funktionen oder Ehrenämter in Vereinen und Vereinigungen sind mit Ausnahme von Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen eher eine Domäne der Älteren.

Notwendiges Umdenken

Im Hinblick auf die Notwendigkeit eines Umdenkens und Umbruchs gibt es Konsens zwischen allen Generationen. Den meisten Menschen in Deutschland billigt man die Bereitschaft, diesen Umbruch zu akzeptieren und mitzutragen, aber eher nur teilweise oder gar nicht zu, zeichnet aber gleichzeitig von sich selbst ein wesentlich positiveres Bild, das im Osten und bei den Älteren leicht unterdurchschnittlich ausfällt. Auffallend ist, dass Frauen generell weniger zum Umbruch und Umdenken bereit sind, während junge Männer insgesamt eine überdurchschnittliche Bereitschaft erkennen lassen, einschneidende Veränderungen mitzutragen.

Weniger Karrierestreben

Bei den Grundhaltungen zu Arbeit und Beruf hat der Wertewandel offenbar seine Spuren hinterlassen: So zeigen die Jungen vergleichsweise weniger Ehrgeiz und Karrierestreben und sind überdurchschnittlich oft an einer sicheren Position mit geregelter Arbeitszeit und viel Freizeit interessiert. Die mittlere Generation favorisiert überdurchschnittlich den neuen Typus des Arbeitnehmers, der eher in einem überschaubaren Unternehmen mit moderater Bezahlung arbeiten möchte, durchaus aber viel Arbeitskraft investieren will. Im Gegensatz dazu favorisieren die Älteren, soweit sie noch berufstätig sind, überdurchschnittlich oft den klassischen Typus, der eine verantwortungsvolle Position mit Einfluss, Ansehen und guter Bezahlung anstrebt.

Knapper werdende Verteilungsspielräume

Fazit: Laut Meinungsforscher Dr. Jung wird deutlich, dass ein Umdenken in der Gesellschaft nur dann gelingen wird, „wenn möglichst alle gesellschaftlichen Kräfte daran mitwirken“. DK

Ministerpräsident Stoiber zur Generationenstudie:

Die Menschen erwarten Orientierung

Der Blick der Generationen aufeinander ist trotz der demografischen Entwicklung mit immer enger werdenden Verteilungsspielräumen in Staat und Gesellschaft weiterhin von gegenseitigem Respekt getragen. Wie Ministerpräsident Edmund Stoiber bemerkte, erwarteten Menschen aller Generationen von der Politik Orientierung, Vertrauen sei zunehmend der Schlüssel zur Führungsfähigkeit der Demokratie.

Wenn auch heute der geistig-kulturelle Riss der 60-er und 70-er Jahre zwischen den Generationen überwunden sei, „so zeichnet sich aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland ein sozialer Riss ab, wenn nicht bald entschieden gegengesteuert wird“, sagte Stoiber. Der organische Aufbau einer Gesellschaft, wie er seit Jahrzehnten bestehe, werde zerstört - „eine völlig neue Herausforderung“. Deutschland lebe über seine Verhältnisse, kritisierte Stoiber. Längst sei das Land ein Sanierungsfall, Standards müssten heruntergefahren werden. Den Verlust von Beitragszahlern durch Einwanderung zu kompensieren, lehnte der CSU-Vorsitzende ab.

Ungesteuerte Zuwanderung löse keine Probleme. Benötigt werde vielmehr eine gezielte Öffnung für hochqualifizierte Fachkräfte, Unternehmer und Wissenschaftler. Wichtig sei es aber vor allem, die eigenen Leute an Deutschland zu binden, zogen doch immer mehr junge Menschen nicht nur aus steuerlichen Gründen, sondern auch wegen wirtschaftlichen Perspektiven ins Ausland.

Um der Abwärtsspirale entgegenzuwirken, sei es zudem dringend geboten, das Renteneintrittsalter wieder anzuheben, erklärte Stoiber. Außerdem müssten die Familien gestärkt werden. Anders als die SPD strebe die CSU keinesfalls „die Luftkheit über den Kinderbetten“ an. Diese gehöre allein den Eltern. Der Ministerpräsident zeigte sich in diesem Zusammenhang zuversichtlich, dass die Geburtenrate in den nächsten zehn bis 15 Jahren wieder steigt. DK

jahr 14%), „einigermaßen zufrieden“ 56% (54%) und „unzufrieden“ 34% (29%). In Ostdeutschland sind nur 5% der Befragten „sehr zufrieden“, sogar 48% „unzufrieden“. Der Grad der Zustimmung hängt dabei in hohem Maße von der Wahrnehmung der aktuellen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen ab.

Erhöhter Problemdruck

Angesichts der wesentlich negativer gewordenen Stimmungskennzeichen verwundert es nicht, dass der erhöhte Problemdruck dazu führt, dass nahezu alle wichtigen politischen Fragen und Aufgaben deutlich häufiger genannt werden, als in der ersten Generationenstudie. Dies gilt vor allem für Themenkomplexe wie Arbeit, Steuern/Finanzen, Wirtschaft, soziale Sicherheit, Schule, Bildung und Gesundheit. Unverkennbar ist, dass die Generationen bei der Nennung von politischen Problemen und Aufgaben unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Für die Jungen sind Arbeit, Bildung, Familie, Frieden (Irak) und Umwelt überdurchschnittlich wichtig, bei den Älteren haben Renten und Ge-

Jung und Alt im Hinblick auf die Wichtigkeit der fünf für die Bevölkerung besonders relevanten Werte völlige Übereinstimmung aufweisen. Ungeachtet dieses Grundkonsenses bei den Werten Kontakt/Vertrauen, Sicherheit, Harmonie/Ästhetik, Verantwortung und Pflichterfüllung bleibt jedoch festzuhalten, dass der Wertewandel weiter zugunsten selbstbezogener und zu Lasten gemeinschaftsbezogener Werte vorangeschritten ist und es bei Werten mittlerer Wichtigkeit teils deutliche Unterschiede in den Einstufungen gibt. So räumen die Jungen vor allem Daseinsgenuss und Selbstverwirklichung, Wissensweiterung, Unabhängigkeit einen vergleichsweise sehr hohen Stellenwert ein, während Moral, Privacy und vor allem Religiosität für sie eine deutlich unterdurchschnittliche Bedeutung besitzen. Schule und Elternhaus werden hingegen von beiden Generationen als die wertsetzenden Instanzen betrachtet.

Malus für wirtschaftliche Entwicklung

Die ausgesprochen negativ bewerteten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der

GZ

Kolumne
Luitpold Braun

die vorgesehene Begrenzung des bayerischen Kommunalrechts, mittels der die Kommunen zur Einhaltung der Bestimmungen des Artikels 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des Europäischen Stabilitäts- und Wirtschaftspaktes verpflichtet werden sollen, ist für diese nicht unproblematisch. Der Stabilitätspakt legt ja fest, dass das öffentliche Defizit im Verhältnis



der Bund können ihre Haushalte streng an Prozent-Grenzen ausrichten. Und im Übrigen wird zwar kaum darüber gesprochen, es ist aber trotzdem eine Tatsache, dass der Bund in den vergangenen vier Jahren unerhört hohe Kredite aufgenommen hat. Ausweislich einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums waren dies 1999 26,1 Mrd. €, 2000 23,8 Mrd. €, 2001 22,8 Mrd. € und 2002 31,8 Mrd. €. Zusammengekommen sind das für diese vier Jahre 104,5 Mrd. € zusätzlicher Schuldentilgungen!

Wenn man diese Zahl betrachtet, bleibt von der selbstgewählten Titulierung des Herrn Eichel als „Sparminister“ nicht mehr viel übrig. Ganz im Gegenteil: Diese Zahlen zeigen, dass von einem langfristigen Sparerfolg keine Rede sein kann. Und sie machen auch die Veranschlagung einer Nettokreditaufnahme von 18,9 Mrd. € für das Jahr 2003 völlig unglaubwürdig. Dies gerade auch im Hinblick darauf, dass mit einem auch nur einigermaßen nennenswerten Wirtschaftswachstum für 2003 nicht zu rechnen ist. Diese unerfreuliche Tatsache wird allen Gebietskörperschaften in Deutschland in den kommenden Jahren noch zu schaffen machen.

Des „Sparministers“ rote Zahlen

zum Bruttoinlandsprodukt einen bestimmten Referenzwert, nämlich zur Zeit drei Prozent, nicht überschreiten darf.

Gerade für kleine Kommunen ist dies oft außerordentlich schwer einzuhalten, da bereits eine einzelne größere Investition, wie zum Beispiel Abwasserbaumaßnahmen, zur Überschreitung dieses Grenzwertes in einem oder mehreren Jahren führen kann. Genauso verhält es sich mit der Begrenzung des jährlichen Ausgabenwachstums auf jeweils ein Prozent im Jahresdurchschnitt. Bei kleinen Haushalten gibt es allein schon einnahmebedingt immer größere Ausschläge.

Lediglich sehr große Städte, die Länder und

Städte vor totalem ...

(Fortsetzung von Seite 1)

beängstigenden Entwicklung seien drastische Einschnitte bei den kommunalen Investitionen. In Bayern sind die Ausgaben für Baumaßnahmen 2002 gegenüber dem Vorjahr um 11,2 Prozent zurückgegangen.

Neue Schuldenaufnahme

Deimer zufolge können sich viele Städte nur noch durch Schuldenaufnahme über Wasser halten. Sie müssten Ausgaben für Sozialhilfe oder Personal dauerhaft über Kassenkredite finanzieren, die eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe erlaubt seien. Bereits zur Jahresmitte 2002 hätten sich die kommunalen Kassenkredite bundesweit auf 11,7 Milliarden Euro summiert. Damit seien sie mehr als zehn Mal so hoch wie im Jahr 1992 gewesen.

Keine Bevormundung

Ablehnend steht der Bayerische Städtetag der Absicht der Bayerischen Staatsregierung gegenüber, den Städten Cross-Border-Leasing-Geschäfte oder Sale-and-lease-back-Geschäfte per Gesetz zu verbieten. Das Bayerische Kabinett hat einen entsprechenden Gesetzentwurf im Landtag eingebracht. Der Spitzenverband hält das Vorgehen der Staatsregierung für eine unzulässige Bevormundung der Städte. Nach Deimers Auffassung kommen die alternativen Finanzierungsmodelle ohnehin nur für große Städte in Frage. Diese seien aber selbst in der Lage, das finanzielle Risiko hinreichend abzuschätzen. Deimer: „Der Staat sollte sich überlegen, warum die Kommunen gezwungen sind, solche Wege zu gehen. Würde er für eine ausreichende Finanzausstattung sorgen, müssten sich die Städte Geld nicht über Steuerparmodelle beschaffen.“

Derzeit gibt es in Deutschland ca. 120 Cross-Border-Leasing-Transaktionen, davon fünf in Bayern. Bislang will nur die Bayerische Staatsregierung solche Finanzierungsmodelle verbieten. Probleme sind bisher in keinem Fall aufgetreten. Die Bedenken der Staatsregierung, dass Cross-Border-Leasing bzw. Sa-

le-and-lease-back-Geschäfte mit hohen Risiken für die Städte verbunden seien, kann im Städtetag nicht nachvollzogen werden. Schließlich könnten Risiken durch Verträge mit kompetenten Partnern ausgeschaltet werden.

Beim Abschluss von US-Cross-Border-Geschäften handelt es sich um legale Verträge, mit dem Ziel, die Steuerersparnis amerikanischer Investoren zur Hälfte dem deutschen Leasingnehmer zu Gute kommen zu lassen. Bei Sale-and-lease-back-Geschäften fallen Erbschaftssteueranteile an, die ebenfalls zwischen Leasinggeber und Leasingnehmer geteilt werden. Die Steuerersparnis geht zu Lasten des deutschen Fiskus. Daraus allerdings den Kommunen unmoralisches Verhalten vorzuwerfen, ist nach Ansicht des Städtetags unredlich. Von privaten Unter-

nehmen werde diese Form von Steuerersparnis-Geschäften in großem Umfang betrieben.

Der Bundesgesetzgeber habe mit Zustimmung der Länder diese steuerliche Gestaltungsmöglichkeit seit Jahren eröffnet. Wenn die Kommunen sich in vielen Bereichen dem Wettbewerb mit privaten Unternehmen stellen müssten, wie z. B. im ÖPNV oder in der Abfallbeseitigung, sollten sie die gleichen Steuerpräferenzen bekommen. Sollte dem Bayerischen Finanzministerium diese Art der Steuerersparnis nicht gefallen, wäre es folgerichtig, die Steuergesetzgebung entsprechend für alle Unternehmen zu ändern. Deimer: „Wer auf der einen Seite den Wettbewerb zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen forciert, muss auf der anderen Seite auch akzeptieren, dass für beide die gleichen Steuergesetze gelten. Mit Moral hat das nichts zu tun.“ DK

Gestaltungsmehrheit soll helfen

1. Städtetagsvorsitzender Josef Deimer appelliert an die neue „Gestaltungsmehrheit“ von CDU/CSU, ihren gewonnenen Einfluss zu nutzen, um den Kommunen aus der schwersten Finanzkrise seit Bestehen der Republik zu helfen. Um die Städte vor der Zahlungsunfähigkeit zu retten, fordert der Bayerische Städtetag, als Sofortmaßnahmen die Gewerbesteuerumlage auf den Stand von 2001 zurückzuführen. Das brächte den Städten bundesweit sofort 2,27 Milliarden Euro. Der Verband fordert weiter, dass die sog. gewerbsteuerliche Organschaft beseitigt wird, die es Unternehmen erlaubt, durch Verrechnen von Gewinnen und Verlusten ihre Steuerschuld auf Null zu reduzieren. Diese Steuerrechtsänderung würde den Städten in diesem Jahr 214 und im nächsten Jahr 493 Millionen Euro in die Kassen bringen.

2. Der Städtetag appelliert an die neue Gestaltungsmehrheit, sich für eine Modernisierung der Gewerbesteuer einzusetzen. Der Verband hat hierzu das Modell einer kommunalen Betriebssteuer vorgelegt. Dieses sieht im Prinzip vor, dass die Wertschöpfung vor Ort Maßstab für die Steuerschuld ist. Darüber hinaus soll die Steuer neben den bisherigen Gewerbesteuern auch die Freiberufler und Selbstständigen erfassen. Damit würde die Basis verbreitert, mit der Folge, dass der Steuersatz von gegenwärtig 16 Prozent bei der Gewerbesteuer unter 10 Prozent sinken würde. Das Aufkommen dieser Steuer soll sich am Gewerbesteuerertrag des Jahres 2000 orientieren.

3. Der Städtetag appelliert an die Gestaltungsmehrheit, das Steuermodell des Bundes der Deutschen Industrie (BDI) abzulehnen. Dieses Modell sieht vor, die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen per Hebesatz heranzuziehen und die Betriebe von der Gewerbesteuer zu befreien. Das Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer würde allerdings zu einer massiven Stadtfucht der Bürger führen.

4. Von der Staatsregierung erwartet der Städtetag, dass sie endlich das Problem der kommunalen Schulden angeht. Der Freistaat entlastet sich jährlich um rund 185 Millionen Euro, weil seine Zuschüsse zu den Gehältern der Lehrer bei weitem nicht die tatsächlichen Kosten decken. DK

Guter Draht zu den Kommunen

(Fortsetzung von Seite 1)
von geht an regionale Auftraggeber aus Bayern?

Graf von der Schulenburg: Wenn Sie in Gänze die Rolle der Bahn als Auftraggeber betrachten, ist das Volumen sogar noch weit umfangreicher als diese eine Milliarde Euro. Das liegt u. a. daran, dass wir über die Zulieferindustrie noch große zusätzliche Potenziale für Fahrzeuge, Gleisbau, u.v.a.m. erschließen, die ebenfalls in Bayern beheimatet sind. Deutlich über eine Milliarde Euro an Bahn-Investitionen kommen bayerischen Firmen zugute. Neben den rund 30.000 Arbeitsplätzen der Bahn in Bayern gibt es im Freistaat an die 40.000 weitere Arbeitsplätze, die ebenfalls durch unser Investitions- und Einkaufsvolumen gesichert werden.

GZ: Wie geht es weiter mit der neuen ICE-Strecke? Geplant ist die Fertigstellung bis 2006 bis zur Fußballweltmeisterschaft. Liegen Sie gut in der Zeit?

Graf von der Schulenburg: Wir sind jetzt deutlich in der zweiten Hälfte angekommen. Die Schwierigkeiten - geologische Probleme vor allem - im Neubaubereich nördlich von Ingolstadt haben wir überwunden. Wir sind jetzt guter Dinge, dass wir die Strecke 2006 fertig stellen. Zur Fußball-WM sollen die ersten Züge zwischen München und Nürnberg als Shuttle verkehren.

Probleme bei der Fußball-WM

GZ: Der ICE fährt von Hauptbahnhof zu Hauptbahnhof. Wie kommen die Leute zum Stadion?

Graf von der Schulenburg: Da müssen Sie die Fußballvereine fragen, die das Münchner Stadion dort haben wollten. In Nürnberg ist das überhaupt kein Problem. Im Gegenteil. Wir sind gerade dabei, die Station Frankenstadion zu verbessern, die aber schon relativ gut ist. Wir werden das Volumen vom Hauptbahnhof über die S-Bahn - die S2 in Nürnberg - gut bewältigen können. Da gibt es keine Probleme. Hier in München ist ein Standort gewählt worden, der ist autobahnaffin, aber weit von der Bahn. Das bedauern wir. Das ist eine Entscheidung der Stadt gewesen, vor allem unter Druck von Fußball-Funktionären. Jetzt merkt man an allen Ecken und Enden, dass das verkehrlich schwierig wird. Wir werden das, was uns möglich ist, selbstverständlich sicherstellen, um hier die Verkehre zu optimieren. Auch über die neuen Strecken Nürnberg-München und Augsburg-München können wir dafür sorgen, dass viele aus dem weiteren Nahbereich zum Stadion München kommen. Für die enge Anbindung vor Ort ist der direkte öffentliche Nahverkehr gefragt. Wir helfen, wo wir können.

GZ: In welcher Größenordnung werden da noch Investitionen nötig?

Graf von der Schulenburg: Von Seiten der Schiene - der S-Bahn - wären es um die 40 Millionen Euro. Das ist aber utopisch, weil es zeitlich gar nicht mehr drin ist, dort einen völlig neuen Streckenast zu planen und umzusetzen. Wirtschaftlich wäre es ohnehin fragwürdig. Hier müssten öffentliche Gelder eingesetzt werden. Wir wissen, wie schwierig es ist, da Freiräume zu finden. Und Sie sehen, auch die Stadt hat keinen Pfennig mehr. Sie muss jetzt ihre Ausbauprogramme an anderen Stellen kürzen, um möglicherweise die U-Bahn zu ertüchtigen.

GZ: Sie sprachen vor der

Presse über Ausbaupläne - gerade im fränkischen Raum?

Ausbaupläne

Graf von der Schulenburg: Wir haben im vergangenen Jahr eine Vereinbarung mit dem Freistaat generell zum Ausbau des Nürnberger S-Bahn-Systems getroffen. Diese Abmachungen werden wir heuer noch detaillierter gestalten in den Planungen zur Umsetzung. Bis 2010 wollen wir das S-Bahn-System schrittweise ertüchtigen über die



„Maxl“ soll das Maskottchen in Bayern heißen, mit dem die Bahn um Sympathien wirbt. „Selbstverständlich wird der eine Lederhose tragen“, verriet der bayerische Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn, Hermann Graf von der Schulenburg. GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel. Für „den Rest der Republik“ heißt der nette Kerl „Maxl“ und wirbt mit einer Arbeitskluft in leuchtendem Orange um Verständnis für die Bauarbeiten, durch die der Schienenverkehr letztlich komfortabler, schneller und angenehmer für die Reisenden wird. ☞

Äste Forchheim, dann nach Neumarkt und den Ast nach Ansbach und nach Hartmannshof, wobei einzelne Äste teilweise schon früher fertig gestellt werden.

GZ: Die Sanierung der Münchner S-Bahn-Stammstrecke scheint gut voranzukommen. Es wirkt alles wohl organisiert und die Bahnkunden akzeptieren die nötigen Einschränkungen.

Graf von der Schulenburg: Wir sind ganz froh, weil das eine riesengroße Baustelle für uns als Bahn ist. An der Hauptschlagader des Nahverkehrssystems München müssen wir an den Wochenenden umfangreiche Baumaßnahmen vornehmen. Von 56 haben wir jetzt vier Bauwochenenden gut überstanden und sind sehr beeindruckt; auch wie die Fahrgäste sich darauf eingestellt haben. Sie gehen damit sehr verständnisvoll, um.

GZ: Liegt das auch an der Art der Kommunikation?

Graf von der Schulenburg: Ja, da haben wir durchaus Anstrengungen unternommen, die wir bisher nie getätigt haben. Das war von der Baustellenlogistik, wie auch von der Information der Fahrgäste schon eine ganz neue Qualität.

GZ: Sie sprachen über langfristige Vereinbarungen der Bahn mit dem Freistaat Bayern über die Entwicklung von Schienen- und Schienennahverkehr.

Attraktivitätssteigerung

Graf von der Schulenburg: Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Attraktivitätssteigerung der Bahn. Wir werden einen Zehn- oder Elf-Jahresvertrag mit dem Freistaat Bayern abschließen. Auf dieser langfristigen Basis für eine verlässliche Zusammenarbeit können wir entsprechend investieren; wir können verstärkt zusätzliche Züge bestellen. Damit schaffen wir Planungssicherheit und Investitionssicherheit. Die Verhandlungen sind in ihrer Endphase. Ich

bin zuversichtlich, dass wir vor Ostern fertig werden.

Rahmenvereinbarungen mit dem Freistaat ...

Zudem wollen wir mit dem Freistaat eine Konzeption entwickeln und langfristige Rahmenvereinbarungen darüber treffen, wie sich der Schienenverkehr entwickeln soll. Da geht es darum, dass wir unsere Investitionsplanung in die Infrastruktur, in die Bahnhöfe usw., aber auch unsere langfristigen Über-

legungen von Schienenpersonenfernverkehr und von Güterverkehr soweit abstimmen, dass auch die Entscheidungen der Verkehrspolitik dazu passen.

GZ: Sie haben die Bahnhöfe erwähnt, die Sie nicht nur als bahneigene Investitionen sehen, sondern als Tor zur Kommune insgesamt. So war wohl Ihre Forderung zu verstehen, dass sich die Gemeinden beteiligen sollten am Bahnhofsausbau.

... und den Kommunen

Graf von der Schulenburg: Wir haben gute Beispiele dafür, dass das möglich ist. Das müssen wir verstärken, im Interesse der Kommunen. Wir haben große, sehr attraktive Investitionsprogramme abgeschlossen, wie den Nürnberger Hauptbahnhof, wie den neuen Bahnhof von Oberstdorf oder auch den neuen Bahnhof in Memmingen, um nur einige zu nennen. Wir haben viel getan, im investiven Bereich für unsere Bahnhöfe. Es besteht aber nach wie vor großer Bedarf. Die Bahn hat allein in Bayern um die 900 Bahnhöfe und Stationen. Wir können flächendeckend nur zu einer Verbesserung des Erscheinungsbildes kommen, wenn wir das gemeinsam mit den Kommunen schaffen. Das betrifft insbesondere die Empfangsgebäude. Die Verkehrsstationen, das heißt die Bahnsteige und deren Überdachung und Zuwege sind in der Regel Bahnaufgaben direkt mit entsprechender Infrastrukturfinanzierungsmöglichkeit. Aber wenn es um attraktivere Bahnhofsgebäude, Vermarktungsbecken, etc. geht: da brauchen wir die Gemeinden.

GZ: Wie stellen Sie sich das konkret vor?

Graf von der Schulenburg: Das ist jeweils vom Einzelfall abhängig. Die Kommunen kennen sich vor Ort viel besser aus. Sie können sagen: „wir gehen direkt mit ins Risiko“; es gibt auch indirekte Möglichkeiten,

dass die Gemeinden z. B. Investoren kennen und haben, die sagen: „wir steigen hier mit ein und investieren in Teile des Gebäudes“. Das kann auch dahin gehen, dass wir gewisse Vereinbarungen treffen, die gesamthaft die Entwicklung des Bahnhofs und seines Umfeldes sehen, wo man dann entsprechende Vorteile für alle Seiten generieren kann und so Finanzierungsmittel erschließt. Da gibt es eine breite Palette.

Beispiel Starnberg

GZ: Gibt es gute Beispiele?

Graf von der Schulenburg: Selbstverständlich gibt es die. In Leipzig - das liegt zwar nicht in Bayern - haben Investoren das gesamte Umfeld um den Bahnhof gestaltet und finanziert. Die Stadt hat mitgemacht. In Buchloe gibt es eine große Unterführung, die gemeinsam von Stadt und Bahn finanziert wurde, weil es ein gemeinsames Interesse gab. Die Stadt Starnberg hat einen neuen Bahnhof errichtet. Wir tauschen jetzt den alten gegen den neuen. Wir sind da auch zusammen in Grundstückstransaktionen weil neue Gleise verlegt werden müssen. Da sind wir auf einem guten Weg. Das Beispiel ist für uns deshalb ganz interessant, weil wir die Verträge noch mit dem vorigen Ersten Bürgermeister geschlossen haben. Zusätzlich zu seinem kommunalen Mandat war Heribert Thallmair aber auch der Präsident des Bayerischen Gemeindetags. Insofern denken wir, dass das Modell Starnberg besonderen Vorbildcharakter haben kann für eine vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit zwischen den bayerischen Kommunen und der Bahn.

Keine gemeinnützigen Aufgaben

GZ: Viele sehen in der Monopolisierung der Bahn auch eine Verpflichtung zur Gemeinnützigkeit.

Graf von der Schulenburg: Seit der Bahnreform hat die Bahn keine gemeinnützigen Aufgaben mehr. Sie muss ihre sämtlichen Leistungen wirtschaftlich refinanzieren. Und das hat entsprechende Auswirkungen. Im Bereich der Bahnhöfe bedeutet dies zum Beispiel, dass alle Maßnahmen wirtschaftlich darstellbar sein müssen. Deswegen muss man u. a. auch Chancen suchen, mit den Gemeinden gemeinsam zu guten Projekten zu kommen, die letztendlich beiden nutzen. Wir müssen an den Rahmenbedingungen gemessen werden, die der Gesetzgeber uns seit der Bahnreform aufgegeben hat und nicht an Vorstellungen, die heute nicht mehr gelten.

GZ: Dass Sie Ihre Haltepunkte auf Vordermann bringen wollen, steht aber in Ihrem Programm. Als Beispiel führen Sie die Modernisierung der Rangaubahn an.

Präsenz in der Fläche

Graf von der Schulenburg: Ich wollte anhand dieses Beispiels zeigen, dass wir in der Fläche präsent sind, dass wir uns nicht nur auf ein paar schöne Projekte stützen. Die Modernisierung der Rangau-Bahn steht dieses Jahr an. Zusätzlich zur Modernisierung der ganzen Strecke nehmen wir auch gleich die Haltepunkte in Angriff und bringen die Verkehrsstationen auf Vordermann. Und zwar den Teil des Bahnhofs, der dazu dient, die Reisenden an die Bahn zu bringen, also Bahnsteig, Bahnsteig-Dach, Wartemöglichkeiten auf dem Bahnsteig, Zuwegung, sprich: oft behindertengerichteter Zugang, usw. Das hat für uns Priorität. Weniger interessant sind für uns die Empfangsgebäude. Sie bringen uns kein

Geld; wir haben keinen direkten Nutzen davon.

Interessant ist bestimmt, dass wir seit 1996 sowohl Angebot als auch Nachfrage um gut 20 Prozent steigern konnten. Das führt zu einem zusätzlichen Bedarf an Haltepunkten.

Geänderte Anforderungen

Vielleicht muss man bei den Bahnhofsgebäuden noch dazu sagen, dass diese - entgegen der landläufigen Meinung - heute für die Reisenden in vielen kleinen und mittleren Haltepunkten keine Funktion mehr haben. Da kursiert noch vielfach das alte Bild aus der Zeit der Dampfloks: Ein großes Gebäude war damals nötig, in dem viele Eisenbahner ihren Dienst versahen. Heute, wo der Bahnbetrieb vielfach elektronisch läuft, ist das nicht mehr notwendig. Auch die Fahrkarten kommen aus dem Automaten, oder der Pendler hat sie im Jahresabo. Deswegen bringt der Fahrkartenverkauf in einem Gebäude kaum Umsätze. Da wandeln sich die Anforderungen und damit natürlich auch die Anlagen.

Denkmalschutzaufgaben

GZ: Damit kommen wir zu den historischen Gebäuden, und auch zu der Frage, wie durch Bauwerke der Bahn das Ortsbild positiv oder negativ beeinflusst wird.

Graf von der Schulenburg: Das kommt dazu. Wir haben Denkmalschutzaufgaben, die uns schon in ihrer Quantität sehr belasten. Von der Qualität ganz zu schweigen...

GZ: Den Münchner Hauptbahnhof z. B. in seinem historischen Originalzustand wiederherzustellen ...

Graf von der Schulenburg: ...den hat's doch nie gegeben! Da waren immer Zwischenzustände. Eine bunte Mischung von Zuständen. Natürlich brauchen wir ein Gesamtkonzept, das durchaus auch Altes aufgreifen kann; das ist keine Frage. Es muss insgesamt für den heutigen Bedarf passen. Die Funktion des Bahnhofs hat sich geändert und entsprechend muss man auch damit umgehen, ob in einer Landeshauptstadt, oder draußen „in der Fläche“.

Kontakt mit den Spitzenverbänden

GZ: Dafür brauchen Sie die Nähe zu den Kommunen. Stehen Sie in gutem Kontakt zu den kommunalen Spitzenverbänden?

Graf von der Schulenburg: Beim Bayerischen Gemeindetag gibt es eine neue Spitze. Erste Kontakte haben wir bereits aufgenommen. Ich denke, das können wir in Kürze vertiefen. Ebenso wichtig ist uns der Bayerische Städtetag. Zu Herrn Deimer haben wir ein sehr gutes Verhältnis. „Ein guter Draht“ zu den Kommunen liegt uns sehr am Herzen. Wir richten immer wieder den Appell an alle Beteiligten: Seht uns als Bahn wie wir heute sind! Wenn es Probleme gibt - das kommt in Einzelfällen immer vor - stehe ich sehr gerne als Ansprechpartner zur Verfügung. Auf der Fach- und Arbeitsebene kennen die Leute sich ohnehin. Wenn ich vor Ort bin, sehe ich, wie gut man auch im Detail zusammen arbeitet.

Konfliktpunkt Grundstücke

Ein Thema, auf das ich unbedingt hinweisen möchte, ist das Thema Grundstücke. An dieser Schnittstelle zwischen Bahn und Kommunen gibt es immer wieder Ärger. Vielfach wird von den Kommunen angenommen - auch verständlicher Weise - dass die Grundstücke, die traditionell der

Bahn gehörten, immer noch in deren Besitz seien. Das ist jedoch nicht der Fall. Häufig gehören sie einer Vielzahl von unterschiedlichen Eigentümern, die nicht mehr direkt von uns beeinflusst werden. Ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt der Bahnreform war es, dass die Gelder, die man braucht, um das Unternehmen Bahn zu sanieren, aus der Veräußerung von Immobilienbesitz kommen. Deswegen haben wir auch nichts zu verschenken. Wir haben aber, und das ist mir ganz wichtig, ein gesamthafes Interesse an guten gemeinsamen Konzepten mit den Kommunen gerade im Umfeld der Bahnhöfe. Das sind „Verkehrsdrehscheiben“ mit Parkplätzen, Omnibusen und eben auch der Bahn.

GZ: In der Münchner Landsberger Straße errichtet die Mindelheimer Firma Riebel ein großes Projekt. Peugeot Deutschland wird einziehen. Zur Bahn hin entsteht eine wunderschöne Parkanlage.

Graf von der Schulenburg: Die gesamte Achse zwischen Hauptbahnhof und Pasing wird in sehr engem Schulterschluss mit der Stadt realisiert und nur so geht es. Das ist ein sehr gutes Beispiel. Aber es zeigt auch, dass es sich um einen langwierigen Prozess handelt. Wenn Kommune und Bahn frühzeitig gemeinsam darangehen, haben beide etwas davon.

GZ: Es gibt wieder neue Preissysteme. Wie „sozialverträglich“ sind diese?

Graf von der Schulenburg: Das ist kein Gesichtspunkt. Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen und kein Wohlfahrtsverein. Ganz einfach.

GZ: Man unterstellt immer wieder mangelnde Familienfreundlichkeit.

Graf von der Schulenburg: Das ist an sich kein Argument für die Bahn.

GZ: Wenn vier Personen gemeinsam verreisen, kommt die Nutzung des PKWs von den Kosten her häufig billiger. Die Bahn, die ohnehin fährt, wird also dann vier Fahrscheine nicht verkaufen.

Die Bahn ist familienfreundlich

Graf von der Schulenburg: Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der soziale Aspekt ist für die Bahn zunächst kein Argument. Wir sagen aber, dass Familien für uns eine wichtige Kundengruppe sind; also haben wir unser Preissystem - das werden Sie feststellen, dass das so ist - sehr, sehr familienfreundlich und kinderfreundlich gestaltet. Aber Sozialverträglichkeit und dergleichen und dazu auch die Familienkomponente, ist nicht aus sozialen Gesichtspunkten für uns ein Argument. Es kann auch nicht sein. Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen und kein Wohlfahrtsverein. Und dort, wo die Bahn indirekt im Auftrag der Länder, die eine Gemeinwohlverpflichtung haben, Verkehre fährt, haben die Länder auch entsprechende Möglichkeiten darauf einzuwirken.

Wettbewerbsvorteile auf langen Strecken

GZ: Ein anderes Thema ist der Güterverkehr. Die innerörtliche Belastung lässt sich gar nicht vermeiden.

Graf von der Schulenburg: Die Bahn ist auf der langen Strecke gut. Da hat sie Wettbewerbsvorteile. Sie ist nicht so flexibel wie ein LKW im kleinteiligen und im kurzstreckigen Verkehr. Deswegen kann sie auch nicht in jeder kleinen Gemeinde einen Gleisanschluss unterhalten. Wir haben auch hier auf die Veränderungen reagiert und unsere gesamte Logistikkompetenz ausgeweitet, indem wir uns zu-

sammen getan haben mit Stinnes/Schenker. Deshalb können wir entsprechende Gesamtkonzepte zukünftig noch besser anbieten.

„Gut in der Zeit“ bei der Bahnreform

GZ: Kommen wir zur Bahnreform: Neun Jahre sind um. Sie haben gesagt: „Das ist ein Prozess, der auf zehn Jahre angelegt ist.“ Wo stehen Sie?

Graf von der Schulenburg: Wir sind gut in der Zeit. Wir sind auf gutem Wege, unsere Ziele zu erreichen; d. h. das Unternehmen gleichzeitig zu sanieren, die Leistungen zu steigern und auch noch zu wachsen. Das machen wir. Das läuft. Da sind wir guter Dinge. Wir sehen auch unser Ziel der Kapitalmarkt-fähigkeit damit immer näher rücken.

Wir stellen aber - und das macht es uns manchmal schwer-fest, dass unsere Partner diese veränderten Rahmenbedingungen noch nicht überall wahrgenommen haben und die Bahn an falschen Maßstäben messen. Und das fordern wir wirklich ein - oder bitten darum - dass man uns an den Maßstäben eines Wirtschaftsunternehmens misst, wie wir letztendlich auch nach dem Gesetz mit der Bahnreform aufgestellt worden sind. Wenn man das macht, sieht man, wie weit die Bahn schon vorangekommen ist.

GZ: Die Deutsche Bahn forciert auch ein Projekt, mit dem in Deutschland eine neue Technologie eingeführt werden soll: Den Transrapid. Wagen Sie eine persönliche Prognose für die geplante bayerische Strecke zwischen Münchner Hauptbahnhof und Flughafen?

Optimistisch für den Transrapid

Graf von der Schulenburg: Ich halte das Projekt für sinnvoll und gut, weil wir letztendlich damit eine sehr gute Anbindung zwischen Hauptbahnhof und Flughafen schaffen. Dafür werden ausdrücklich keine Gelder ausgegeben, die wir in Bayern für Schienenwege unbedingt weiterhin brauchen, um unsere Spielräume zu bewahren. Ich bin optimistisch. Ich glaube, der Transrapid wird kommen. Aber man befindet sich jetzt im Verhandlungsendspurt. Auf der Zielgerade, denke ich. In den nächsten acht Wochen werden wir klarer sehen. Die Bahn ist daran zunächst nicht beteiligt. Weil die Finanzierung eine staatliche Aufgabe ist. Dort muss es eine Einigung geben zwischen Bund und Ländern.

GZ: Die Kommunen im Münchner Norden und Osten brauchen dringend die S-Bahn.

Graf von der Schulenburg: Die haben sie ja.

GZ: Sie haben aber Sorge, dass hier Mittel gebunden werden, die ihnen für ihre S-Bahn fehlen.

Graf von der Schulenburg: Das ist genau der Punkt. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wenn man aus den eigenen Mitteln des Transrapid diese Flughafen-anbindung schafft, dann braucht man keine Gelder aus dem eigentlichen Nahverkehrstopf für eine Express-S-Bahn. Und die bräuchte man sonst in nicht unerheblichem Umfang. Durch die Transrapid-Finanzierung, wie sie jetzt gedacht ist, behält man diese Freiräume.

GZ: Abgesehen davon, dass die Express-S-Bahn auch nicht an jeder Straßenecke halten würde ...

Graf von der Schulenburg: Die fährt durch. Sie fährt woanders durch, sie ist langsamer, sie ist lauter, sie fährt auch auf einer eigenen Strecke. Die ist dann auch relativ teuer. Auf der jetzigen S-Bahn-Strecke gibt es keine

Möglichkeit, eine Express-S-Bahn im Sinne des Wortes durch-zuleiten. Das sind alles keine richtigen Lösungen. Insofern ist das Transrapid-Projekt sehr sinnvoll. Aber es muss irgendwann auch entschieden werden.

GZ: Die Bahn investiert in neue Techniken und verbesserte Sicherheitssysteme.

Graf von der Schulenburg: Das Bahnsystem ist nach wie vor das sicherste Verkehrsmittel auf der Welt. Das soll so bleiben. Deshalb haben wir investiert in neue elektronische Stellwerke. Sie sorgen für ein deutliches Mehr an Sicherheit bei der Leit-technik der Züge.

Programm Bahnübergänge

Ein großes Programm wo wir immer mit den Kommunen zu tun haben, stellen die Bahnübergänge dar. Wir haben nach wie vor über 4700 höhengleiche Bahnübergänge. Davon bauen wir im

Durchschnitt pro Jahr um die 500 bis 700 ab. Das ist eine Riesenleistung. Die billigste Lösung ist, wenn man sie schließen kann. Andere Alternativen sind die Errichtung eines Tunnels, oder eine Brücke. Dann wird die Finanzierung gedrittelt auf Bund, Bahn und Kommune. Dabei ist es immer wichtig, dass man engen Kontakt hält und auch alle Möglichkeiten - möglicherweise auch eine Landesförderung - ausschöpft.

Allein für dieses Jahr haben wir in Bayern für die Beseitigung von Bahnübergängen 29,5 Millionen Euro vorgesehen. Das sind nicht die Projekte, die wir neu bauen und ausbauen. Wir wollen dabei mit den Kommunen eng und gut zusammenarbeiten. Aber das wollen wir generell. Sagen Sie Ihren Lesern: Wir sind ansprechbar. An der Kommunikation soll es nicht scheitern.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch.



Noch handelt es sich lediglich um eine Computeranimation; in wenigen Jahren soll so der Transrapid im Münchner Hauptbahnhof ankommen. „In zehn Minuten alle zehn Minuten“ können Fernreisende den Airport erreichen. Für unseren Interviewpartner, Graf von der Schulenburg, handelt es sich hierbei um ein wichtiges Projekt, das die Bahn unbedingt braucht, um die künftigen Verkehrsströme umweltfreundlich bewältigen zu können. Visualisierung: Stoiber Productions

Strategien in der Verkehrspolitik:

Mobilität sichern statt blockieren!

Otto Wiesheu beim Wirtschaftsbeirat der Union

„Mobilität sichern statt blockieren - Bayerns Strategie in der Verkehrspolitik“ lautete das Thema eines Vortrags von Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu vor dem Verkehrsausschuss des Wirtschaftsbeirates der Union in München. Bayerns wirtschaftlicher Aufstieg in die erste Liga in Europa, so Wiesheu, wäre ohne die verkehrspolitischen Weichenstellungen der vergangenen Jahrzehnte nicht möglich gewesen. „Wir werden gerade in der Verkehrspolitik unseren Beitrag dazu leisten, dass uns dieser Spitzenplatz erhalten bleibt.“

Der Freistaat sehe sich mit zunehmenden Herausforderungen konfrontiert, betonte Wiesheu. Einer ifo-Prognose zufolge sei bis 2015 eine Steigerung des Personenverkehrs um 27 Prozent und des Güterverkehrs um 80 Prozent zu erwarten. Verkehrsträger Nr. 1 bleibe der Straßenverkehr mit 90 % des Personenverkehrs und fast zwei Dritteln des Güterverkehrs. Der grenzüberschreitende Güterverkehr zwischen Bayern und den osteuropäischen Beitrittsländern werde sich bis 2015 verdoppeln bis vervierfachen. Im größer werdenden Binnenmarkt werde zwar stufenweise eine Marktöffnung für den Güterkraftverkehr umgesetzt, jedoch bleibe der Anpassungsdruck für deutsche Spediteure durch eine hohe Abgabenbelastung sowie einem Lohn- und Sozialkostengefälle bestehen. Im alpenquerenden Verkehr schließlich werde mehr behindert und blockiert als nach dauerhaften Lösungen gesucht: Der Straßenverkehr befinde sich an der Akzeptanzgrenze, die Verlagerung auf die Schiene sei nur noch in geringem Umfang möglich, der Ausbau der Infrastruktur (Unterinntal, Brennerbasistunnel) überfällig.

Erschwerte Rahmenbedingungen

Trotz erschwerten Rahmenbedingungen (umweltpolitische Auflagen, sinkende gesellschaftliche Akzeptanz des Verkehrs, zu geringer finanzieller Spielraum für den notwendigen Ausbau der Infrastruktur) sowie falschen Weichenstellungen in der Verkehrspolitik der Bundesregierung (Ökosteuer, Blockade wichtiger Investitionen) müsse es das vorrangige Ziel bayerischer Verkehrspolitik bleiben, die Mobilität sicherzustellen, erklärte der Minister. Bürger und Unternehmen sollten weiterhin von den guten Verkehrs- und Kommunikationsmöglichkeiten profitieren. Zudem seien infrastrukturelle Voraussetzungen zu

schaffen, um im Standortwettbewerb bestehen zu können.

Aus den Kosten des Verkehrs dürften für Bayern keine Standortnachteile und keine regionalen Sonderbelastungen entstehen. Die Auswirkungen des Verkehrs auf Mensch und Natur müssten so begrenzt werden, dass sie unter Wahrung der Verkehrsbedürfnisse auf Dauer tragbar bleiben.

Darüber hinaus gelte es, die

Verkehrssicherheit:

Kommunen setzen auf Selbsthilfe

Zweckverband schafft Arbeitsplätze im Mittelstand / Kooperation mit 130 Kommunen
Von Dr. Ernst Deubelli

Altötting. Der „Zweckverband kommunale Verkehrssicherheit in Bayern“ ist nicht nur jüngster Zweckverband im Freistaat, sondern auch einer der erfolgreichsten, gemessen an Dynamik und Resonanz. Seinen Sitz hat der Verband seit zwei Jahren in der Gemeinde Burgkirchen im Landkreis Altötting. Die Entscheidung, diesen Zweckverband zu gründen, sei nicht nur richtig, sondern auch zukunftsweisend gewesen, resümiert der Vorsitzende, Bürgermeister Dietmar Cremer aus Tittmoning, und Altöttings Landrat Erwin Schneider als Chef der Aufsichtsbehörde im Landratsamt Altötting.

Heute, in einer Zeit, in der die Finanzdecke der Kommunen denkbar dünn sei, erlaube der Zweckverband auf Grund rationaler Abrechnung, in Städten und Gemeinden nach wie vor durch Kontrollen für einen geordneten und sicheren Straßenverkehr zu sorgen. Schneider: „Ich bin außerdem froh darüber, dass es damals gelungen ist, den Sitz des Zweckverbandes nach Altötting zu holen.“ Immerhin sind in der Peripherie des Verbandes rund 130 neue Arbeitsplätze entstanden.

Kommunale Kontrollen

Die Vorgeschichte des Zweckverbandes beginnt in den 90-er Jahren. Damals wurde den Kommunen die Möglichkeit übertragen, in ihrem Zuständigkeitsbereich, auch den fließenden Verkehr zu kontrollieren und zwar auf allen Straßen - ausgenommen auf den Bundesautobahnen. Die

Verkehrsnachfrage auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel durch Förderanreize einerseits und maßvolle Abgabenbelastung andererseits zu verlagern. Gleichzeitig müssten umweltfreundliche Verkehrsmittel attraktiver werden. Weiter zu verbessern sei auch die Einbindung Bayerns in das europäische Verkehrsnetz.

Neue Technologien

Der Freistaat, so Wiesheu, handle im Rahmen seiner Möglichkeiten: So sei ein 260-Mio.-Euro-Programm für die Münchner S-Bahn aufgelegt worden; der Ausbau der S-Bahn in Nürnberg sowie das zweite Terminal Flughafen München seien beschlossene Sache. Auch werde das Angebot im Schienenperso-

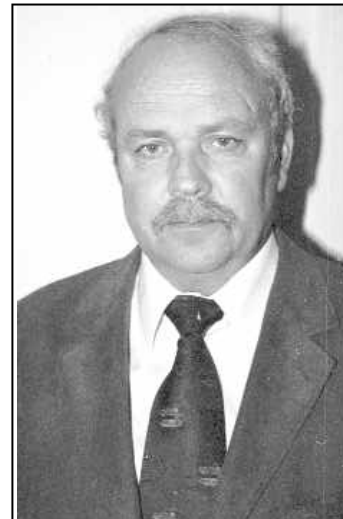
nennverkehr bedarfsgerecht gesteigert: Zum Fahrplanwechsel vom 15. Dezember 2002 sei das Zugkilometerkontingent um rd. 3,5 Mio. km auf 102 Mio. km ausgeweitet worden. Darüber hinaus werde versucht, neue Technologien zur Verbesserung des Gesamtverkehrssystems gezielt zu nutzen - siehe umweltfreundliche und effiziente Verkehrsmittel (Transrapid), oder Telematikanwendungen wie Galileo und Güterverkehrslogistik Bayern.

Wiesheu zufolge „geben uns die jüngsten Wahlergebnisse Auftrieb“. Die Chancen, über den Bundesrat einen Kurswechsel hin zu wirtschaftsfreundlicher Verkehrspolitik durchzusetzen, seien gestiegen. Letztlich gehe es darum, die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur zu schaffen und die heimische Verkehrswirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten. Dies sei mehr eine wirtschaftspolitische als eine verkehrspolitische Aufgabe: „Wir brauchen mehr Unternehmensgeist und privatwirtschaftliche Initiative statt mehr Restriktionen und höhere Steuern und Abgaben!“ DK

Zweckverband, und: „Das Anwachsen gemeindlicher Aufgaben kann oft nur im Wege gemeinsamer Zusammenarbeit effektiv bewältigt werden.“

Vorteile

Dietmar Cremer: „Dieses Verfahren bietet für alle Betroffenen enorme Vorteile: Der eigentliche Zweckverband bleibt überschaubar, Kommunen, die eine kommunale Verkehrsüberwachung wollen, müssen sich nicht langfristig binden, und vor allem weder im Personalbereich noch in der Technik groß investieren. „Der Vorteil zeigt sich beim Blick aufs Detail: Eine Kommune, durch deren Ortskern eine vielbefahrene Bundesstraße führt, hat möglicherweise einen höheren Mess- und Kontrollbedarf, als Kommunen mit weniger Verkehrsaufkommen. Wenn allerdings eine Straße aus dem Ortsbereich verlegt wird, dann hätte die Kommune überinvestiert.“



Dietmar Cremer.

Bessere Verkehrsdisziplin

Den Anstoß, auf kommunaler Ebene aktiv zu werden, hätten Kontrollen in Wohnbereichen mit geringer Verkehrsfrequenz, aber hohem Sicherheitsbedürfnis, zum Beispiel wegen Familien mit kleinen Kindern gegeben, erinnert sich Dietmar Cremer. Ohne die Kontrolle ließe sich auch hier die Verkehrsdisziplin

sich aber dann doch nicht langfristig binden. Inzwischen haben 128 Kommunen aus ganz Bayern Zweckvereinbarungen mit dem Verband abgeschlossen.

Wissenschaftliche Anerkennung

Anerkennung findet diese Praxis inzwischen auch in der Wissenschaft: „Kooperation ist eine der wesentlichen Forderungen in der Diskussion um Verwaltungsmodernisierung“, schreibt Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer, Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Würzburg in der Analyse zum

Im Verkehrsbereich:

Mobile temporäre Lichtsignalanlagen

Mobile bzw. temporäre Verkehrs- und Baustellenlichtsignalanlagen müssen bekanntermaßen in ihrer Ausführung allen Vorschriften der VDE 0832, der RiLSA, sowie den technischen Lieferbedingungen (TL) -Transportable Lichtsignalanlagen- entsprechen. Solche Lichtsignalanlagen werden speziell für die Baustellen- und Verkehrssicherung im Zuge von Straßenbaumaßnahmen entwickelt. Weitere Einsatzgebiete sind Probeläufe im Vorfeld der Entscheidung über die Installation einer stationären Lichtsignalanlage an der zu erprobenden Örtlichkeit.

Die Programmierung dieser Anlagen erfolgt speziell auf grafisch entwickelten Benutzeroberflächen, welche sich auf tragbaren oder fest installierten Computern betreiben lassen. In der Regel verfügen die mobilen Anlagen über eingebaute Bediener-Displays, die eine präzise Fehleridentifikation zulassen. Sie bieten die Möglichkeit verschiedene Programmparameter im Betrieb zu ändern oder zu ergänzen. Durch diese technischen Möglichkeiten, kann der Betreiber in nahezu jeder erdenklichen verkehrstechnischen Situation, mit einem einzigen mobilen/temporären System arbeiten.

Strenge Maßstäbe

In der RSA (Richtlinien zur Sicherung von Arbeitsstellen), ZTV-SA und RiLSA werden strenge Maßstäbe an die Absicherung von Arbeitsstellen gelegt. Trotz dieser Anforderungen sind nach wie vor hohe Unfallzahlen im Baustellenbereich zu verzeichnen. Entsprechend hoch ist die Zahl der Gerichtsverfah-

ren, die von Verkehrsteilnehmern wegen angeblicher Mängel in der Absicherung und Signalisierung angestrengt werden. Die laufende Rechtsprechung zeigt, dass den formalen Anforderungen der RSA, RiLSA sowie ZTV-SA Rechnung getragen werden muss. Das bedeutet, dass bei den entsprechenden Arbeitsstellen nachprüfbar Unterlagen vorhanden sein müssen in Bezug auf Regelpläne für die Arbeitsstellen. Insbesondere die behördliche Anordnung der Pläne, sowie die Kontrolle, Überprüfung und Überwachung der verkehrstechnischen Anlagen durch eine Fachfirma wird gefordert.

Kontrollaufgaben

Im Abschnitt 7 der ZTV-SA sind umfangreiche Kontrollaufgaben für den Auftragnehmer vorgesehen. Bei transportablen Lichtsignalanlagen wird die Kontrolle der Ausrichtung von Signalgebern, Sicherheit der Stromversversorgung, Einhaltung der Durchfahrtschöhen unter Freileitungen, Kabelführungen

kaum verbessern. Appelle und freiwillige Arbeit hätten nicht gefruchtet. Die Polizei habe bei weitem nicht auf alle Kontrollwünsche aus der Bevölkerung reagieren können.

Die Eigeninitiative, die Tittmoning aus dieser Erfahrung heraus startete, erntete großes Lob bei der Polizei: „Ich gratuliere Ihnen und dem Stadtrat zu dieser Entscheidung, die für die Tittmoninger Bürger mehr Schutz vor den Gefahren zu schnellem Fahren in der Stadt Tittmoning bringen wird, aber es auch der Polizei erlaubt, die schweren Außerortsunfälle verstärkt zu bekämpfen“, schreibt Leitender Polizeidirektor Eduard Wagner aus Traunstein und fügt hinzu: „Gleichzeitig hoffe ich, dass dieses vorbildliche Engagement der Stadt Tittmoning auch auf andere Städte und Gemeinden des Landkreises ansteckend wirkt.“

Gelungenes Beispiel kommunaler Organisation

„Ich sehe in dem Zweckverband ein gelungenes Beispiel kommunaler Organisation, das auch bei knappen Kassen dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger entgegenkommt“, urteilt Landrat Schneider. Die Statistik zeigt, dass gerade dort, wo Kommunen sich nur wenig oder garnicht in der Verkehrsüberwachung engagieren, die Unfallzahlen am höchsten liegen - zum Beispiel in Niederbayern. Vor diesem Hintergrund haben sich in der jüngsten Vergangenheit Kommunen aus dem niederbayerischen Bäderdreieck an den Zweckverband gewandt, um Kontrollen durchführen zu lassen.

Aufträge an die Wirtschaft

Die notwendigen Investitionen in die Technik, zum Beispiel in teure Messfahrzeuge, EDV oder Messanlagen, nimmt der Zweckverband nicht selber vor, sondern vergibt die Aufträge an Dienstleister aus der Wirtschaft, an Mittelstands-Unternehmen. Dort ist inzwischen der größte Teil der rund 130 neuen Arbeitsplätze entstanden.

Die Abrechnung von gebührenpflichtigen Bescheiden, wegen Verstößen gegen zulässige Höchstgeschwindigkeit oder wegen Verstößen gegen eine höchstzulässige Parkzeit jedoch ist ein hoheitlicher Akt und kann von einem Privatunternehmen nicht erfüllt werden. Das wiederum ist eine Aufgabe, die der Zweckverband erledigt.

Die größten Kommunen in der Region, die sich mit einer Zweckvereinbarung angeschlossen haben, sind Burghausen, aber auch Garmisch und Landsberg. Die größte Kommune in Bayern, die kooperiert, ist die Stadt Aschaffenburg am Main.

auf Fußgänger- und Radverkehrsflächen, sowie die Kontrolle der Zwischenzeiten vorgeschrieben. Bei häufigerem Stau ist eine Optimierung des Programms mit Zustimmung der Verkehrsbehörde anzustreben.

Verantwortlich für die Lichtsignalanlage, ist der in der verkehrsbehördlichen Anordnung benannte Bauleiter der Verkehrsabsicherungsfirma; auch wenn dieser die Arbeiten auf eine andere Person überträgt. Er muss die Rufbereitschaft und gegebenenfalls einen Notdienst sicherstellen.

Im Bereich mobile/temporäre Anlagen macht die M.VSM jetzt auch im Regionalbereich Süd - München - „mobil“ und erweitert ihr Liefer- und Dienstleistungsangebot um Montage und Wartung temporärer Lichtsignalanlagen. Dazu gehören auch das Vorhalten verkehrstechnischer Absperrgeräte und die Aufbringung temporärer Markierungen, sowie die fachgerechte Wartung dieser Anlagen.



macht mobil

Ihr kompetenter Fachbetrieb für:

- verkehrstechnische Anlagen und Straßenbeleuchtung
- Installation von Induktionsschleifen
- Elektroinstallationen aller Art im Nieder- und Mittelspannungsbereich

Besonderes Leistungsangebot:

- mobile bzw. temporäre Lichtsignalanlagen

M.VSM GmbH, Regionalbereich Süd:

80637 München ? Landshuter Allee 10 ? Tel: 089/18 95 7507 ? Fax: 089/18957100



www.m-vsm.de

Facility Management in Parkbauten

Eine Dienstleistung weit mehr als eine Hausmeistertätigkeit
Von Niels Belschner, Facility Management der Dr. Karl Friedrich Hüfner KG

Der Begriff „Facility Management“ ist derzeit in aller Munde. Bekannt und eingeführt durch die Immobilienbranche, findet er mittlerweile auch den Weg in das Parkhaus. Doch musste man sehr schnell erkennen, dass es sich hier nicht um eine Internationalisierung der Berufsbezeichnung des Hausmeisters handelt, sondern es durchaus die Begleitung eines Parkierungsbauwerks über die Stationen von Planung, Nutzung, bis hin zum Rückbau bedeutet.

Ohne dass man sich dessen bewusst ist, hat man als Kunde einer Parkierungsanlage bereits vor Befahren eines Parkhauses schon mehrmals Kontakt mit Facility Management in Parkbauten. So sind zum Beispiel die Auswahl der Standorte und die gestalterische Ausführung der Hinweisbeschilderung oder gar die Planung eines individuellen Parkleitsystems für mehrere Parkhäuser wichtige Punkte.

Erfahrene Partner

Ebenso ist es wichtig, bereits in der Planung eines Bauwerks einen vernünftigen und leicht zu befahrenden Ein- und Ausfahrtsbereich zu schaffen. Es ist für den Eigentümer einer Immobilie von großem Interesse, durch einen erfahrenen Partner bereits in der Planungsphase Einfluss auf die Ausführungen nehmen zu können. Schon an diesem Punkt werden wichtige Weichen gestellt, die über die optimale Nutzung eines Parkierungsbauwerkes entscheiden. So steht „Facility Management in Parkbauten“ bereits im Planungsstadium interessierten Städten, Kommunen und privaten Investoren mit kompetentem Know-how zur Seite.

Das Einfahrtskontrollgerät der

Abfertigungsanlage, das dem einfahrenden Kunden das Parkticket oder den Park-Coin aushändigt, die Lüftungsanlage mit einer Steuerung über eine CO-Warnanlage die permanent für „saubere Luft“ im Parkhaus sorgt, die Beleuchtungsanlage in den einzelnen Parkebenen, die behindertengerechten Aufzüge: alle diese Anlagen und mehr sind wichtige technische Einrichtungen, die einen hohen Stellenwert für die Sicherheit in einer Parkierungsanlage einnehmen. Diese Anlagen müssen ständig gepflegt, gewartet und geprüft werden. Hierbei sind teilweise sehr enge Grenzen gesetzt und die jeweils aktuellen Bestimmungen der einzelnen Bundesländer müssen eingehalten werden.

Praxisgerechte Lösungen

Das Facility Management zeigt praxisgerechte Lösungen auf, die auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimal auf das jeweilige Objekt zugeschnitten sind. Die Koordination von Wartungs- und Prüfungsterminen, das Bereitstellen von qualitativ hochwertigen Verbrauchsgütern wie zum Beispiel Leuchtmittel und Parkscheine zu wirtschaftlichen Preisen, die um-

weltgerechte und fachmännische Entsorgung der anfallenden Medien und das alles „just in time“, ist eine nicht zu unterschätzende Leistung, die durch „Facility Management in Parkbauten“ abgedeckt wird.

Im Zentrum des Netzes

Wir befinden uns mit „Facility Management in Parkbauten“ sozusagen im Zentrum des Netzes, von dem aus die einzelnen Fäden gesponnen werden, das heißt alles Notwendige organisiert und koordiniert wird. Die Aufgabe ist es, praxisgerechte Lösungen zu finden und möglichst kostenoptimiert zu wirtschaften. Für die Auftraggeber werden Konzepte entwickelt, die zum Nachdenken

Schwabens Zukunft liegt auf der Ost-West-Schiene

Ferber fordert Unterstützung für europäische Magistrale

Augsburg (pm) „Aus ökonomischer Sicht ist ein Ausbau der Infrastruktur unbedingt erforderlich.“ Markus Ferber, Europaabgeordneter für Schwaben findet klare Worte, schließlich geht es ab 2004 um die Neupositionierung Schwabens in einem um zehn ost- und mitteleuropäische Staaten erweiterten Europa. Als Mitglied des EU-Verkehrsausschusses ist er zur Zeit in Sachen „Magistrale für Europa“ aktiv: Ziel ist die 1.500 Kilometer lange Schienenverbindung von Paris über Straßburg, Karlsruhe,

über die entstehenden Kosten animieren. Diese Kosten werden in die richtigen Bahnen gelenkt und durch geeignete Maßnahmen gesenkt. Für die Auftraggeber werden in bestehenden Objekten Bestands- und Zustandsaufnahmen durchgeführt. Der Kunde erhält hier einen detaillierten Überblick über sein Objekt, Empfehlungen zur Kostenminimierung sowie einer attraktiven und benutzerfreundlichen Gestaltung des Objektes.

Optimierung

Das „Facility Management in Parkbauten“ versteht sich als ein Mittel der Analyse, Dokumentation und Optimierung aller kostenrelevanten Vorgänge rund um das Parkierungsbauwerk, seiner Anlagen und Einrichtungen. Diese kontinuierlich für den Nutzer bereitzustellen, funktionsfähig zu halten und den ständig wechselnden organisatorischen und kundenspezifischen Anforderungen anzupassen, ist das Ziel von „Facility Management in Parkbauten“.



Die Teilnehmer des internationalen Eisenbahntreffens trugen sich in das Goldene Buch des Marktes Fischach ein (v.l.): Bürgermeister Josef Fischer, Bezirkshauptmann Dr. Dietmar Schennach (Reutte/Tirol), Bürgermeister Dr. Walter Weiss (sitzend, Naturns/Südtirol) und Hubert Teichmann, der Geschäftsführer der Bahnbetriebsgesellschaft Stauden. Bild: Walter Kleber

In den Stauden:

Internationales Eisenbahntreffen

Vertreter der Außerfern- und der Vinschgaubahn zu Gast bei der Staudenbahn / Marketingkonzept für Regionalbahnen / Ausflugsfahrt ins Außerfern

Stauden/Fischach (wkl). Ein internationales Eisenbahntreffen fand kürzlich in Fischach statt. Auf Einladung der Regierung von Schwaben diskutierten Vertreter der Außerfernbahn (Bayern-Tirol), der Vinschgaubahn (Südtirol) und der Staudenbahn (Schwaben) gemeinsame Probleme und Erfahrungen beim Betrieb von Eisenbahnebenstrecken, insbesondere im Zusammenhang mit der Reaktivierung stillgelegter Strecken. Im Rahmen des Förderprogrammes „Interreg III B“ der Europäischen Union, so Eberhard Günther von der Regierung von Schwaben, soll ein gemeinsames internationales Strategiepapier auf die Beine gestellt werden.

Von der Außerfernbahn, die im grenzüberschreitenden Nahverkehr die Städte Kempten, Pfronten, Reutte (Tirol) und Garmisch-Partenkirchen verbindet, war Dr. Dietmar Schennach, der Bezirkshauptmann von Reutte (Österreich/Tirol) nach Fischach gekommen. Auf der Außerfernbahn findet derzeit noch planmäßiger Personenverkehr statt, die Gefahr einer Streckenstilllegung ist dort zumindest vorerst abgewendet.

Als Vertreter der seit Jahren stillgelegten Vinschgaubahn in Südtirol nahm Dr. Walter Weiss, der Bürgermeister von Naturns, an dem Treffen teil. Die gut 60 Kilometer lange Vinschgaubahn, die von Meran bis hinauf zum Reschenpass verkehrt, soll voraussichtlich im Jahr 2004 wieder in Betrieb gehen. Mit einem Kostenaufwand von rund 80 Millionen Euro wird die Strecke durch den malerischen Vinschgau mit seinen Weinbergen und Obstgärten derzeit saniert. Von dieser hohen Summe zeigten sich die Vertreter der Staudenbahn und der Bahnbetriebsgesellschaft (BBG) Stauden mbH, Geschäftsführer Hubert Teichmann und Fischachs Bürgermeister Josef Fischer, überrascht und erstaunt. Denn für die komplette Instand-

setzung der Staudenbahn auf der vollen Länge zwischen Gessertshausen und Markt Wald wäre nur ein Bruchteil dieser Summe erforderlich, so Geschäftsführer Hubert Teichmann.

Im Mittelpunkt der Fachtagung im Fischacher Rathaus stand darüber hinaus das Thema „Event-Bahn“. Für die Erschließung neuer Märkte auf den genannten Eisenbahnstrecken soll ein gemeinsames Marketingmodell entwickelt werden. Die Federführung bei der Erstellung dieses Konzeptes, so wurde bei dem Treffen vereinbart, wird bei der BBG Stauden liegen. Die Partner werden laufend in die Planungen eingebunden.

Ein erstes grenzüberschreitendes Bahnerlebnis steht den Eisenbahnfreunden im kommenden Sommer ins Haus: am 28. Juni veranstaltet die BBG Stauden eine Ausflugsfahrt ins Außerfern. Abfahrt ist in Langenneufach. Die Fahrt führt über Augsburg, Weilheim, Garmisch-Partenkirchen, Reutte, Kempten und Kaufbeuren. In Reutte organisiert Bezirkshauptmann Schennach ein interessantes Rahmenprogramm.

Die Partner wollen ihre Kooperation weiter intensivieren und sich regelmäßig treffen.

Ostbayerische Initiative:

Marzlinger Spange beste Lösung

„Würde der Vorstoß des bayerischen Wirtschaftsministers Wirklichkeit, wird die bisherige provinzielle Verkehrsanbindung des Flughafens aus nördlicher und östlicher Richtung auf Jahrzehnte hinaus festgeschrieben“, moniert Landshut Oberbürgermeister Josef Deimer. Dies sei in keinster Weise der Bedeutung des Franz-Josef-Strauß-Airports angemessen. Eine Nahverkehrs-Lösung werde auch nicht den Interessen von 2,7 Millionen Menschen und der Wirtschaft im ostbayerischen Großraum gerecht. Insbesondere von den Industrie- und Handelskammern wisse man um die Bedeutung einer guten Verkehrsanbindung an das Luftdrehkreuz München als Standortfaktor, so das Landshuter Stadtoberhaupt.

Was war geschehen? Noch vor Abschluss des laufenden Raumordnungsverfahrens wartete Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu mit einem neuen Vorschlag zur Flughafen-Anbindung auf: Flugreisende und Beschäftigte aus Niederbayern, der Oberpfalz, Oberfranken und den benachbarten Gebieten sollen in Freising umsteigen und mit einer S-Bahn über die Neufahrner Kurve zum Airport fahren.

Höchste Fahrgastpotenziale

Deimers Regensburger Kollege, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, ebenfalls Gründungsmitglied der ostbayerischen Kooperation „Pro Marzlinger Spange“, hebt die überregionale Bedeutung der Schienen-Infrastruktur hervor. Die Marzlinger Spange erschließe die höchsten Fahrgast-Potenziale von allen drei im Raumordnungsverfahren untersuchten Alternativen. Er zitiert aus einem Gutachten, das mehr als 2,5 Millionen Personenkilometer pro Jahr vorhersagt. Als weiteren positiven Effekt sieht er lang laufende Zugverbindungen, die sich über die Marzlinger Spange abwickeln ließen.

Konkret hat Schaidinger hier die Donau-Moldau-Bahn im Auge, mit der man schnelle Verbindungen aus der Tschechischen

Republik in Richtung Süden neu gestalten könne. Weiter planten die Eisenbahn-Unternehmen Relationen von Nürnberg und Passau nach München mit so genannten Flügeln über den Flughafen und München Ost ins bayerische Oberland. Dadurch werde die Schiene für viele Arbeitnehmer in der Landeshauptstadt interessant.

Aufwändige Verbesserungen

Unverständnis für die Überlegungen des Wirtschaftsministers äußert auch die Marktreidwitzer Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder. Derzeit werde die Strecke Hof - Regensburg neigetauglich für eine Geschwindigkeit von 160 km/h ausgebaut. Im Rahmen dieser Baumaßnahme müssten alle schienengleichen Straßenübergänge angepasst und womöglich aufgelassen werden. Dies sei für alle Beteiligten, insbesondere auch für die Kommunen, ein nicht unerheblicher Kostenaufwand. Als nächster Schritt sei die Elektrifizierung vorgesehen. Insgesamt werde die erfreuliche Verbesserung der Schieneninfrastruktur für den nordostbayerischen Raum begrüßt. Diese positive Entwicklung werde in ihrer Wirkung jedoch erheblich reduziert, wenn der Zulauf zum Flughafen

Franz-Josef-Strauß und zum Münchner Hauptbahnhof nicht umsteigefrei sichergestellt sei.

Die Initiative „Pro Marzlinger Spange“, in der sich alle Städte und Landkreise von Landshut über Passau, Regensburg bis nach Marktreidwitz, alle Wirtschaftskammern dieses Raumes und auch der Flughafen selbst zusammengeschlossen haben, werde deshalb weiter für einen direkten und umsteigefreien Schienen-Anschluss an den Flughafen München kämpfen. Man plädiere dafür, das Raumordnungs-Verfahren zu einem fairen Abschluss zu bringen und unter den zu untersuchenden Trassen-Alternativen diejenige auszuwählen, die unter allen Gesichtspunkten die beste Bilanz aufweise. DK

Parkhausgesellschaft Dr. Karl Friedrich Hüfner KG



Ihr Partner für



Parkierungsbauwerke

- † Standortanalyse
- † Beratung bei der Planung und Ausführung bzw. Vergabe
- † Betrieb

Ihr Ansprechpartner

† Herr Kummer

Telefon (07 11) 73 73 15 - 30
e-mail kummer@huefner-kg.de

Facility Management in Parkbauten

- † Analyse des aktuellen Zustandes
- † Optimierung der Kosten durch laufende Überwachung der technischen Gewerke
- † Objektverwaltung

Ihr Ansprechpartner

† Herr Belschner

Telefon (07 11) 73 73 15 - 34
e-mail belschner@huefner-kg.de

Wir bieten Ihnen Lösungen, speziell auf Ihre Anforderungen abgestimmt.

Vaihinger Markt 22
70563 Stuttgart

Postfach 80 08 66
70508 Stuttgart

Telefax (07 11) 73 73 15 81
Internet: www.huefner-kg.de

Bürgermeisterversammlung in Auerbach:

Gewässerschutz am Truppenübungsplatz Grafenwöhr

Über den Gewässerschutz am Truppenübungsplatz Grafenwöhr wurden kürzlich in Auerbach die Bürgermeister der angrenzenden Gemeinden vom oberpfälzischen Regierungspräsident Dr. Wilhelm Weidinger und Oberstleutnant Watssek von der US-Armee informiert. Das Ingenieurbüro Wolf-Blumenthal berichtete im Auftrag der US-Armee über den Umfang der Gewässerkontrollen im Übungsplatz, die Beschaffenheit der Grund- und Fließgewässer sowie über den Stand der Untersuchungen zur Herkunft der Hexogenbelastung in den Kesselquellen. Leitender Medizinaldirektor Dr. Grandel gab Auskunft über mögliche Gesundheitsgefahren für die Anwohner.

Seit Jahrzehnten hat die US-Armee umfangreiche Gewässerschutzmaßnahmen innerhalb des Truppenübungsplatzes durchgeführt. Neben der abwassertechnischen Erschließung wurden nahezu alle Anlagen und Umgangsbereiche mit wasserführenden Stoffen, von denen eine Gefährdung von Grund- und Oberflächengewässern ausgehen kann, nach den aktuellen rechtlichen Anforderungen der deutschen Umweltschutzgesetzgebung ausgebaut. In den vergangenen Jahrzehnten wurden rund 200 Messstellen im Truppenübungsplatz ein-

gerichtet, die entnommenen Wasserproben auf etwa 300 verschiedene Einzelstoffe untersucht und dabei ca. 70 000 Messwerte gewonnen. Auf Anregung der Wasserwirtschaft wurde im Auftrag der US-Armee nunmehr ein EDV-Programm zur schnelleren und besseren Aufbereitung und kartographischen Auswertung der Überwachungsdaten erstellt. Gleichzeitig wurden die verschiedenen Grundwasserfließrichtungen im Truppenübungsplatz bestimmt und mögliche Gefahrenquellen (z.B. Lagertanks für wassergefährdende Stoffe, Altlasten, belastete Flächen) erfasst, um vorsorgend Gefährdungsabschätzungen für die umliegenden öffentlichen Trinkwasserfassungen und Oberflächengewässer vornehmen zu können. Der Gutachter hat nach einer erstmaligen Zusammenschau aller Daten ein Konzept zur weiteren Optimierung des bestehenden Messnetzes ausgearbeitet, das derzeit in Abstimmung mit den Wasserwirtschaftsämtern Amberg und Weiden von der US-Armee umgesetzt wird.

Untersuchungen der Wasserwirtschaftsämter Amberg und Weiden vom August 2002 haben gezeigt, dass die öffentlichen Trinkwasserversorgungen im Umfeld des Übungsplatzes nicht durch Sprengstoffrückstände belastet sind. Ein geringer diffuser Schadstoffeintrag aus dem Schiessbetrieb in die Grund- und Fließgewässer in-

nerhalb des Truppenübungsplatzes kann durch technische Schutzvorrichtungen jedoch auch künftig nicht vollständig vermieden werden. Eine wiederkehrende Überprüfung möglicher Schadstoffeinflüsse auf die Trinkwasserversorgung ist anhand der Auswertung von Daten aus der Gewässerüberwachung, den gemessenen Grundwasserfließrichtungen und der Kenntnis des Ursprungs diffuser Gewässerbelastungen im Truppenübungsplatz erforderlich.

Statistische Auswertung

Nach statistischen Auswertungen des Tumorzentriums in Regensburg ist für die Jahre 1992 bis 2001 keine erhöhte Anzahl von Erkrankungen an Magenkarzinom und Blutkrebs bei den Einwohnern der Landkreise Neustadt a.d. Waldnaab und Tirschenreuth im Vergleich zur Oberpfalz erkennbar. Ein Zusammenhang von gesundheitlichen Beeinträchtigungen, insbesondere dem Auftreten kindlicher Leukämien, in der Umgebung des Truppenübungsplatzes mit der Verwendung des Düsentreibstoffs JP-8 bei Panzern und militärischen Luftfahrzeugen ist ebenfalls nicht ersichtlich.

Fazit: Die US-Armee misst dem Gewässerschutz im Truppenübungsplatz auch in der Zukunft einen sehr hohen Stellenwert bei. Die Einhaltung deutscher Umweltstandards ist selbstverständlich. Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen der US-Armee und den Wasserwirtschaftsämtern Amberg und Weiden hat sich als sehr erfolgreich erwiesen und wird auch in Zukunft fortgeführt. DK

„Wasser marsch!“ im Bayerischen Vogtland

„Die staatliche Förderung trägt vor allem im ländlichen Raum zur Standort- und Investitionssicherung bei“, betonte Umweltminister Werner Schnappauf bei der offiziellen Inbetriebnahme der neuen Trinkwasser-Aufbereitungsanlage des Zweckverbands „Bayerisches Vogtland“ in Hof.

Rund 3 Milliarden Euro hat der Freistaat seit 1959 den Kommunen für den Bau von Wasserversorgungsanlagen bei Gesamtinvestitionen von mehr als 5,2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Weitere kommunale Investitionen für Abwasseranlagen in Höhe von 16 Milliarden Euro wurden mit rund 6,5 Milliarden Euro bezuschusst. Damit nimmt Bayern im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz ein: 98% der bayerischen Bevölkerung sind an zentrale Trinkwasserversorgungs- und 93% an öffentliche Kläranlagen angeschlossen.

Gegen Liberalisierung

Umweltminister Schnappauf sprach sich darüber hinaus gegen eine Liberalisierung bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung aus. „Leistungsstarke Wasserversorger wie der Zweckverband Bayerisches Vogtland sind das Rückgrat unserer kommunalen Wasserversorgung“, so Schnappauf. Die ehemals eigenständigen gemeindlichen Wasserversorgungsanlagen Töpen, Feilitzsch, Münchenreuth, Zedtwitz und Isaar haben sich bereits 1978 im Zweckverband „Bayerisches Vogtland“ zusammengeschlossen, um eine effektivere Wasserversorgung zu gewährleisten.

Von 1983 bis 1999 wurde vom Zweckverband eine moderne Trinkwasserversorgung in fünf Bauabschnitten mit Gesamtkosten von 5,4 Millionen Euro geschaffen. 56 Prozent der Kosten (rund 2,55 Millionen Euro) übernahm das Umwelt-

ministerium. Mit weiteren 550.000 Euro wird jetzt auch der letzte Bauabschnitt mit Gesamtkosten von rund 2,2 Millionen Euro vom Umweltministerium gefördert. Damit belaufen sich die Investitionen zwischen 1983 und 2003 auf insgesamt 7,6 Millionen Euro, wovon 3,1 Millionen der Freistaat übernahm.

Verfahrenstechnik

Mit dem jetzt beendeten sechsten Bauabschnitt wurde südöstlich der Ortschaft Isaar mit dem 73 m tiefen Brunnen „Rauhe Fichte“ ein sehr ergiebiges Grundwasservorkommen erschlossen. Bevor das geförderte Rohwasser allerdings in die Versorgungsnetze eingespeist werden kann, wird es mit Sauerstoff aufbereitet, um überschüssiges Eisen, Mangan und Karbonat zu entfernen. Die hierfür konzipierte Verfahrenstechnik wurde im neuen Aufbereitungsgebäude untergebracht. Daneben werden für die Einbindung des neuen Tiefbrunnens und der Aufbereitungsanlage in die vorhandene Versorgungsstruktur rund 4,7 km Polyethylen-Leitungen sowie rund 5,6 km Strom- und Steuerkabel verlegt.

Nach den Worten des Ministers verfügt der Zweckverband nach Abschluss aller Baumaßnahmen über eine moderne zukunftssichere Wasserversorgung. Schnappauf: „Die neue Wasserversorgung ist ein wichtiger Standortvorteil und eine Verbesserung der Lebensqualität für die Gemeinden Töpen und Feilitzsch!“

COPLAN AG:

Zuschüsse für Kleinkläranlagen

Eine gute Nachricht hat der Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft der Firma COPLAN AG, Franz Schreieder. Der Freistaat Bayern fördert die Nachrüstung privater Kleinkläranlagen (Kammergruben).

Mit der neuen Richtlinie (RZKKA) sind private Kleinkläranlagen-Betreiber verpflichtet nachzubessern, um die neuen Abflusswerte zur Einleitung in den Vorfluter zu erreichen. Die anfallenden Kosten werden mit Zuschüssen minimiert.

Die Fördergelder werden nur gewährt, wenn die Kommune bei den zuständigen Behörden (Landratsamt, Wasserwirtschaftsamt) ein prüfbares Konzept vorlegt, das die Gebiete bzw. Ortsteile aufweist, die kurz- und mittelfristig an die zentrale Abwasserbeseitigung angeschlossen werden. Dabei nimmt die Wirtschaftlichkeit eine entscheidende Rolle ein (technische Variantenuntersuchungen einschließlich Kostenvergleichsrechnung nach den LAWA-Richtlinien).

Das bedeutet, dass die Kommunen nun an der Reihe sind, diese Konzepte zu erstellen, um Fördermittel für die angeschlossenen Haushalte zu sichern.

„Die COPLAN AG berät die Kommunen für diese Aufgabe umfassend, auch bei komplexen Situationen“, erklärte Schreieder. „Unsere Gewässer bieten Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Diesen zu erhalten und zu verbessern ist für die Zukunft unabdingbar.“

Weitere Informationen: www.coplan-ag.de

Besichtigung der Stauden-Wasserversorgung

Direktoren von Wasserwerken zu Gast in Reichertshofen

Reichertshofen/Stauden (wkl). Der gute Ruf, den der Zweckverband Stauden-Wasserversorgung seit seiner Gründung vor mehr als 35 Jahren genießt, hat sich mittlerweile bis ins europäische Ausland herumgesprochen. Vor kurzem war am Verbandsitz in Reichertshofen eine Delegation aus Mazedonien - allesamt Direktoren und Werkleiter mazedonischer Wasserwerke - zu Gast.

Bürgermeister Johannes Schreiegg (Walkertshofen), der stellvertretende Vorsitzende des Zweckverbandes, und Werkleiter Hans Miehle standen ihren mazedonischen Kollegen mit Unterstützung eines Dolmetschers Rede und Antwort. Dennoch erwies sich der für die Stippvisite angesezte Vormittag als viel zu kurz, um all die Fragen der interessierten Gäste aus dem Balkanland zu beantworten.

Fragen nach der praktischen Umsetzung des Verbandsgedankens und den erzielten Betriebsergebnissen standen dabei im Mittelpunkt des Interesses. Während Schreiegg und Miehle in ihren Referaten auf alle organisatorischen und rechtlichen Aspekte der Wassergewinnung in den Stauden eingingen, erläuterte Wassermeister Hieronymus Dischler die technische Seite der Wassergewinnung und -aufbereitung.

Hochwertiges Trinkwasser

19 Kommunen in den drei Landkreisen Augsburg, Unterallgäu und Günzburg werden von Reichertshofen aus mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser beliefert. Knapp 25000 Einwohner im gut 600 Quadratkilometer großen Versorgungsgebiet hängen am Wasserhahn des Stauden-Zweckverbandes. Das Trinkwasser wird in fünf, durchschnittlich 190 Meter tiefen Brunnen gefördert, die allesamt am Verbandsitz in Reichertshofen (Gemeinde Mittelneufnach) errichtet sind.

Probebohrungen für einen sechsten Förderbrunnen stehen unmittelbar bevor. Das Leitungsnetz umfasst 120 Kilometer Fern- und weitere 350 Kilometer Ortsleitungen mit derzeit 7500 Haus- und Grundstücksanschlüssen. Das moderne Wasserwerk im Herzen der Stauden beschäftigt in Verwaltung und Bauhof 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Überrascht zeigten sich die Gäste über den mit sechs bis sieben Prozent relativ geringen Wasserverlust beim Zweckverband, in dem zudem noch der

öffentliche Verbrauch, wie beispielsweise durch die Feuerwehren, enthalten ist.

Hoher Wasserverlust

Zuhause in Mazedonien sei - wohl wegen fehlender Investitionen und eines niedrigen Wasserpreises - ein Wasserverlust von über 40 Prozent normal. Groß war das Interesse auch beim Thema Wasserschutzgebiet, das beim Staudenwasser-Zweckverband insgesamt 1,52 Quadratkilometer umfasst. Der so genannte „engere Schutzbereich“ der Schutzzone zwei misst rund elf Hektar, die fast zur Hälfte auf Waldflächen entfallen und dadurch günstige Voraussetzungen für die Gewinnung von hochwertigem Trinkwasser bieten.

Frage der Finanzierung

Eine ausführliche Diskussion entzündete sich an der Frage der Finanzierung des Zweckverbandes. Johannes Schreiegg und Hans Miehle machten deutlich, dass sich der Staudenwasser-Zweckverband ohne jegliche staatliche Einmischung selber tragen und nicht auf Gewinnerzielung fixiert sei. Alle Beiträge und Gebühren würden unter dem ausschließlichen Aspekt der Kostendeckung erhoben.

Wasser und Abwasser:

239 Mio. € Zuschuss für Kommunen

„Bayern unterstützt die Kommunen heuer mit 239 Millionen Euro für den Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungs-Anlagen“, betonte Umweltminister Werner Schnappauf bei der Vorstellung des Förderprogramms. Insgesamt 502 kommunale Baumaßnahmen der Abwasserentsorgung und 120 Baumaßnahmen zur Wasserversorgung mit einem Gesamt-Investitionsvolumen von 567 Millionen Euro erhalten vom Staat eine finanzielle Förderung. Die staatliche Finanzhilfe hilft Kommunen und Bürgern gleichermaßen.

Grabkammerbetreiber bestätigen positive Erfahrungen

Beitrag zum Schutz von Wasser, Luft und Boden

In den vergangenen zwölf Jahren wurden knapp 20.000 Grabkammern System-S auf Problemfriedhöfen eingesetzt. Weitere zehn Jahre geht die Entwicklung und Erprobung dieser immer noch „neuen Form der Erdbestattung“ durch den unterfränkischen Bestatter Gerhard Suckfüll zurück. Die Suckfüll-Grabkammern werden generell ohne Bodenplatte eingebaut und sind durch ein Belüftungssystem im Pflanzbereich innerhalb des Grundrisses der Grabkammer gekennzeichnet. Bei wasserstauenden Bodenverhältnissen leitet eine Drainage überschüssige Nässe ab, bevor Sarg und Leichnam überflutet werden.

Die Gründe für die Anwendung von Grabkammern sind vielfältig. Die wichtigsten sind: Vermeidung von Wachsleichen durch dauernden Luftaustausch, Reduzierung des Aufwandes für das Öffnen und Schließen eines Grabes durch Einbau der Systeme auf Vorrat und Verkürzung der Ruhefristen zur besseren Auslastung der Friedhofsflächen.

Festgelegte Ruhefrist

Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde die zu erwartende Ruhefrist für die Grabkammern festgelegt. Genauso wie bei herkömmlichen Erdbestattungsflächen erfolgte dies aufgrund von theoretischen Abwägungen der „Betriebs- und Umgebungsbedingungen“ sowie aufgrund von tatsächlichen Beobachtungen an belegten Grabkammern bzw. zu Grabkammern umgebauten Grüften.

An diesem Prozess waren neben örtlichen Gesundheitsbehörden, dem Landesuntersuchungsamt Nordbayern, der Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen im Bayerischen Staatsministerium des Innern auch das damalige Bundesgesundheitsamt in Berlin beteiligt. Es wurde jeweils bestätigt, dass Liegezeiten von zehn und zwölf Jahren angenommen werden können. Die Ruhezeit in Grabkammern auf dem jeweiligen Friedhof wird nach wie vor durch die örtliche Aufsichtsbehörde festgelegt. Immer wieder gab es seither vereinzelte Berichte von Friedhofsträgern und Gesundheitsbehörden über die Verhältnisse in Grabkammern, meist anlässlich von Zubelegungen.

Um einen möglichst umfassenden Überblick über die Abläufe in Grabkammern zu erhalten, startete die BayWa AG, Vertreterin dieser Grabkammern, im vergangenen Herbst eine Fragebogenaktion. 116 Grabkammerbetreiber wurden angeschrieben, 41 davon antworteten. Alle anderen Friedhofsträger verzichteten auf eine Rücksendung, weil noch keine oder keine ausreichenden Erkenntnisse über Einbau, Betrieb

Stadtwerke attackieren Bundeskartellamt

Der Präsident des 1.000 Stadtwerke umfassenden Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), OB Gerhard Widder, hat die Entscheidung des Bundeskartellamts, die Kalkulation der Netznutzungsentgelte des Thüringer Energieversorgers TEAG als „missbräuchlich überhöht“ zu bezeichnen, scharf angegriffen. „Diese Entscheidung rüttelt an den Grundlagen der Energiemarktliberalisierung in Deutschland, die geprägt ist durch das System der „Verbändevereinbarung“. Die Konsequenzen dieser Entscheidung sind nicht übersehbar.“ sagte Widder nach einer Vorstandssitzung des VKU in Berlin. Mit dem Spruch des Bundeskartellamtes sei der in der Verbändevereinbarung enthaltene Kalkulationsleitfaden für Netzentgelte in Frage gestellt worden. Damit laufe das deutsche Modell des frei verhandelten Netzzugangs ins Leere. 

und weitere Auswirkungen des Grabkammereinsatzes vorlagen.

39 der antwortenden Grabkammer-Betreiber (95 %) haben das Einzeltiefgrab für zwei Belegungen übereinander eingesetzt, vor allem deshalb, weil die verhältnismäßig hohen Anschaffungskosten sich bei dieser Grabart am besten reamortisieren lassen. Insgesamt acht (20%) setzen die Grabkammer als sogenanntes Flachgrab (Einzel- oder Reihengrab) ein.

Gründe für Einsatz

Die Frage nach dem Grund für den Einsatz von Grabkammern wurde zwölf Mal mit dem Wunsch nach kürzeren Liegezeiten begründet; 19 Mal (46 %) standen Flächeneinsparungen und 22 Mal (54 %) die schlechten Bodenverhältnisse auf der zu belegenden Friedhofsfläche im Vordergrund.

Immerhin 22 (54 %) Antworten sagten aus, dass bereits Zubelegungen in Grabkammern vorgenommen wurden. 19 Anwender (46 %) berichteten, beim Öffnen keine Gerüche wahrgenom-

men zu haben, zweimal wurde von abgestandenem sowie einmal von leicht süßlichem Geruch berichtet. In diesen Fällen lag die Beisetzung weniger als 18 Monate zurück - ein Zeichen dafür, dass auch nach kurzer Liegezeit bereits die Fäulnis in die aerobe Verwesungsphase übergegangen ist.

Das Problem der Sargverrottung ist bereits von der herkömmlichen Erdbestattung bestens bekannt. Bei der Grabkammer wird es jedoch offensichtlich und nicht mehr durch die Arbeiten des Grabbaggers beeinflusst.

Zustand des Sarges

19 (46 %) Antworten des Fragebogens bezeichneten den Zustand des Sarges als „vollständig“ bzw. „gut erhalten“. Berücksichtigt man jedoch, dass 32 (75 %) der Rückantworten erst seit 6 Jahren Grabkammern belegen, wird deutlich, dass in dieser kurzen Zeit kaum ein weiterer Fortschritt der Sargverrottung zu erwarten ist. Diese Erfahrungen decken sich weitgehend mit denen aus Erdgräbern. Dieses Defizit ist nach Aussage von Fachleuten auf einen Mangel an Feuchtigkeit zurückzuführen. Dies wird zum Beispiel dadurch belegt, dass bei einigen Grabkammeröffnungen nur geringe Feuchtigkeit an den Grabkammerwänden beobachtet wurde. Nachfragen ergaben, dass beim Einbau der Kammern wohl aus übertriebener Vor-

sicht mächtige Schotterschichten unter den Grabkammern eingebaut und damit Schicht- und Sickerwasser zu schnell von der Grabkammer und damit vom Sarg weggeleitet wurde.

Ähnlich wie mit den Särgen verhält es sich mit der Leichenbekleidung. Zum Einen wird Sterbebekleidung aus Kunstfaserprodukten auch nach Jahrzehnten noch gut erhalten vorgefunden und zum Anderen hat besonders enganliegende Kleidung auch einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Umsetzungsprozesse des Körpers.


Nur in wenigen Fällen konnten die Befragten Angaben zu den Verhältnissen im Sarg machen weil natürlich aus Pietätsgründen nur in Ausnahmefällen das Öffnen des Sarges vor Ablauf der Ruhefrist möglich ist.

Erfahrungswerte

Es liegen jedoch von verschiedenen Gesundheitsbehörden eine Reihe von Berichten über Grabkammer- und Sargöffnungen vor, die deutlich belegen, dass der eigentliche Friedhofszweck, die Verwesung der Weichteile des Körpers, innerhalb von zehn bis zwölf Jahren in den Grabkammern erreicht wird, wenn die Funktionsbedingungen, Sauerstoffaustausch über das Belüftungs- und Filtersystem, Luftfeuchtigkeit über die offene Grabsohle und Vermeidung von Staunässe durch geeignete Drainagemaßnahmen in der Grabsohle sichergestellt werden.

Das von den Grabkammern abgeleitete Drainwasser könnte sogar wie unbelastetes Wasser behandelt werden, wie verschiedene Untersuchungsreihen nachweisen.

32 der Befragten (70 %) werden aus Gründen der Platz- und Arbeitersparnis und der günstigen Betriebskostenentwicklung weiter Grabkammern einsetzen. Drei (7 %) sehen sich aus Haushaltsgründen dazu derzeit nicht mehr in der Lage. Neun (22 %) machten keine Angaben. Insgesamt ist das Fazit der Grabkammerbetreiber positiv. Wichtig ist natürlich, die Funktionsbedingungen der Systeme sicher zu stellen, um Betriebsstörungen von vorne herein zu vermeiden.


Autor: Roland Braun, Jahrgang 1962, Betriebsleiter der Grabkammer-Vertriebs-GmbH in Niederlauer, Entwickler der Grabkammer System-S. 

Premiere der Fachmesse acqua alta

Kein Thema hat die Menschen in Deutschland und vielen Teilen Europas in diesem Jahr so sehr bewegt wie die Hochwasserkatastrophen. Nach aktuellen Schätzungen sind fast 20 % der Siedlungsfläche in der Bundesrepublik hochwassergefährdet und damit rund 1,2 Millionen Gebäude und Industrieanlagen betroffen. In den Nachbarländern liegt dieser Anteil teilweise noch deutlich höher. Defizite im Wissen um Vorsorge, Schutz und Hilfsmöglichkeiten wurden offenbar wie nie zuvor.

Gebäudeeigentümer, Gemeinden und Kreise, Verwaltungen und Fachverbände, Wissenschaftler und Planer der verschiedensten Fachrichtungen entwickeln deshalb neue Strategien, suchen neue Konzepte der Steuerung und Schadensminimierung. Know-how, neue Produkte und neue Dienstleistungen stoßen auf eine sprunghaft gestiegene Nachfrage. Vom Bauprodukt bis zum Warnsystem reicht die Spannweite.

Die Thematik hat neue Aktions- und Handlungsfelder für zahlreiche Wirtschaftsbereiche erschlossen. Gleichzeitig sucht neues Fachwissen zur planerischen Hochwasservorsorge, zum Objektschutz und zum Katastrophenschutz die bislang fehlende Kommunikationsplattform.

Die Messe München wird ab 2003 mit der acqua alta, der weltweit ersten umfassenden Fachveranstaltung zum Thema Hochwasser, Katastrophenschutz, Klima und Flussbau eine solche Plattform bieten. Vom 24. bis 27. November 2003 findet die acqua alta im ICM und der Halle C1 der Neuen Messe München als Fachmesse mit angeschlossenem Kongress statt. 

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie:


Gemeindetag fordert finanzielle Unterstützung

Auf einer Wasser-Tagung in Erding, bei der Naturschützer, Wasserexperten und Umweltpolitiker über fachliche und politische Auswirkungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf den Naturschutz diskutierten, forderte Direktor Werner Schmid vom Bayerischen Gemeindetag den Freistaat Bayern auf, die Gemeinden bei der Umsetzung der Richtlinie mit Tatkraft und mit entsprechender Finanzausstattung zu unterstützen.

Schmid: „Wir sehen - trotz anfänglicher Skepsis - gute Chancen, die Ziele eines integrierten Gewässerschutzes mit der effektiven Erfüllung gemeindlicher Pflichten zu verbinden. Das Ziel eines integrierten Gewässerschutzes, das die Richtlinie verfolgt, wird aber nur zu erreichen sein, wenn neben staatlichen Stellen und den Interessensverbänden auch die Kommunen von vorne herein in den Planungs- und Entscheidungsprozess einbezogen und dadurch entstehende Mehraufwendungen der Gemeinden finanziell ausglich werden. Das entspräche ganz dem Geist des Konnexitätsprinzips, das demnächst in Bayern gelten soll.“

Bei der Unterhaltung von Gewässern dritter Ordnung (immerhin ca. 70.000 km Bäche u.ä.) fordert der Gemeindetag, Gewässerrstreifen als Puffer gegen Einträge von Schadstoffen mit verstärktem Einsatz von Mitteln aus Förderprogrammen anzulegen. Auch die Landwirtschaft ist hier gefordert.

Für verstärkten Wasserrückhalt sorgen

Für einen effektiven Hochwasserschutz habe man in der Fläche für einen verstärkten Wasserrückhalt zu sorgen, so der Gemeindetag. Gewässer- ober- und -unterlieger müssten zunehmend für Kooperationslösungen gewonnen werden. 

Gewässerentwicklung in Steckbriefen

Neue Arbeitshilfe für Planer und Fachleute

In der Kulturlandschaft wurden viele Flüsse durch Begradigung und Ausbauten gebändigt. Nun hat das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft in einer groß angelegten Untersuchung Inventur gemacht und die natürliche Vielfalt der bayerischen Fließgewässer flächendeckend erfasst. Entstanden sind in einer beim Wasserwirtschaftsamt Deggendorf zu beziehenden Fachpublikation 19 „Steckbriefe“ der Fließgewässerlandschaften im Freistaat. Sie geben Planern und Fachleuten Entscheidungshilfen für die Bewertung des aktuellen Zustands und Richtschnur für die künftige Entwicklung der Gewässer.


Die Ergebnisse sind auch ein wichtiger Baustein für die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Denn für die Gewässerbewertung gilt künftig der natürliche und typische Zustand in der Region als Vergleichsmaßstab. Nach der neuen europäischen Richtlinie wird derzeit für ganz Bayern eine Bestandsaufnahme erarbeitet und bis Ende 2004 nach Brüssel geliefert. Bis 2015 soll in allen Gewässern durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen der von der EU geforderte „gute Zustand“ erreicht werden.

Wesentliche Prägung

Rund 70.000 Kilometer Bäche und Flüsse durchziehen Bayern in einem dichten Gewässernetz mit der Donau als großer Trennlinie. Sie werden in ihrer Gestalt und ihren Eigenschaften ganz wesentlich von der Geologie der Regionen geprägt, gestalten aber auch selbst die Landschaft mit der Kraft des Wassers.

Naturzustände

Die Fachleute haben deshalb in flächendeckenden Kartenauswertungen und umfangreichen Geländeuntersuchungen die Naturzustände in den einzelnen Fließgewässerlandschaften herausgearbeitet. Steckbriefe mit Kurzfassungen und eine Übersichtskarte der bayerischen Ge-

wässerlandschaften erleichtern die praktische Anwendung der Ergebnisse. 

Unimog und Geräte-System-Partner TIME Versalift :

Arbeitseinsätze unter Stromspannung möglich

Spezial-Hubarbeitsbühne mit US-HighTech sowie Unimog-Trägerfahrzeug bis zu einer Spannung von 69.000 Volt isoliert

Stuttgart/Bayreuth - E.ON Bayern setzt für Montage- und Wartungsarbeiten am Hochspannungs-Stromnetz in Bayern einen geländegängigen Unimog-Geräteträger des Typs U 500 ein. Das Fahrzeug aus der Produktlinie U 300 - U 500 ist mit einer neuen Spezial-Hubarbeitsbühne des US-amerikanischen Herstellers und Unimog-Geräte-System-Partners TIME Versalift ausgerüstet.

Das Besondere an dieser bislang in Deutschland einmaligen Kombination ist, dass Fahrzeug und Aufbaugerät bis zu einer Spannung von 69 000 Volt völlig isoliert sind. Dies ermöglicht Service- und Wartungsarbeiten an den Mittelspannungs-Freileitungen (MS) des bayerischen Stromnetzes, die unter einer Spannung von bis zu 20 000 Volt stehen, ohne die bisherige Notwendigkeit des Abschaltens des gesamten Netzes bzw. ei-ner Wegnahme der Spannung während der Durchführung der Arbeiten. Zudem erreicht der geländegängige Unimog dank seines permanenten Allradantriebs jeden Einsatzort an den oft weit im Gelände verteilten Strommasten und -leitungen schnell und ohne Probleme.

Junge Technologie

Arbeiten unter Spannung stellen für die Stromlieferanten in Deutschland eine noch recht junge Technologie dar, die jedoch in zahlreichen Ländern Europas bereits erprobt wurde und sich dabei bewährt hat. Ein Beispiel ist das Energie-Unternehmen Scottish Power in Großbritannien. Vor geraumer Zeit wurde die neue Technologie von Vertretern der E.ON Bayern in einem Gespräch mit Fachleuten des britischen Energieunternehmens, das für derartige Arbeiten seit Jahren auf den Mercedes-Benz Unimog setzt, diskutiert. Anschließend wurde die Einführung bei E.ON Bayern als erstem Energie-Lieferanten in Deutschland beschlossen.

Gefährlicher Einsatz

Die Monteure der E.ON Bayern absolvieren täglich bis zu vier Arbeitseinsätze unter Spannung (AuS) in einer Höhe von bis zu rund 19 Metern an Mittelspannungs-Freileitungen, die bis zu 20 000 Volt Stromspannung für Privathaushalte und Industrie führen. Dieser Job sieht nicht nur höchst gefährlich aus - er hat auch für die Fachleute in Wartung und Service

des 25.000 km langen Netzes zwar alle Schrecken verloren, nicht aber den Respekt. Eine mehrfach potenzierte Sicherheit bis 69.000 Volt - die im Abnahmestest sogar mit 120.000 Volt gefahren wird - schützt die AuS-MS-Mannschaft, den Unimog U 500 und seine hochisolierte TIME Versalift-Hubarbeitsbühne.

Höchstmögliche Isolierung

Der Vorteil liegt darin, dass die meisten Wartungs- und Reparaturarbeiten an den Mittelspannungs-Freileitungen (MS) ohne Unterbrechung der Stromversorgung für die Kunden durchgeführt werden können. Möglich machen dies die höchstmögliche Isolierung von Fahrzeug und Aufbau.

Die TIME Versalift-Hubarbeitsbühne mit 19 m Arbeitshöhe, bis zu 900 kg Tragkraft und zwei Arbeitskörben sowie einem vollisolierten Greifarm, der unter Spannung eingesetzt werden kann, besitzt zusätzlich eine Reihe von Staufächern für Geräte und Arbeitsmaterial. Beim Geräteträger handelt es sich um den geländegünstigen Unimog U 500 mit 14,3 t Gesamtgewicht und dem bewährten leistungsstarken 6-Zylinder-Reihenmotor OM 906 LA mit Ladeluftkühlung und 205 kW/280 PS Leistung.

Sonderausstattung

Als einzige, aber wichtige Sonderausstattung sind die Unimog der E.ON Bayern zusätzlich zum permanenten Allradantrieb mit einer Reifendruck-Regelanlage (tire-control) ausgerüstet worden, die sich vor allen Dingen bei nassen und schweren Böden als ideale Voraussetzung für den Geländeeinsatz unter schwierigen Bedingungen erweist. „Der Unimog U 500 ist als geländegängiger Geräteträger für uns eine zukunftsweisende Technologie, die in Verbindung mit der Versalift-Hubarbeitsbühne eine bisher nicht gekannte Einsatzvielfalt und Flexibilität auch bei

Störfällen ermöglicht“, sagt Norbert Bursian, in der Regionalleitung Oberfranken der E.ON-Bayern in Bayreuth zuständiger Koordinator für den Einsatz der Fahrzeuge und die Servicearbeiten vor Ort im gesamten Versorgungsgebiet.

Hohe Kompetenz

Das Besondere an dieser Hubarbeitsbühne ist die hohe Kompetenz und die große Erfahrung, die der US-Hersteller mit seinem europäischen Werk in Dänemark auf dem Gebiet der Isolation von Fahrzeugen, Hubarbeitsgeräten und den dazu

gehörigen Arbeitskörben einbringt. „Kein deutscher Hersteller konnte uns das liefern, was die deutschen Sicherheitsnormen für derartige Einsätze fordern“, betont Norbert Bursian. Die Arbeiten unter Spannung sind bisher zwar noch als Pilotprojekt einzustufen, aber die wirtschaftlichen Vorteile überwiegen schon heute.

Ungehindertes Fließen

Ein Abschalten der betroffenen Versorgungsleitung, die Benachrichtigung der Kunden über den anstehenden Stromausfall, die aufwändige Installation von Notstrom-Aggregaten sowie die umfangreichen und kostenintensiven Schaltarbeiten in der Gruppenschaltleitung sind mit dieser Arbeitskombination jetzt nicht mehr erforderlich. Welcher Zeitaufwand für die Reparaturarbeiten auch immer anfällt, der Strom kann ungehindert über die zu reparierende Leitung weiter fließen.



Mit einer neuen Arbeitskombination aus dem Unimog U 500 und einer Spezial-Hubarbeitsbühne führt E.ON Bayern jetzt Service- und Wartungsarbeiten an den Mittelspannungs-Freileitungen ohne Unterbrechung des Stromflusses unter einer Spannung von bis zu 20.000 Volt durch. Die bislang in Deutschland einmalige Arbeitskombination aus dem Unimog und der Hubarbeitsbühne von TIME Versalift ist bis zu einer Spannung von bis zu 69.000 Volt völlig isoliert und hat den Vorteil, dass während der Arbeiten am Netz die Stromversorgung nicht unterbrochen werden muss.

Schanzlin Traktoren und Maschinen GmbH:

Präsentation der Fahrzeugschlepper 304/504

Die Firma Schanzlin aus Weisweil stellt ihre kommunalen Fahrzeugschlepper 304/504 vor. Den Bereichen Fahrkomfort, Handling, Umwelt- und Wartungsfreundlichkeit wurde bei der Konzeption und Entwicklung große Bedeutung beigemessen. Erfahrungen jahrelanger Praxis sowie innovative Technik wurden hierbei ideal kombiniert, um die neuen Fahrzeugschlepper zu echten Spezialisten für kommunale Ganzjahreseinsätze zu machen.

Der 304 ist mit einem Lomb.-Focs-Dieselmotor mit 28 kW (38 DIN-PS) und der 504 mit einem VW-Dieselmotor mit 39 kW (53 DIN-PS) ausgestattet. Die wassergekühlten Motoren sind sehr lauffähig und schadstoffarm und daher natürlich für die Verwendung im kommunalen Bereich besonders geeignet. Der Fahrantrieb erfolgt über ein Hydrostatgetriebe mit zwei Geschwindigkeitsstufen. Durch die maximale Geschwindigkeit von 30 km/h können die Einsätze auch in größeren Einzugsbereichen schnell und somit wirtschaftlich durchgeführt werden.

Die Anbaugeräte vorne und hinten werden über eine lastschaltbare Getriebezapfwelle angetrieben, unabhängig vom hydrostatischen Fahrantrieb. Durch eine exakt abgestimmte Antriebstechnik können somit optimale Leistungswerte an die

Anbaugeräte abgegeben werden. Die Kabine im Plattformsystem ist nach neuesten ergonomischen Erkenntnissen für 2 Personen konzipiert und mit allem Komfort ausgestattet. Geräuschwerte im Bereich von 78-80 dBA tragen hierzu wesentlich bei. Die echten Zweisitzer mit einer Außenbreite von nur 1,26 m sind zur Zeit in diesem Bereich einmalig.

Die robuste und kompakte Rahmenbauweise sowie ein abgestimmtes Anbaugeräteprogramm machen die neuen Fahrzeugschlepper von Schanzlin zu einem interessanten Ganzjahresgerät. Die Maschinen entsprechen den neuen EU-Richtlinien und erfüllen somit alle erforderlichen Umweltauflagen. Die neue Baureihe von Schanzlin mit zukunftsorientierter Kommunaltechnik ist eine Bereicherung und feste Größe im kommunalen Maschinenangebot.

Spitzentreffen der Staatsregierung mit den Feuerwehren im Freistaat

Stoiber: „Ehrenamtliche Tätigkeit darf nicht sozialversicherungspflichtig sein / Feuerwehren Garant für Sicherheit des Landes“

Bei einem Spitzentreffen zwischen Staatsregierung und den Spitzen der Feuerwehren im Freistaat forderte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber die Bundesregierung auf, ehrenamtliche Tätigkeit endlich von der Sozialversicherungspflicht freizustellen und ihre feuerwehrfeindliche Politik zu beenden. Stoiber: „So wird das freiwillige Engagement motivierter und gut geschulter Feuerwehrkräfte bestraft. Bei den großen anstehenden Reformen für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme wollen wir diese Forderung durchsetzen.“

Mit Tatkraft und Einsatzbereitschaft

An dem Treffen in der Staatskanzlei nahmen unter anderen Ministerpräsident Stoiber und Innenminister Beckstein sowie der Vorsitzende des Bayerischen Landesfeuerwehrverbandes e. V., Karl Binai, teil. Stoiber: „Die Feuerwehren sind ein Garant für die Sicherheit im ganzen Land. Mit ihrer Tatkraft und Einsatzbereitschaft sorgen gerade die ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehr für den Schutz der Bevölkerung. Es ist ein großer und entscheidender Vorteil für uns in Bayern, dass wir bei Gefahrenlagen aller Art auf rund 340.000 Feuerwehrfrauen und -männer zurückgreifen können.“ Diese freiwilligen Helfer würden einen wertvollen, uneigennütigen Dienst am Nächsten leisten. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre unsere Gesellschaft gefühlsärmer und unpersönlicher, betonte Stoiber.

Informationsverluste verhindern

Stoiber: „Das bayerische Netzwerk Sicherheit beruht auch auf dem vertrauensvollen Miteinander von Staatsregierung und freiwilligen Feuerwehren. Bayern werde in seinen Anstrengungen zur Förderung des Feuerwehrwesens nicht nachlassen, erklärte Stoiber: „Die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für integrierte Leitstellen von Rettungsdienst und Feuerwehr war ein wichtiger Schritt. So können Informationsverluste und Verzögerungen verhindert werden. Davon kann die Rettung eines Menschenlebens abhängen.“

Steingaden:

Klärschlammvererdung entlastet Gemeindehaushalt

Aus Abwässern wird wertvolle Pflanze

Wohin mit dem Klärschlamm? Vor dieser Frage stand auch die idyllisch gelegene oberbayerische Gemeinde Steingaden, weltweit bekannt durch die Wieskirche. Bürgermeister Xaver Wörle und sein Gemeinderat haben sich für die umweltfreundliche „Sonnenwasser Klärschlammvererdung“ der Bayerischen Maschinenring entschieden.

Umweltnahe Gemeindepolitik ist für Xaver Wörle keine Glaubensfrage, sondern selbstverständliches Tun. Und wenn dazu Umweltschutz noch kostengünstig zu haben ist, „umso besser“.

Daher hat er im Gemeinderat Steingaden auch keinen Gegenwind verspürt, als er den Bau einer Klärschlammvererdungsanlage zur Diskussion und Abstimmung stellte. Einstimmig votierte der Gemeinderat für die Errichtung. Damit haben Bürgermeister und Gemeinderat für ihre Gemeinde in verantwortlicher Weise den Teufelskreis des Klärschlamm-Tourismus durchbrochen und sich für eine umweltfreundliche und vor allem kostengünstige Verwertung entschieden.

Kostenersparnis

Gereift ist bei Bürgermeister Xaver Wörle der Gedanke, in die Klärschlammvererdung einzusteigen, nach einem Vortrag von Michael Maier, einem Ingenieur für Verfahrenstechnik. Dessen Pioniertaten auf dem Gebiet der umweltfreundlichen Abwasserentsorgung haben ihn beeindruckt und überzeugt. Mittlerweile hat Maier rund 600 Pflanzenkläranlagen und etwa 40 Klärschlammvererdungsanlagen geplant, auch die in Steingaden.

Der Bau im April und Mai 2002 ging schnell vonstatten dank des flexiblen Einsatzes der Oberland Kommunalien AG, einer gewerblichen Tochter des regionalen Maschinenrings MR Oberland e.V. mit Sitz in Peiting. „Nicht einmal 10.000 Euro musste die Gemeinde für Planung und Ausführung berappen“, so Bürgermeister Wörle sichtlich zufrieden. Hinzu waren lediglich die Arbeitskosten des gemeindlichen Bauhofs mit etwa 2.000 Euro zu

rechnen. Gegenüber dem herkömmlichen Stapel-Press-Verfahren hat er den Gemeinde-Etat um rund 60.000 Euro entlastet.

Betriebsgeheimnis

In diesem Zusammenhang lobt Xaver Wörle seine Vorgänger im Amt und den Gemeinderat, die im Jahre 1972 eine traditionelle Kläranlage mit zwei Lagunen bauten, wovon eine nun als Vererdungsanlage genutzt wird. „Als hätte man schon damals geahnt, dass wir 30 Jahre später die Lagunen für unsere umweltfreundliche Klärschlammvererdung brauchen. Wir mussten keine neuen Erdbecken mit spezieller Folienabdeckung erstellen.“ Bei einer der Lagunen wurde lediglich der Bewuchs entfernt, eine aus Kies und Sand bestehende 35 cm starke Filterschicht aufgetragen, in der nach gezielter Anpflanzung jetzt allerlei Schilfpflanzen wachsen. Diese bergen das Geheimnis des Vererdungsprinzips. Schilfpflanzen

◀ fördern Sauerstoff für die Kleinstlebewesen in den Wurzelbereich, damit diese dort ihr nützliches Werk verrichten;
◀ filtern mit ihren Wurzeln sauberes Wasser aus dem flüssigen Klärschlamm und
◀ verdunsten es durch ihre Blätter in die Luft.

Die Verdunstungsleistung von Schilfpflanzen ist ungemein hoch. Sie liegt bei rund 1.000 Liter pro Quadratmeter und Jahr. So genanntes Trübwasser, welches die Wurzeln nicht verarbeiten können, wird von einem in der Filterschicht verlegten Drainagesystem in einen Sammelschacht geleitet und von dort in die Kläranlage zurückgepumpt.

Beschiedet wird die „Klärschlammvererdung“ je nach Be-

darf sechs- bis zehnmal aus einer Kläranlage, die konzipiert ist für 10.000 Einwohnerwerte. Üblicherweise kann je nach Schlammstabilität sowie Größe und Tiefe ein Sammelbecken bis zu 15 Jahre befüllt werden. Der Bürgermeister rechnet für die Steingadener Anlage mit einer Befülldauer von acht Jahren.

Dann muss der Schlamm eine Trockenphase von einem Jahr durchmachen.

Blick in die Zukunft

Wörle blickt in die Zukunft: „Kurz vor der Trockenphase, also im achten Vererdungsjahr, bereiten wir die zweite Lagune für die Klärschlammvererdung vor. Während der Trockenphase des Klärschlammes, also im neunten Jahr, fangen wir mit dem Befüllen der zweiten entsprechend vorbereiteten Lagune an. In dieser Zeit betonieren wir auch ein Lager, das nicht mehr als 5.000 Euro kosten dürfte, auf der das getrocknete Substrat als wertvolle Pflanzerde ab dem zehnten Jahr den Steingadener Bürgern und der Gemeinde kostenlos zur Verfügung steht.“

Obwohl derartiger verrotteter Klärschlamm aus häuslichen Abwässern den rechtlichen Normen entspricht und sich hervorragend eignet als Nährstoff- und Humuslieferant für landwirtschaftliche Flächen, hält Bürgermeister Wör-

Netz Natura 2000

„Bayern wird weiter konstruktiv am europäischen Netz Natura 2000 mitarbeiten“, betonte Umweltminister Werner Schnappauf. Das Netz Natura 2000 ist ein ehrgeiziges und weltweit einmaliges Naturschutzprojekt. Soweit für einen Lückenschluss weitere Meldungen notwendig sind, wird Bayern seinen Anteil dazu beitragen. Wir werden wie bisher die Öffentlichkeit, die Grundeigentümer und die Kommunen frühzeitig und umfassend über Umfang und Inhalt der beabsichtigten Ergänzungen informieren und am Dialog beteiligen. Schnappauf: „Wir wollen aus Betroffenen Beteiligte machen, da effektive Naturschutzarbeit nur durch breite Akzeptanz erzielt werden kann.“ Bayern hat mit seiner Meldung von FFH- und Vogelschutzgebieten schon jetzt einen gewichtigen Beitrag für das Netz Natura 2000 geleistet. Auf 550.000 Hektar, d.h. rund 8 Prozent der Landesfläche werden die bedeutenden Naturräume in Bayern neben dem bayerischen Biotopeverbundsystem gesichert. ◀

le davon nicht viel: „Ich rechne mit erheblichen Akzeptanzproblemen bei Bauern und in der Bevölkerung. Dies lässt sich vermeiden.“

Er fordert daher, dass die „Steingadener Pflanzerde“ ausschließlich im Garten- und Landschaftsbau eingesetzt wird. Bürgermeister Wörle: „Die ‚Steingadener Pflanzerde‘ eignet sich hervorragend als ‚künstlicher Boden‘ für Blumen- und Rasenanlagen in Ortschaften, zur Bepflanzung von Verkehrsinseln, Hochwasser-, Felssturz- und Lawinenschutzdämmen, zur Rekultivierung von Straßenrinnen, Lärmschutzdämmen, Kiesgruben, Steinbrüchen, Skipisten, für den Sportstättenbau, in Parks, aber auch in privaten Gärten.“

Gemeinden, die keine hoch belasteten Abwässer sammeln und

neben ihrer Kläranlage genügend Platz für Erdbecken zur Klärschlammvererdung haben, sollten diesen „sanften Weg“ einer schadlosen Verwertung von Klärschlamm wählen. Verbrennung ist nur dann eine Alternative, wenn hohe Schadstoffgehalte keine andere Verwertung zulassen.

Niedrige Entsorgungskosten

Für die Klärschlammvererdung sprechen vor allem niedrige Entsorgungskosten im Vergleich zu den üblichen mechanischen Verfahren. Die Kosten liegen meist bei weniger als der Hälfte. Die durch Klärschlamm gewonnene „Pflanzerde“ lässt sich vielseitig und vorteilhaft in der Region, in Gemeinden und Privathaushalten einsetzen. Vom

Gemeindliche Entwicklung:

„Blaue Box“ für grüne Landschaft

Kooperatives Planen und gemeinsames Umsetzen bilden die Leitidee, gewissermaßen die „Botschaft“ für die gemeindliche Landschaftsplanung der kommenden Jahre in Bayern. Bereits heute gibt es viele erfolgreiche Beispiele gemeindlicher Landschaftsplan-Entwicklung in Bayern. Solche Beispiele finden sich in der „Blauen Box“, einer vom Bayerischen Umweltministerium erstellten Arbeitshilfe.

Bei der „Blauen Box“ handelt es sich um einen Werkzeugkoffer voller Ideen und konkreter Hilfen für Kommunen, Landschaftsarchitekten und engagierte Bürger zur Umsetzung der Landschaftsplanung. Sie enthält Handreichungen für konkrete Maßnahmen vor Ort. Es geht um das Erkennen der aktuellen Situation in der eigenen Gemeinde, das Auflösen von Problembereichen und um das Aufzeigen praxisnaher Ansätze bei der Landschaftsplan-Entwicklung.

Der eigentliche Kern der „Blauen Box“ sind die Werkzeuge. In 47 Detailkapiteln werden verschiedene Problembereiche aus der Praxis aufgegriffen und Lösungsansätze mit Beispielen vorgestellt. Mit dieser Art Nachschlagewerk können konkrete Situationen in einer Gemeinde analysiert und Lösungswege für die Umsetzung abgeleitet werden. In Anlehnung an vergleichbare Arbeitshilfen, etwa aus der Notfallmedizin, ist dabei eine schnelle Diagnose des eigenen „Falles“ möglich.

Beispiel Piding

Gelungene Beispiele aus Gemeinden runden das Nachschlagewerk ab. In der Gemeinde Piding im Berchtesgadener Land beispielsweise wurde im Zuge der Erneuerung des Flächennutzungsplans auf Drängen des Bürgermeisters auch der Landschaftsplan freiwillig fortgeschrieben. Verluste an landschaftlicher Qualität und existenzielle Fragen der Landwirtschaft machten dies notwendig. Im Herbst 1997 wurde der Auftrag einem Landschaftsarchitekten erteilt. Fünf Jahre später erhielt der Landschaftsplan als integrierter Teil des Flächennutzungsplans Rechtskraft.

Die Arbeitskreistätigkeit in Piding ist sehr rege. Bei den monatlich stattfindenden Treffen werden auf der Grundlage des Landschaftsplans Maßnahmen und Konzepte entwickelt, die später auch zur Umsetzung kommen. Dazu zählen z.B. die ökologische Umgestaltung des Pausenhofs der Piding Schule, die monatlich stattfindende, kostenlose Energie- und Umweltberatung oder die Neugestaltung einer Wanderkarte mit einem neuen Ortsplan. Im halbjährlich erscheinenden Gemeindereport sowie auf der Agenda-21-Vollversammlungen werden die Bürger regelmäßig über die laufenden Aktivitäten informiert und zum ak-

Nassschlamm bleibt nur wenig übrig, etwa 10 Prozent des Volumens. Bis zu 80 Prozent der Energie kann gegenüber herkömmlichen Verfahren eingespart werden, da kein Strom- und Energieverbrauch für Pressen und Verbrennen des Klärschlammes gebraucht wird. Die Bau-, Finanzierungs- und Betriebskosten sind im Vergleich zu herkömmlichen Anlagen gering.

Mittlerweile bieten seriöse regionale Unternehmen sogar Betreiber-Modelle an, damit Gemeinden mit Beschickung und Verwertung des Klärschlammes nichts mehr zu tun haben. Lediglich für den Kubikmeter Nassschlamm muss ein auszuhandelnder Preis gezahlt werden. Bau und Betrieb der Anlage sowie den Vertrieb übernimmt eine Betreibergesellschaft. **mr**

und Umsetzung des Landschaftsplans erarbeitete die Landschaftsarchitektin in den Jahren 1999 und 2000 zusammen mit Pfrontener Bürgern Maßnahmenvorschläge für die beiden Handlungsfelder „Naturschutz und Landschaftspflege“ sowie „Kommunikation und Beteiligung“. Die Ergebnisse werden in weiterführende Planungen einfließen.

Neuer Schwung

Wie I. Bürgermeister Albert Höchstetter, Barbing, 1. Vorsitzender des Bezirksverbands Oberpfalz des Bayerischen Gemeindetags, bei der Präsentation der Blauen Box in Erding betonte, könne es mit dem Werkzeugkoffer gelingen, dem Instrument Landschaftsplanung für die Gemeinden neuen Schwung zu verleihen. Manch steckengebliebenes Landschaftsplanvehikel könne mit dem richtigen Werkzeug wieder flott gemacht werden. Aber auch für bereits teilweise umgesetzte Landschaftspläne könne die Blaue Box mit neuen Ideen frische Impulse verleihen. Manch resignierte Geste oder der Seufzer „Das hilft ja doch nichts mehr“ gehöre damit der Vergangenheit an. Höchstetter: „Als Bayerischer Gemeindetag wünschen wir uns, dass das Projekt Früchte trägt und auch andere Politikbereiche die Landschaftsplanung als Aufgabe der Gemeinden wahrnehmen und anerkennen.“ **DK**



eibe rondo Tower:

Ausblick zur Entdeckungsreise in die Welt des Spielens

Mit einer Gesamthöhe von mehr als sechs Metern ist der eibe rondo Tower der ideale Blickfang für jeden Spielplatz. Futuristisches Design und viele spannende Spielelemente sind kennzeichnend für den markanten Sechseckturm. Äußerlich besticht der Turm durch eine interessante Dachkonstruktion. Des Weiteren werden die technischen Details des Towers durch ein Windrad sowie die Anmutung von Antennen und Leuchtstrahlern verstärkt. Die Brüstungen aus bruchstabilem HPL eignen sich ideal zum Aufbringen von Werbung bzw. Sponsoring oder als Hinweistafeln. Ins Innere gelangen die Kinder über eine Bergsteigerrampe mit Haltetau. Die vier Spielebenen sind mittels Sprossenleitern verbunden. Die Röhrenrutsche führt aus einer Höhe von 2,8 Metern direkt hinein ins Vergnügen. Durch die Bullaugen läßt sich fast unbeobachtet die Außenwelt betrachten. Der Blick in die Weite erfolgt durch ein schwenkbares Fernrohr - Entdecke die Welt des Spielens. ◀

Leitmessen I.H.M. wird 2003 noch attraktiver

Gestraftes Rahmenprogramm, Fachvorträge und Preisverleihungen werden besuchergerecht angeboten

Sehr hoch hat die Gesellschaft für Handwerksmessen ihre Ziele für die I.H.M. 2003 in München gesteckt: Die Leitmesse des Handwerks und des Mittelstands soll die über 200.000 erwarteten Fach- und Privatbesucher während der 7-tägigen Messedauer vom 13. bis 19. März 2003 „fit for business“ machen und ihnen einen optimalen Informationsnutzen bieten. Aus diesem Grunde ist das Messeangebot der I.H.M. wieder klar und übersichtlich in die Bereiche Business und Lifestyle gegliedert. Beide Bereiche ergänzen sich gegenseitig.

Der Business-Bereich unterstützt mittelständische Betriebe und Führungskräfte bei ihren betrieblichen Ausrüstungs- und Investitionsentscheidungen. Sie finden dort Angebote und Ideen zu den Themen Produktion und Material, Logistik und Dienstleistungen, Management und Büro, aber auch zahlreiche Anregungen für Existenzgründungen, Betriebsweiterungen und -erneuerungen.

Vorgestellt werden neue Maschinen und Ladeneinrichtungen, Zubehör für das Fleischer- und Bäckerhandwerk, Informations- und Kommunikationstechniken, Büroausstattungen

sowie behindertengerechte Arbeitsplatzeinrichtungen. Das Neueste zum Thema Investitions- und Ausrüstungsbedarf für die Metallbearbeitung, Metallverarbeitung und Schweißtechnik wird ebenfalls hier angeboten. Stärker als im Vorjahr sind Sicherheitstechnik, Arbeitsschutz, Umwelt- und Solartechnik vertreten.

Die Angebotspalette im Businessbereich, der den Bedarf von über neunzig Handwerksberufen widerspiegelt, wäre jedoch ohne Lagertechnik, Werkstatteinrichtungen und -bedarf oder Investitions- und Ausrüstungsbedarf für die Holz- und

Kunststoffbearbeitung sowie Befestigungstechnik, Elektrowerkzeuge und Baumaschinen unvollständig. Um die Besucher des Business-Bereichs „fit for Business“ zu machen, wird parallel zum Messeangebot ein gleichlautendes I.H.M.-Forum mit Fachvorträgen angeboten. Darin gibt es u. a. neue Marktpotenziale im IT-Bereich, neue Marketingideen und neue Möglichkeiten der Finanzbeschaffung.

Lifestyle-Bereich

Wieder einen hohen Stellenwert auf der kommenden I.H.M. wird der Lifestyle-Bereich einnehmen. Er bietet Kunsthandwerk, Schmuck und Design, Gestaltungsideen für Gärten und Wellness, Bau und Ausbau. Wer hier als Fachbesucher oder als Privatmann fachlich beraten werden will und hochwertiges einkaufen möchte, ist im Lifestyle-Bereich der I.H.M. an der richtigen Stelle. In insgesamt fünf Hallen wird die „Welt des Wohnens“ (Wohnvisionen, klassisches Wohnen, Landhaus und Musikinstrumente), „Wohnen nach Maß“ (Ausbau, Küche und Bad), „Kunsthandwerk und Schmuck“ und „Die Welt zu Gast“ präsentiert. Ausländische

Gemeinschaftsbeteiligungen und zahlreiche Einzelaussteller aus dem Ausland verleihen besonders dem Lifestyle-Bereich viel internationales Flair.

Das vielschichtige und breite Angebot der I.H.M. 2003 wird durch rund fünfzehn Sonder- und Leistungsschauen ergänzt. Das Spektrum reicht von der gläsernen Backstube und Wurstküche über Kfz-Sonderschauen und dem Ausstellerforum bei der Sonderschau „IT + Internet live“ bis hin zu kunsthandwerklichen Leistungsschauen, wie denen zum Thema Schmuck und Talente.

EXEMPLA

Das größte Flaggschiff unter den Sonderschauen ist die EXEMPLA, die sich bei der I.H.M. dem Thema Gartengestaltung widmet. Um deutlich zu machen, dass die Internationale Handwerksmesse mit ihren über 90 Berufen, die sie repräsentiert, auch für den Handwerksnachwuchs - von der Ausbildung bis hin zu Messeangeboten für Jugendliche - eine Menge zu bieten hat, wird diese Veranstaltung erstmals das Motto Young Generation aufgreifen.

Um einerseits die Kreativität des Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft unter Beweis zu stellen, andererseits aber auch die Rolle der I.H.M. als Motivationsinstrument zu nutzen, werden auf der kommenden Veranstaltung wieder wichtige, hoch dotierte Preise verliehen.

Der Marketing-Preis des Deutschen Handwerks wird unter der Schirmherrschaft des

Weit und breit kein Land in Sicht

Handels- und Handwerkskammer registrieren wachsenden wirtschaftlichen Pessimismus

Für die bayerische Wirtschaft ist kein Land in Sicht. Nach Konjunkturumfragen des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) und des Bayerischen Handwerkstages (BHT) unter ihren Mitgliedsfirmen ist die Lage eher noch schlechter geworden als im Herbst 2002. In beide Umfragen deutet nichts auf ein Ende der konjunkturellen Flaute hin. Die Stimmung ist weiter abgesackt, die Geschäftserwartungen noch pessimistischer als im vergangenen Herbst.

Von dem ohnehin geringen prognostizierten Wachstum werde nicht viel übrig bleiben, lautet das Fazit. Die Stimmung unter den Handwerksmeistern entspreche den frostigen Außentemperaturen, so BHT-Präsident Heinrich Traublinger. BIHK-Hauptgeschäftsführer Reinhard Dörfler erwartet einen weiteren Personalabbau in den Betrieben.

Personalabbau

Da die Verunsicherung der Unternehmen zunehme, hielten sie ihre Investitionen zurück und bauten weiter Personal ab, sagte Dörfler. Somit sei in der ersten Jahreshälfte 2003 nicht mit einem nennenswerten Wirtschaftswachstum zu rechnen. Und im zweiten Halbjahr werde eine Verbesserung allenfalls sehr schwach ausfallen. Auch die Tatsache, dass sich die aktuelle Lageeinschätzung nicht weiter verschlechtert habe, könne vor dem Hintergrund des niedrigen Niveaus und der ungünstigen Zukunftsprognosen nicht als Hoffnungsschimmer interpretiert werden. Einziger konjunktureller Lichtblick ist derzeit die positive Entwicklung des Exportgeschäftes, dessen Verlauf allerdings auf Grund der Irak-Krise und der Euro-Aufwertung auf einem wackeligen Fundament stehe. Die Impulse aus dem Export reichten jedoch nicht aus, die Inlandschwäche zu kompensieren, sagte Dörfler.

In der Industrie sind zwar trotz „höherer Personalkosten infolge

überhöhter Tarifabschlüsse und steigender Abgaben“ sowie einer deutlichen Euro-Aufwertung die Exporterwartungen spürbar gestiegen. 31 (Herbst 2002: 26) % der befragten Unternehmen rechnen mit Exportzuwächsen, nur noch 16 (25) % erwarten rückläufige Auslandsbestellungen. Dies, so Dörfler, spreche für die nach wie vor gute Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen. Doch verdeutlichten die gesunkenen Geschäftserwartungen eine starke Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung. Nur noch 13 (22) % der Industrieunternehmen erwarteten eine weitere Geschäftsbelebung, 20 (18) % eine Abschwächung.

Konsumgüterindustrie

Kaum noch zusätzliche Impulse vom Export erwartet die Konsumgüterindustrie, die ohnehin unter rückläufigen Inlandsbestellungen leidet. In der krisengeschüttelten Bauwirtschaft wiederum erwarten 46 (39) % eine noch schlechtere Geschäftsentwicklung. Nur 2 (3) % sind zuversichtlich. In allen Bausparten rechnen die Unternehmen in den kommenden Monaten mit sinkenden Auftragsvolumina. 76 (64) % der Unternehmen bezeichnen ihren Auftragsbestand als zu gering. Das ist laut Dörfler der höchste Negativwert seit 2001.

Im bayerischen Handel ist die Stimmung am Boden. 63 (62) % der Großhändler mussten in den vergangenen Monaten ein Umsatzminus verzeichnen. Allerdings

Der Umwelt-Doppeleffekt - die I.H.M. zeigt, wie's geht!

Immer mehr Handwerksbetriebe entdecken das Geschäftsfeld Umwelt für sich und heben sich dadurch von der Konkurrenz ab. Noch sind Beratung, Verkauf und Installation von ökologisch verträglichen Bausystemen ein Nischenprodukt, das vermehrt von den Verbrauchern nachgefragt wird. Beflügelt von finanzstarken Förderprogrammen der Bundesregierung, erfährt der Markt seit Jahren Aufschwung.

Allein im Oktober 2002 hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 1.785 Fotovoltaikanlagen bewilligt. Das sind erstmals mehr als zehn Megawatt Gesamtleistung in einem Monat. Der Doppel-Effekt liegt auf der Hand: Während weniger Energie verbraucht und die Umwelt geschont wird, sparen Verbraucher Kosten und eröffnen besonders den Betrieben der Krisen geschüttelten Baubranche aussichtsreiche Perspektiven auf einem Wachstumsmarkt.

Interessierte Handwerker, Verbraucher, Umweltberater und spezialisierte Anbieter bringt das Aktions- und Beratungszentrum Energie + Umwelt auf der I.H.M., der Internationalen Handwerksmesse, vom 13. bis 19. März 2003 zusammen. In Halle B4 - Achtung: neuer Standort! - ist geballte Kompetenz zusammengetragen: die Umweltberater der bayerischen Handwerkskammern sind ebenso anwesend wie Fachleute aus den Umweltzentren des Handwerks. Erstmals ist auch das Bauzentrum München dabei, das über Energie effizientes Bauen informiert. Die Gebäudeenergieberater der Initiative Passiv21, Trier, erklären die Vorteile von Passivhäusern: Ein Passivhaus mit 130 Quadratmetern Wohnfläche benötigt jährlich Heizwärme für etwa 80 Euro - das entspricht einer Menge von rund 200 Litern Heizöl pro Jahr.

Das Zentrum ist eingebettet in den I.H.M.-Ausstellungsbereich Energie-, Umwelt- und Solartechnik in Halle B4. Dort erwarten die Besucher Fachfirmen, die umweltverträgliche Systeme für Fach- und Privatbesucher anbieten.

Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) am 13. März mit einem Preisgeld von 25.000 EUR verliehen. Zusätzlich wird am letzten Messetag (19. März) den jeweiligen Preisträgern der Bundes- und Bayerische Staatspreis überreicht; er ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert.

Prämierung von Spitzenleistungen

Insgesamt 40 handwerkliche Spitzenleistungen werden auf der I.H.M. 2003 mit dem Bundes- oder Staatspreis prämiert. Während der Bundespreis für innovatorische Leistungen Investitionsgüter auszeichnet, die

von Handwerks- oder Industriebetrieben entwickelt, produziert und auf der I.H.M. ausgestellt werden, richtet sich der Bayerische Staatspreis an in- und ausländische Unternehmen, die hervorragende handwerkliche Spitzenleistungen in Technik und Gestaltung demonstrieren. Neu zur Preisverleihung zugelassen ist für den Staatspreis die Thematik Garten- und Parkgestaltung im öffentlichen Raum.

Die I.H.M. 2003 wird am 1. Messetag (13. März 2003) um 9.30 Uhr im Kongresscenter ICM mit viel Branchen-Prominenz eröffnet. Am Abend des gleichen Tages ist erstmals ein Get-Together für die Handwerks-Community vorgesehen.

sind die Prognosen nicht mehr ganz so negativ wie im Herbst 2002. Aber immer noch 37 (52) % befürchten weitere Einbrüche, lediglich 17 (16) % erwarten ein Umsatzplus. Dagegen herrscht im bayerischen Einzelhandel inzwischen eine desolante Stimmung. Nur 9 (9) % der Unternehmen konnten ihren Umsatz steigern, dagegen mussten 74 (73) % Einbußen hinnehmen. Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie die sich rapide verschlechternde Arbeitsmarktsituation raubten den Einzelhändlern jede Zuversicht, stellte Dörfler fest. Für die kommenden Monate rechnen 44 (26) % mit einer schlechteren Geschäftsentwicklung, nur noch 8 (11) % sind optimistisch.

Es fehlt an Investitionen

Für eine nachhaltige konjunkturelle Belebung fehle es nach wie vor an Investitionen, stellt Dörfler fest. Notwendige Investitionen würden wegen ungünstiger Geschäftserwartungen, geringer Kapazitätsauslastung sowie der schlechten Ertragsituation verschoben. 43 (44) % der bayerischen Unternehmen beabsichtigen weniger und 10 (11) % gar nicht zu investieren. Nur 11 (12) % haben ihre Investitionspläne erhöht.

In der Investitionsgüterindustrie, die ein wichtiger Indikator für die Entwicklung des Investitionsklimas sei, wollen 42 (39) % weniger und nur 11 (20) % mehr investieren. Und wenn investiert wird, dann in erster Linie in Ersatzbeschaffungen und Rationalisierungsmaßnahmen, nicht aber in Kapazitätserweiterungen. Dörfler: „Wer kann, er-

setzt Arbeit durch Kapital.“

Der BIHK sieht vor diesem Hintergrund eine Verschärfung der Lage am Arbeitsmarkt. 35 (37) % der befragten Unternehmen beabsichtigen in den kommenden Monaten, Personal abzubauen, nur unverändert 7 % wollen Mitarbeiter einstellen. In der Industrie werden sogar wieder 37 % der Firmen Stellen kürzen. In der Bauwirtschaft und im Handel bleiben Einstellungen die absolute Ausnahme. Von den unternehmensnahen Dienstleistern wollen nur 17 (14) % Mitarbeiter einstellen, 22 (29) % aber Personal abbauen.

Konjunkturverlauf

Der Konjunkturverlauf in Oberbayern ist nahezu mit dem in Bayern identisch. Nur Einzelhandel und Dienstleister beurteilen die Geschäftserwartungen in Oberbayern geringfügig schlechter als in Bayern. Dies hängt nicht zuletzt mit der schwachen Tourismussaison zusammen.

Dem bayerischen Handwerk ging es, wie Traublinger in einer Presseinformation mitteilte, „noch nie so schlecht wie heute“. 54 % der Handwerker befürchteten eine schlechte Geschäftslage in den ersten Monaten dieses Jahres. Vor allem die anhaltende Misere am Bau und die anhaltende Konsum- und Investitionsflaute drückten auf die Stimmung. Die Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie die Einschränkung der Eigenheimzulage verschlimmerten die Lage. Im Handwerk glaube kaum jemand an eine rasche Besserung der Lage. **dho.**

Bayerischer Tourismustag in München:

Spitzenposition behauptet

Minister Wiesheu bilanziert Fremdenverkehrsjahr 2002

Deutliche Einbußen hat im vergangenen Jahr die Tourismusbranche in Bayern hinnehmen müssen. Wie Wirtschaftsminister Otto Wiesheu beim Bayerischen Tourismustag in München mitteilte, sank von Januar bis November 2002 die Zahl der Gäste-Übernachtungen gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr um 4,7 Prozent auf knapp 66,5 Millionen. Für das Jahr 2003 sei von geschätzten 71 Millionen Übernachtungen auszugehen, was ebenfalls einem Minus von 4,7 Prozent entspreche. Trotz dieser Rückgänge könne der Freistaat jedoch eine „Bilanz auf hohem Niveau“ vorweisen.

Bayern habe seine Spitzenposition als Urlaubsland Nummer eins in Deutschland klar behaupten können. Dies sei angesichts der national und international bisher beispiellosen Zurückhaltung bei den Buchungen bemerkenswert, sagte Wiesheu.

Gäste-Ankünfte

Die Zahl der Gäste-Ankünfte sank in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres um drei Prozent auf gut 20,6 Millionen Reisende. Die meisten Gäste kamen mit fast 17 Millionen aus dem Inland. Den ersten Platz bei den Auslandsgästen nahmen die Benelux-Staaten mit rund 534.000 Personen ein (plus ein Prozent). Platz zwei belegten die US-Amerikaner, auch wenn deren Zahl gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 13,3 Prozent auf gut 491.000 Gäste sank. Auf Platz drei und vier folgten Italien mit fast 367.000 Reisenden (plus 3,7 Prozent) sowie Österreich mit rund 322.000 Personen (plus 3,2 Prozent).

Federn gelassen

Mit fast 70 Prozent aller ausländischen Übernachtungen in Bayern stelle Europa das größte Potenzial unter den ausländischen Märkten dar, betonte der Minister. Die entsprechenden Ankünfte hätten positiv zur Stabilisierung der Tourismusentwicklung in Bayern beigetragen, denn beim Inlandsmarkt habe der Freistaat sowohl bei den Übernachtungen (minus 4,7 Prozent) als auch bei den Gäste-Ankünften (minus 3,2 Prozent) Federn lassen müssen.

Der Urlaub auf dem Bauernhof boomt Wiesheu zufolge weiter. Der Landesverband Urlaub auf dem Bauernhof rechne für das gesamte Jahr 2002 mit einer Übernachtungszahl von knapp unter 11 Millionen. Auch die Unternehmer der Camping-

plätze in Bayern könnten auf einen guten Saisonverlauf zurückblicken. Die Zahl der Übernachtungen habe sich hier in den ersten elf Monaten dieses Jahres mit gut 4 Millionen ungefähr auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums bewegt (minus 0,5 Prozent).

Dachmarkenstrategie entwickelt

Um das Urlaubsland Bayern eindeutig und unverkennbar im Wettbewerb zu positionieren, wurde laut Wiesheu eine Dachmarkenstrategie für den bayerischen Tourismus entwickelt, die die einmaligen Besonderheiten des Landes klar herausstellt und für die hohe Qualität des weißen Tourismus steht. Daneben setze die Bayern Tourismus Marketing GmbH gemeinsam mit ihren Partnern konsequent auf den Auf- und Ausbau bedarfs- und zielgruppenspezifischer Produkt- und Markenkonzeppte. Um bestehende Märkte zu sichern, neue Segmente zu erschließen und Marktpotenziale möglichst optimal auszunutzen, seien bislang zwei touristische Produktmarken für Bayern entwickelt und in den Markt eingeführt worden:

Zwei Produktmarken

„im vergangenen Jahr die Produktmarke „WellVital in Bayern“ - ein Markenkonzept für das Wachstumssegment Gesundheit und Wellness mit verschiedenen bedarfsorientierten Angebotsgruppen. Bereits mehr als 100 touristische Betriebe und Orte in Bayern haben sich an dem Markenkonzept beteiligt.“

„in diesem Jahr „Kinderland Bayern“ - ein Markenkonzept für Familienurlaub in Bayern, mit dem die Spitzenposition Bayerns als Familienurlaubsland Nummer eins in Deutschland gefestigt und weiter ausgebaut werden soll.“

Kinderland Bayern

„Kinderland Bayern“, so der Minister, sei die erste Familienlebnismarke in ganz Europa und bereits über 70 Partner aus ganz Bayern hätten die strenge Qualitätsprüfung absolviert. Dabei handle es sich nicht nur um hoch spezialisierte Kinderhotels, -pensionen und -ferienwohnungen, sondern auch um sogenannte Erlebnispartner wie beispielsweise Erlebnisparks,

FREIZEIT 2003 - Garten + Touristik in Nürnberg:

Einkaufs- und Erlebniswelt rund um Freizeitthemen

Für die freizeitorientierten Branchen wird die Nürnberger Messe FREIZEIT 2003 - Garten + Touristik ein wichtiger Seismograph für das Konsumverhalten der Verbraucher sein und wichtige Rückschlüsse auf die weitere Entwicklung in den einzelnen Segmenten der Freizeitwirtschaft zulassen. Vom 1. bis 9. März 2003 findet diese traditionsreiche Veranstaltung in der Messe Nürnberg statt. Die veranstaltenden AFAG Messen und Ausstellungen erwarten rund 750 Aussteller, die in acht Hallen mit einer Gesamtfläche von rund 70.000 qm bewährte Produkte und interessante Neuheiten, die neuesten Freizeittrends sowie ein vielseitiges Informations- und Dienstleistungsangebot präsentieren.

Mit jährlich rund 200.000 Besuchern gehört die Nürnberger Veranstaltung zu den erfolgreichsten deutschen Messen auf dem Freizeitsektor. Traditionell wendet sie sich mit einem großen Bereich an die Freunde der mobilen Freizeit. Hersteller und Händler werden in Nürnberg die neuesten Caravans, Reisemobile sowie Zelte und Campingbedarf vorstellen und über die neuesten Trends informieren. Weitere Angebotsschwerpunkte sind der Internationale Reisemarkt mit touristischen Angeboten von der Naherholung bis zur Fernreise, die Bereiche Wasser- und Freizeitsport sowie Angebote für die Freizeit zuhause.

Kompetentes Forum

Mit der GARTEN 2003, Nordbayerns größter Messepräsentation rund ums Gartenhobby, präsentiert die Nürnberger Freizeitmesse eine weitere Spezialität. Die GARTEN 2003 versteht sich als kompetentes Forum der Information und Gartenexperten und zahlreiche einschlägige Verbände und Organisationen werden den Besu-

chern auch diesmal geballte Informationen und wertvolle Tipps zur Blumen- und Pflanzenpflege sowie zur Gartengestaltung vermitteln und kostenlosen fachlichen Rat anbieten.

Neben dem Informationsbereich tragen professionell gestaltete Sonderschaubereiche zum hohen Erlebniswert und zur fachlichen Kompetenz der Gartenpräsentation bei. Das zentrale Motto lautet diesmal „Feng Shui - Harmonie im Garten“. Bei einem Spaziergang durch die Sonderpräsentation kann man eintauchen in eine spannende und faszinierende Gartenwelt voller Lebensenergie. Pflanzen, Steine, Glas und Eisen - kunstvoll von Profis ihres Fachs arrangiert - laden ausdrücklich zum „Ideenklau“ ein. Außergewöhnliche Blickfänge sind faszinierende Pflanzenraritäten in exotischen neuen Farben, die Gärtner und Floristen mit viel Kreativität zu floralen Kunstwerken arrangieren werden. Die mystische Zauberkraft von Pflanzen wird dabei eindrucksvoll vor Augen geführt.

In einem weiteren Bereich präsentieren Hersteller und Händler ihr fachliches Angebot für Hobbygärtner, Blumen- und Pflanzenliebhaber. Das Spektrum reicht von Gartengeräten über Gartenmöbel und Gartenhäuser bis hin zu Pflanzen und Sämereien. Wer sich für Produktneuheiten interessiert, findet diese in einem separaten Bereich in der „GartenWerkstatt“.

Aber auch die kleinen Besucher kommen auf ihre Kosten. Sie können sich im SpielRaum unter fachkundiger Anleitung spielerisch mit dem Gartenthema auseinandersetzen und selbst aktiv werden. **DK**

Produktneuheiten

Im immer härter werdenden Wettbewerb bei sinkender Konsumbereitschaft und größerer Konkurrenz könne der Erfolgsfaktor für das Handwerk nur eine stärkere, systematischere Kunden- und Serviceorientierung sein. Und dies bilde, zusammen mit den dazu gehörigen innerbetrieblichen Umstellungen, den Kern des Modellversuchs. **DK**

werksbetriebe“ ebenfalls darum bemüht ist, durch ständige Neuerungen und Weiterentwicklungen in der Handwerkskammer selbst den aktuellen Wünschen der Mitglieder optimal entgegen zu kommen.

Im Zuge der Betriebsberatungen und der Marktbeobachtung habe man festgestellt, dass viele Handwerksbetriebe heute eine neue Art von Beratungsleistung bräuchten, nämlich Unterstützung bei einer effizienteren Gestaltung der betrieblichen Organisation, um Reibungsverluste zu vermeiden, erklärte Lenze.

München und Oberbayern, Bernd Lenze, waren diese Ergebnisse des Pilotprojektes folglich auch Anlass, den Zusammenhang von Service- und Kundenorientierung eines Unternehmens und der Organisation sowie Mitarbeiterförderung in diesem Betrieb als Erfolgsfaktoren herauszustellen.

Frage des Selbstverständnisses

Lenze wies darauf hin, dass die Handwerkskammer diesen Modellversuch nicht zuletzt deshalb organisiert hat, weil sie nach ihrem Selbstverständnis als „Serviceanbieter und Dienstleister für die Hand-

gen zwischen Gastgebern und Gästen. Deshalb würdigt Bayern ehrenamtliches Engagement sowie Zeichen bayerischer Gastfreundschaft im Tourismus.

Verdienste um die bayerische Gastlichkeit

Mit der Medaille für besondere Verdienste um die bayerische Gastlichkeit wurden in diesem Jahr ausgezeichnet: Friedl Schelz, Marktobderdorf, Lkr. Ostallgäu, für ihre langjährige, ehrenamtliche Tätigkeit beim Touristikverein Marktobderdorf, Brigitta Schmutzler, Schönau a. Königssee, Lkr. Berchtesgadener Land, für ihr mehr als 25-jähriges Engagement in der Vorstandschaft des Kur- und Verkehrsvereins Schönau a. Königssee, Hans Billmann, Gunzenhausen, Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen, für seinen Beitrag in der Tourismusentwicklung der Stadt Gunzenhausen und dem fränkischen Seeland, Otto Knopf, Helmbrechts, Lkr. Hof, für seinen Einsatz als Ehrenvorsitzender des Vereins „Oberfränkisches Textilmuseum Helmbrechts“ und Siegfried Peter, Furth i. Wald, Lkr. Cham, für sein schriftstellerisches Wirken weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus sowie herausragende heimatkundliche Vorträge. **KI**

Höchststadt an der Aisch wird 1000 Jahre alt

Zur 1000-Jahrfeier von Höchststadt an der Aisch heißt das Jahresmotto „Eine Stadt steht Kopf“. Was darunter zu verstehen ist, belegt das ganzjährige Festprogramm mit Angeboten für Bürger und Gäste. Anlass für das Jubelprogramm ist die Schenkung von Graf Ezilo von Schweinfurt, der Höchststadt im Jahre 1003 dem Kloster Fulda vermachte. Damit trat Höchststadt in die Geschichte ein. Gleichwohl steht aber fest, dass bereits seit der Mittelsteinzeit am Schlossberg gesiedelt wurde. Höhepunkte im festlichen Jahreslauf sind ein Festzug am 20. Juli mit 50 Bildern der Stadt Gunzenhausen und dem fränkischen Seeland, Otto Knopf, Helmbrechts, Lkr. Hof, für seinen Einsatz als Ehrenvorsitzender des Vereins „Oberfränkisches Textilmuseum Helmbrechts“ und Siegfried Peter, Furth i. Wald, Lkr. Cham, für sein schriftstellerisches Wirken weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus sowie herausragende heimatkundliche Vorträge. **KI**

HWK München und Oberbayern:

PESKUM-Pilotprojekt erfolgreich abgeschlossen

16 Handwerksbetriebe der Holz- und Metallbranche aus München und Traunstein haben nach dreijähriger Teilnahme ein Pilotprojekt der Handwerkskammer für München und Oberbayern (HWK) mit dem Namen „PESKUM-Personalentwicklung für kleine und mittlere Betriebe auf dem Weg zum Service- und Systemanbieter“ erfolgreich abgeschlossen. Im Rahmen einer Abschlussveranstaltung in der Handwerkskammer in München stellten die Vertreter von vier teilnehmenden Betrieben ihre praktischen Erfahrungen und die gewonnenen Erkenntnisse für die künftige Betriebsführung und -orientierung vor.

Die übergreifenden Erkenntnisse der Teilnehmer bestehen u.a. darin, dass in der von starkem Wettbewerb geprägten Wirtschaft der Unternehmer selbst eine klare Position am Markt suchen und strategisch agieren muss. Um dies erfolgreich bewerkstelligen zu können, muss er mit seinen Mitarbeitern zusammen, also im Team, eine optimale Organisationsform für den Betrieb erarbeiten. Ein so im Betrieb entwickeltes Unternehmenskonzept, bei dem der Service für die Kunden ein ganz wichtiges Element darstellt, ist Voraussetzung für den Erfolg am Markt.

Für den Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für

200 Jahre Passau bayerisch

Am 22. Februar 1803 wurde das „Besitzergreifungspatent des Kurfürsten Max IV. Joseph in Passau verkündet. Das geistliche Fürstentum Passau, ein kleiner unabhängiger Staat, wurde damit Kurbayern eingegliedert. „Heute ist Bayern ohne Passau nicht mehr vorstellbar“, betonte Innenstaatssekretär Hermann Regensburger beim Festakt. **DK**

Landratsamt Schweinfurt und komuna GmbH:

Ab Mai 2003 landkreisweites E-Government

Ein in Bayern bisher einzigartiges Projekt wird noch heuer im Landkreis Schweinfurt Wirklichkeit. Das Landratsamt Schweinfurt und die komuna GmbH EDV-Beratung aus dem niederbayerischen Altdorf planen, ab Mai 2003 landkreisweit ein einheitliches Verfahren einzusetzen, das auch die elektronische Datenübermittlung beinhaltet.

Bisher werden von den Sachbearbeitern in bayerischen Städten und Gemeinden An-, Ab- und Ummeldungen von Gewerbebetrieben am Schalter entgegen genommen und in zwölf-facher Ausfertigung an das Landratsamt geschickt. Dort muss mit erheblichem Aufwand die manuelle Verteilung an zahlreiche Empfänger erfolgen.

Ein Verfahren drängt sich auf

Ist der Gewerbebetrieb zu dem genehmigungspflichtig, muss der Unternehmer bisher direkt zum Landratsamt fahren

und seine Erlaubnis beantragen. Sowohl das Landratsamt als auch die anderen Empfänger der Meldung erfassen die Daten in eigenen Systemen zur Weiterverarbeitung. Ein Verfahren also, das sich geradezu aufdrängt, um im Rahmen des Landkreisbehördenetzes elektronisch abgewickelt zu werden.

Verwaltungshandeln optimieren

komuna und der Landkreis Schweinfurt haben nun vereinbart, im Rahmen eines Pilotprojektes das Verwaltungshandeln zu optimieren. In allen Gemein-

den soll dazu das Verfahren mit-gewer der naviga GmbH, Bremen eingesetzt werden. Die Daten der Gewerbemeldungen werden täglich elektronisch und automatisiert zum Landratsamt übertragen und dort medienbruchfrei übernommen. Auch die Verteilung erfolgt elektronisch, soweit die annehmenden Stellen entsprechend ausgestattet sind. Eine bundeseinheitliche Standardisierung und Zertifizierung durch das Bundesamt für Statistik stellt die Verarbeitung der Daten sicher.

Erhebliche Erleichterungen für die Bürger

Aber auch für die Bürger im Landkreis ergeben sich erhebliche Erleichterungen. Die Gewerbebeantragungen können zukünftig online im Internet erledigt werden. Dabei kommt eine bereits im Wirkbetrieb erprobte

Dialoganwendung zum Einsatz, die es dem Bürger erlaubt, die geforderten Daten bequem und mit sehr wenigen Fehlerquellen einzugeben. Die Gemeinde verarbeitet die Daten des Onlinevorgangs dann medienbruchfrei nach Kontrolle durch den Sachbearbeiter. Bei erlaubnispflichtigen Betrieben kann der Antrag zukünftig bei der Gemeinde entgegen genommen und ebenfalls zur Genehmigungsbehörde, dem Landratsamt, übertragen werden. Ein wichtiger Schritt also zu mehr Bürgerfreundlichkeit durch Dezentralisierung der Verwaltungsdienstleistungen.

Schutz persönlicher Daten

Im Landkreis Schweinfurt wird also ein Verfahren angewendet, das den gesamten Arbeitsablauf vereinfacht und elektronisch abbildet. Selbstverständlich gelangen dabei im Rahmen des Landkreisbehördenetzes automatisierte Übertragungsverfahren zum Einsatz, die neueste Verschlüsselungsverfahren bei der Datenübertragung beinhalten. Damit ist der Schutz der persönlichen Daten des Bürgers gewährleistet. ☞

KPV im Landkreis Nürnberger Land:

Kommunen in Zeiten leerer Kassen

„Wer anschafft zahlt - Kommunen in Zeiten leerer Kassen“: Unter diesem Motto stand eine Tagung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) in Schnaittach. Dabei konnte der Kreisvorsitzende der KPV Nürnberger Land, Werner Kundörfer, etwa 200 Gäste sowie als Hauptreferenten Bayerns Kommunalminister Dr. Günther Beckstein begrüßen.

Die kommunalen Finanzen, so Beckstein, böten Anlass zu „größter Besorgnis“. Wegbrechende Steuereinnahmen und steigende Ausgaben raubten den Kommunen den Raum, kreative Ideen in die Tat umzusetzen. Bayern wolle diesem Umstand mit dem Konnexitätsprinzip entgegenwirken.

Konnexitätsprinzip

Der Innenminister erläuterte das Vorhaben der Staatsregierung. „Überträgt der Staat den Gemeinden Aufgaben, verpflichtet er sie zu deren Erfüllung im eigenen Wirkungskreis. Stellt er besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat er gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen. Zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips vereinbart die Staatsregierung mit den Kommunalen Spitzenverbänden ein Konsultationsverfahren“.

Weniger Gesetze

Beckstein erhofft sich von diesen Maßnahmen insgesamt eine Verringerung der vom Freistaat ausgehenden Richtlinien und Gesetze: „Da werden sich die Regierungsbeamten doppelt überlegen, ob sie für eine bestimmte Richtlinie dieses ganze Verfahren durchlaufen wollen.“ Über das „Konnexitätsprinzip“ soll es laut Beckstein am 21. September eine Volksabstimmung geben, damit es in die Verfassung aufgenommen werden kann. Dann müsse aber auch der Bund nachziehen und das Prinzip ebenfalls einführen. Durch eine Verschärfung des Kommunalrechts will Beckstein „riskante Geschäfte der Kommunen mit Partnern

außerhalb der EU unterbinden“.

Entbürokratisierung

Gleichzeitig plant er, eine Entbürokratisierungs-Initiative zu starten und den Bürgern vor Ort mehr Verantwortung zu übertragen. Als Beispiel verwies er auf das Baurecht. Man müsse Architekten und Bau-trägern vertrauen, dass sie sich an die vergebenen Bebauungspläne halten. „Wir sollten hier nicht mehr vor Baubeginn zehnmal prüfen lassen, ob Richtlinien eingehalten werden können, sondern nur einmal nach Fertigstellung überprüfen, ob die rechtlichen Vorgaben eingehalten wurden“, erklärte Beckstein abschließend. wk

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kambuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Hiltpoltstein probt den Aufstand

Solidaritätsumlage wird auf Eis gelegt

Die Gemeinde Hiltpoltstein im Landkreis Forchheim (Oberfranken) probt den Aufstand. Der Gemeinderat votierte einstimmig dafür, die Zahlung der Solidarumlage zu verweigern. Im Blickfeld auf die angespannte Finanzlage der Marktgemeinde beschwor Bürgermeister Johann Deuerlein die Mitglieder seines Rates, mit dieser gezielten Aktion eine Signalwirkung zu erzielen.

Hintergrund dieses Verhaltens ist die im Kreisverband Forchheim des Bayerischen Gemeindetages verabschiedete Solidaritätserklärung mit der Gemeinde Fürstenstein. Diese Kommune, die mit ihren Widersprüchen gegen die Bescheide über die Kreisumlage, die Schlüsselzuweisungen und den Einkommensteueranteil ein Zeichen setzen will, hat die Solidaritätsabgabe zum Anlass genommen, auf die ständig steigenden Belastungen der kleinen Kommunen hinzuweisen. Der Hiltpoltsteiner Bürgermeister Johann Deuerlein ist Kreisvorsitzender der Freien Wähler im Landkreis Forchheim und Landesvorsitzender jener Gruppierung innerhalb der „Freien“, die im Herbst dieses Jahres den Sprung in den Landtag schaffen will. fpo



Die Wallfahrtskirche „Maria Vesperbild“ im Legoland. ☞

„Tag der Region“ im LEGOLAND

Am 12. April eröffnet LEGOLAND Deutschland die Saison 2003. Exakt eine Woche früher, am 4. April, laden LEGOLAND Deutschland, der Günzburger Landrat Hubert Hafner und der Oberbürgermeister der Kreisstadt, Gerhard Jauernig, die Landkreisbevölkerung zu einer Exklusivveranstaltung in den Familienpark ein: dem „Tag der Region 2003“.

„Die Bewohner des Landkreises sollen die ersten sein, die exklusiv die neuen Attraktionen erleben können“, so LEGOLAND Park Geschäftsführer John Jakobsen. Für die Landkreisbürger wird der Park am Nachmittag des 4. April vorzeitig geöffnet. Der Eintrittspreis pro Person beläuft sich auf zehn Euro. Karten für den „Tag der Region“ wird es ab Anfang März geben.

Attraktionen auf dem Prüfstand

Die Bürger des Landkreises kommen somit eine Woche vor der offiziellen Parkeröffnung in den Genuss, bewährte und neue Attraktionen im Park zu testen.

Attraktionen

Doch nicht nur die Attraktionen im LEGOLAND Park sollen die Besucher begeistern. Vielmehr findet auf dem Gelände ein Tag der Region für die Region statt. Jakobsen, Hafner und Jauernig bringen es auf einen Nenner: „An diesem Tag haben kleine und große Künstler, Musik- und Theatergruppen, Schulen, Chöre, Vereine und Aussteller die Möglichkeit sich zu präsentieren, sie sollen schlichtweg das Programm gestalten.“

LEGOLAND stellt hierfür die LEGO-Arena sowie weitere Bereiche im Park zur Verfü-

gung. Die Teilnehmer haben dabei die einmalige Chance, vor Tausenden von Besuchern aufzutreten. Auf einer großen Freifläche beim „Land der Ritter“ ist zudem eine Ausstellung geplant. Hier können im besonderen Produkte und Dienstleistungen aus der Region präsentiert werden. Der Platz ist allerdings begrenzt.

Interessierte Aussteller und Bewerber des Unterhaltungsprogramms sollten sich deshalb möglichst umgehend - bis spätestens 4. März 2003 - mit der Regionalmarketing Günzburg GmbH, An der Kapuzinermauer 1, 89312 Günzburg, in Verbindung setzen. Dort können entsprechende Anmeldeformulare angefordert werden.

Jährlich eingeplant

Gehen sehr viele Bewerbungen ein, muss eine Auswahl getroffen werden. Der Tag der Region soll jährlicher Bestandteil des „Landkreisterminkalenders“ werden. So gilt, wer diesmal nicht zum Zuge kam, bekommt im nächsten Jahr eine neue Chance. Landrat Hubert Hafner hofft, dass sich viele Gruppen beteiligen und somit zeigen, was der Landkreis alles zu bieten hat. Die Veranstalter weisen auch ausdrücklich darauf hin, dass an die einzelnen Teilnehmer keine Gagen gezahlt werden. Hans Joas



Vor der Kulisse des Marktes Leuchtenberg im Rathausaal (v.l.) Dekan Gerhard Witczak, Pfarrer von Leuchtenberg, und Bürgermeisterin Waltraud Benner-Post mit dem Bundes- und Europavorsitzenden Christian Schärtl, der sich ins Goldene Buch der Marktgemeinde Leuchtenberg einträgt. Bild und Text: fjo

Gemeinde Leuchtenberg:

Wirken setzt nachhaltig Akzente

Empfang des KLJB-Bundes- und Europavorsitzenden Christian Schärtl

Seit Juni Bundesvorsitzender und seit August Europavorsitzender der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB): Bei einem Empfang feierte die Marktgemeinde das aufstrebende Talent Christian Schärtl, der sich in das Goldene Buch eintrug.

Bürgermeisterin Waltraud Benner-Post bezeichnete es als Ehre, dass der Döllnitzer beide Ämter als Ehrenamtlicher erreicht habe. Schärtl habe bereits in jungen Jahren gezeigt, Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen. Mit seinem Wirken setze er nachhaltige Akzente. Dekan Gerhard Witczak bescheinigte dem Ge-

ehrten wiederum ein gerüttelt Maß an Kraft und Fähigkeit, die einer christlich geprägten Familie entstammten. Nach dem Eintritt ins Goldene Buch der Marktgemeinde äußerte sich Schärtl erfreut, dass er in der Heimat derart wahrgenommen werde. Die christliche Tradition diene als wichtiges Fundament der täglichen Arbeit. ☞

Zahlreiche Gratulanten zum 60. Geburtstag von Landrat Dr. Anton Dietrich:

Vielseitiger Einsatz für Heimatkreis und Schwaben

Ministerpräsident Stoiber: „Der Erfolg gibt Ihnen recht“

Dillingen - „Wir in München verfolgen mit Interesse und Respekt, wie es Ihnen gelingt, die Stärken Ihres Landkreises zur Geltung zu bringen. Der Erfolg gibt Ihnen recht.“ - Mit diesem besonderen Kompliment stattete der bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber seinen herzlichen Glückwunsch an den Dillinger Landrat Dr. Anton Dietrich zu dessen 60. Geburtstag aus. Stoiber fügte hinzu: „Für die Zukunft wünsche ich Ihnen, dass Sie mit Umsicht, Weitblick und Verantwortungsbewusstsein Ihren zahlreichen Aufgaben nachgehen. Der Landkreis wird es Ihnen danken - und die Staatsregierung ohnehin.“

Der gebürtige Lauinger, der am 1. Mai 2003 sein 25. Dienstjubiläum an der Spitze der Dillinger Landkreisverwaltung feiern kann, hat sich in vielseitigster Verantwortung für seinen Heimatkreis, den Bezirk Schwaben

ten Beförderung des Kreises Dillingen zum „Bildungslandkreis Nr. 1“ in Bayern. Über den Freistaat hinaus hat sich die Bayerische Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen internationales Ansehen erworben. Das Bildungszentrum für Umweltschutz in Lauingen mit seiner weitreichenden Ausstrahlung und das Süddeutsche Bildungszentrum für Floristen im Rosenschloß Gundelfingen kamen ebenso hinzu wie der Ausbau des Berufsschulwesens.

Einfallsreichtum bewiesen

Einfallsreichtum entwickelte Dr. Dietrich bei der Durchsetzung von Projekten, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger des Landkreises entscheidend förderten: die anhaltend erfolgreichen Landkreisausstellungen, Kreiskulturtag, beispielgebende Denkmalpflege- und Umweltwettbewerbe, Sporthallenprogramm und die allseits gerühmte gelungene Zusammenführung des Nordens des Altkreises Wertingen mit dem bei der Landkreisreform unter Schmerzen aus der Taufe gehobenen neuen Kreis Dillingen.

Lebenswerte Region

Dr. Dietrich, der sich auch profilierte als Vorsitzender des Bayerischen Landkreistages, Bezirksverband Schwaben, als Vorsitzender der CSU-Fraktion im schwäbischen Bezirkstag sowie als stellvertretender Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes Schwaben, konnte sich freuen über viele Glückwünsche aus allen Bevölkerungskreisen. Zu den Gratulanten gehörten

die schwäbischen Kabinettsmitglieder. Landwirtschaftsminister Josef Müller schrieb: „Die Entwicklung des Landkreises zu einer leistungsfähigen und lebenswerten Region mit beispielhafter wirtschaftlicher Dynamik ist untrennbar mit Deinem Namen verbunden.“ Eine „herausragende politische Größe“, die Schwaben mitgestaltet habe und auch weiterhin ihren Stempel aufdrücke, nannte Staatssekretär Georg Schmid den Jubilar.

Sinnacher: Stolze Bilanz

Im Namen des Bezirkstages Schwaben und persönlich gratulierte Bezirkstagspräsident Dr. Georg Sinnacher: „...Du kannst auf eine stolze Bilanz zurückblicken, die reifen Früchte ernten, die Du Dir erarbeitet hast... Aus einer schwierigen Ausgangsposition heraus hast Du mit Deinen Initiativen den Kreis an die Spitze gebracht, wie immer wieder Untersuchungen und aktuelle Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten beweisen.“ Gewürdigt wurden von Dr. Sinnacher u.a. die Verdienste um den „Bildungslandkreis Nr. 1“, die Neuordnung des Krankenhauswesens und die Übernahme überregionaler Verantwortung.

Schmid: Tatkraft und Bauernschläue

Schwabens Regierungspräsident Ludwig Schmid verband seinen Glückwunsch mit der Feststellung „überaus verdienstvollen Wirkens“ für den Landkreis und auch für Schwaben. Respekt äußerte Schmid vor der Kompetenz, Tatkraft und dem Geschick Dietrichs, „im rechten Moment die richtigen Leute anzusprechen und um sich zu scharen“, dabei dem Landrat bestätigend, dass er neben Entschlossenheit für die Durchsetzung grosser Ziele über einen hilfreichen „Schuß Bauernschläue“ verfüge.

Dank des Bischofs

Von Kindheit an fühlt sich Dr. Dietrich der Kirche eng verbunden. Bischof Dr. Viktor Josef Dammertz dankte in seiner herzlichen Gratulation dem Dillinger Landrat für sein „grosses Engagement, ... das von christlicher Verantwortung bestimmt ist“. Hervorgehoben wurde vom Bischof der Einsatz von Dietrich für die Verleihung des über Deutschland hinaus beachteten „Europäischen St. Ulrichs-Preises“ von Stadt und Kreis Dillingen. jdt

OB Schaidinger beim Regensburger Neujahrsempfang:

„Lassen wir das Jammern“

Aufmunternde Worte richtete Oberbürgermeister Hans Schaidinger beim Neujahrsempfang der Stadt Regensburg an die besonders zahlreich erschienen Gäste aus allen Bereichen des politischen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. „Lassen wir das Jammern. Es lähmt nur und macht ohnmächtig.“ Zur Besänftigung fügte er später an: „Wir befinden uns jetzt in einem Umbruch, jedoch nicht vor einem Zusammenbruch.“ Unsere Position sei vergleichsweise noch solide. Wenn es aufwärts ginge, wären wir mutig und zuversichtlich, aber jetzt in der gleichen Situation sind wir misstrauisch und verzagt, weil wir befürchten, dass es weiter abwärts geht. Das kann heute auch für das Jahr 2004 noch niemand ausschließen.

Immerhin: Die Arbeitslosenzahlen stiegen in den meisten einst hochgelobten Wirtschaftsmetropolen. Im Arbeitsamtsbezirk Regensburg stagnieren sie seit drei Monaten. Das sei schon ein Lichtblick in diesen Tagen.

Seine Ansprache beendete der Oberbürgermeister mit dem Wunsch, dass dieses Jahr uns nicht einem Krieg näher bringt, was die rund 500 Gäste mit lebhaften Beifall bedachten. WZ

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Das ist ein prima Vorschlag für mein Faschingskostüm.“ Mein Chef, der Bürgermeister, amüsierte sich köstlich über einen sehr bildhaften Ausspruch des Stadtstagspräsidenten Josef Deimer, der sagte: „Bürgermeister sind keine Dult-Affen.“ Er prangerte damit die Fremdbestimmung kommunaler Handlungsfelder an.

Der Hintergrund dieser doch eher humorigen Einlassung ist zwar bierernst. In Zeiten bitterster Finanznot der Kommunen fühlt man sich als kommunaler Mandatsträger schon genasführt, wenn man immer wieder neue kostenträchtige Wohltaten von „denen da oben“ finanzieren muss. Ob Grundversicherung oder Ausländerintegration - jeder heftet sich das Positive ans Revers, doch keiner sagt Dankeschön zum Zahlonkel Bürgermeister. Aber dennoch: In der Faschingszeit ist man

gen abgestreift! Wir haben gerade unsere heiße Weiberfastnachtsparty im Rathaus hinter uns, mit einer Behörden-Kabaretttruppe als Pausenclowns für die tanzerhitzten Gemüter. Ich habe mir die Paraderolle der Fanny Bacher gesichert und ihre Quäckstimme hatte ich senkrecht drauf. Allüberall wurde mir ein anerkennendes „affengeil“ zugeraut.

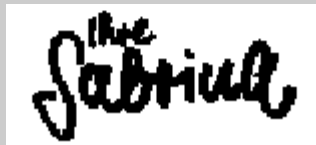
Den großen Faschingszug im Städtchen am Samstag vor Rosenmontag mach' ich auch noch mit. Ich geh' als Eskimo, das einzig adäquate Kostüm bei sibirischen Temperaturen. Obwohl ich hoffe, dass es doch noch milder wird. Vor allem müssen wir gucken, dass wir die Gehwege entlang der Zugroute eisfrei kriegen. Dieses Jahr war es ja vor der langen Frostperiode blöd: Der Schnee kam am Samstag, als nur die Notbesetzung für's Schneeräumen da war. Es gefror am Sonntag zu Stein und Bein, als sich gar niemand um das weiße Zeug kümmerte und dann hatten wir tagelang „Holiday on ice“ in der Fußgängerzone.

Aber was soll's, es wird ja wieder Frühling. A propos: In den neu eingeführten Frühjahrsferien fahre ich mit meiner Freundin Claudia Elfer und ihren Kindern ins schneesichere Allgäu, ins Werdenfelser oder Berchtesgadener Land. Der Bürgermeister muss - ätsch - dableiben, und zum Kehraus, zum Aschermittwochsessen, zum Geldbeutelwaschen und zu all den Pflichtterminen rund um den Faschingsausklang. Zum Trost lege ich ihm einen Kalenderspruch von Joachim Ringelnatz auf den Schreibtisch: „Humor ist der Knopf, der verhindert, dass uns der Kragen platzt.“

Humor ist der Knopf, der verhindert, dass uns der Kragen platzt

gerne bereit, solche bildhaften Ausdrücke umzudeuten und für unernst zu nehmen. Klar, dass die Zeitungüberschrift mit dem Deimer-Zitat ausgeschnitten und zur Headline der Faschingszeitung wurde. Darunter montiert wurde ein Bild von „unserm Charly“, einem liebenswürdigen Fernseh-Schimpanse.

Selten habe ich mich so auf die tollen Tage gefreut wie heuer. Wir leben in einer seltsamen Umbruchzeit. Man meint zu spüren, dass vieles anders wird und hat nicht das Gefühl, irgendwas würde besser. Die Lektüre von Zeitungen gleicht einem intellektuellen Spießbrutenlaufen, egal ob man Innen- oder Außen-, Finanz- oder Wirtschaftspolitik liest. Aber jetzt mal alle Sor-



Erinnerung an eine herzliche Gratulation am Abend des 3. März 2002: die stellvertretende Landrätin Angela Rieder beglückwünscht den Dillinger Landrat Dr. Anton Dietrich zur fünften Wiederwahl. Zahlreiche Glückwünsche gab es für Dr. Dietrich jetzt auch zum 60. Geburtstag.

und das Land Bayern nehmen lassen: als Kommunalpolitiker und als einer der Führungskräfte der CSU.

Fünf Mal gewählt

Auch von der politischen Konkurrenz nicht bestritten werden die grossen Verdienste des Dillinger Landrates um „seinen“ Landkreis. 1978 wurde Dietrich nach vierjähriger Zugehörigkeit zur CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag nach eigener Aussage „in das schönste Amt, das es in Bayern zu vergeben gibt“, gewählt. Bei der Landratswahl am 3. März 2002 - seiner fünften Wahl - erhielt er mit 65,17 Prozent Stimmen, gegen zwei Mitbewerber, einen grossen Vertrauensbeweis. Vorausgegangen war während der Nominierungsversammlung des Kreisverbandes der CSU ein vielfach als sensationell empfundenen Erfolgsvorschuss für den „Mann mit Ecken und Kanten“: Alle 126 Delegierten stimmten für Dietrich.

Seit Dietrich das Steuerruder im Landratsamt an der Grossen Allee in Dillingen übernahm, hat sich der einst besonders ländlich geprägte Landkreis zu einem attraktiven „Wirtschafts-, Wohn- und Lebensraum“ weiterentwickelt. Tatkräftig und mit einem ausgeprägten Spürsinn für das Öffnen von erfolgversprechenden „Türen“ stärkte Anton Dietrich die Selbstbehauptung des Landkreises Dillingen zwischen den Ballungsräumen Augsburg-München, Ulm-Stuttgart und Nürnberg.

Die bisherige Bilanz kann sich wahrlich sehen lassen: Seit 1978 Steigerung der Einwohnerzahl von 78.000 auf bald 95.000, positive Entwicklung der Wirtschafts- und Umlagekraft mit beeindruckenden Ergebnissen und der von „München“ aus beständig-



Landkreis Neu-Ulm:

Positive Bilanz zum Abschluss von „Ökoprofit“

13 Firmen erhielten Auszeichnung von Landrat Erich Josef Geßner

13 Betriebe unterschiedlicher Größe haben mit Erfolg das erste ÖKOPROFIT-Projekt des Landkreises Neu-Ulm abgeschlossen. Bei der Abschlussveranstaltung konnte Landrat Erich Josef Geßner (im Bild links) allen teilnehmenden Unternehmen die Urkunden überreichen. „Die Ergebnisse zeigen eindrucksvoll die ökologischen und ökonomischen Erfolge des Projekts und belegen das große Engagement der Betriebe und unserer Projektpartner“, zog Landrat Geßner eine positive Bilanz.

Die Umwelt entlasten und gleichzeitig Kosten sparen, mit diesem Ziel waren die Betriebe, unter anderem auch die Staatliche Berufsschule Neu-Ulm und das Landratsamt Neu-Ulm, vor einem Jahr beim ÖKOPROFIT-Projekt des Landkreises Neu-Ulm angetreten. Unterstützt von den Unternehmen iwu-institut aus Neu-Ulm (früher Paul und Partner) sowie B.A.U.M. Consult aus München hatten sie systematisch Einsparmöglichkeiten bei Energie, Abfall und Wasser untersucht und erste konkrete

Maßnahmen zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes in die Wege geleitet.

Mit auf dem Programm stand auch eine Schulung der Mitarbeiter über die Lagerung beziehungsweise den Umgang mit Gefahrstoffen. Insgesamt hatten die Betriebe an zehn Workshops teilgenommen. Hinzu kamen mehrere Betriebsberatungen.

Die Gesamtbilanz der bis zum jetzigen Zeitpunkt bewertbaren Maßnahmen weist jährliche Einsparungen von rund 632.000 Euro auf. Die-

sen steht eine Investitionssumme von rund 2,9 Millionen Euro gegenüber. Weitere Maßnahmen sind in der Planung. Die Firma Konzelmann Metallschmelzwerk GmbH zum Beispiel will in diesem Jahr ihre Anlagentechnik für 2,5 Millionen Euro modernisieren. Die damit verbundenen Einsparungen beim Energieverbrauch beziffern sich auf 250.000 Euro jährlich.

Ein zusätzlicher Gewinn für die Teilnehmer an ÖKOPROFIT seien die in den letzten Monaten entstandenen, persönlichen und geschäftlichen Verbindungen, machte Landrat Geßner deutlich. Der Landkreis Neu-Ulm hatte zur Finanzierung des Modellprojekts 20.000 Euro zur Verfügung gestellt. Finanzielle und praktische Unterstützung leistete auch die Sparkasse Neu-Ulm-Illertissen

Bayerischer Untermain:

Region der Kooperation

**Erfolgreicher Abschluss des Pilotprojekts
„Regionalmanagement und Regionalmarketing“**

Das Lob fällt einmütig aus: „Das war ein großer Erfolg. Unsere Erwartungen haben sich voll erfüllt“, ziehen Kommunalpolitiker wie Unternehmer eine positive Bilanz des Pilotprojekts „Regionalmanagement und Regionalmarketing“ in der Region Bayerischer Untermain, das nach vierjähriger Laufzeit nunmehr erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Die Beteiligten aus Politik und Wirtschaft, aus Verbänden und Vereinen sind sich sicher: Das Ende der Pilotphase ist nicht das Ende der engen Kooperation der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg, der Stadt Aschaffenburg, der Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg, der Handwerkskammer für Unterfranken und vieler Verbände, Vereine und Bürger.

Miltenbergs Landrat Roland Schwing spricht für alle, wenn er feststellt: Zur engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die sich in den letzten Jahren zwischen den relevanten Gruppen und Kräften in der Region entwickelt habe, gebe es auch in Zukunft keine Alternative. Keiner der Beteiligten sehne sich nach den „alten Zeiten“ des Nebeneinan-

ders zurück. Der Bayerische Untermain sei heute die Region der Kooperation. Der Präsident der IHK Aschaffenburg, Martin Suffel, sieht das nicht anders. Dieses Pilotprojekt sei ein „Meilenstein in der Regionalentwicklung“ gewesen, das in den vergangenen Jahren das Miteinander im Rhein-Main-Gebiet wesentlich verbessert habe. Diese aktive Regional-

marketingarbeit müsse daher auch in Zukunft konsequent und engagiert fortgesetzt werden.

Neue Herausforderungen

In der Region Bayerischer Untermain, der Planungsregion 1, wie sie in der Sprache der Landesplaner heißt, hatten sich Aschaffenburg, Stadt und Land, der Landkreis Miltenberg, die IHK und die Handwerkskammer schon 1995 in der Arbeitsgemeinschaft „Initiative Bayerischer Untermain“ zusammengefunden. Sie sollte Antworten geben auf die neuen Herausforderungen der neunziger Jahre wie deutsche Einheit oder das Zusammenwachsen der Europäischen Union.

Stärkende Ziele

Die Arbeitsgemeinschaft verständigte sich auf eine Reihe von Zielen, die die Region und ihre Konkurrenzfähigkeit nachhaltig stärken sollten: Von der Einrichtung eines Gründerzentrums und einer Technologie-Agentur, eines Gewerbeflächen-Informationssystems

und eines Regionalmarketings bis hin zur Errichtung einer eigenständigen Fachhochschule in Aschaffenburg. Heute ist der größte Teil dieser Forderungen schon verwirklicht. Mit fortschreitender Arbeit wurde den Initiative-Mitgliedern aber immer bewusster: Wirtschaftsförderung allein reicht nicht. Selbst für standortsuchende Unternehmen bestimmt sich die Attraktivität eines Raumes nicht mehr nur nach „harten“ ökonomischen Kriterien. Eine Region wird nur dann dauerhaft attraktiv sein, wenn sie auch die „weichen“ Faktoren wie Umwelt und Natur, Kunst, Kultur und Bildung, Landschaft und Tourismus gleichermaßen im Auge behält.

Standortanalyse

Auch bedarf erfolgreiches Regionalmarketing der Ergänzung durch ein die Entwicklung der Region sinnvoll steuerndes Regionalmanagement. In intensiven Kontakten mit dem Landesentwicklungsministerium entstand so der Gedanke, in der Region am Untermain ein Pilotprojekt „Regionalmanagement/Regionalmarketing“ zu starten. Dazu trat das Ministerium 1998 der Initiative bei.

Am Beginn der gemeinsamen Arbeit stand eine umfassende Standortanalyse. Auf de-

ren Grundlage entwickelte die Initiative in intensiven Diskussionen in Workshops und Gesprächskreisen unter Beteiligung aller Gruppierungen, der Öffentlichkeit und jedes interessierten Bürgers ein gemeinsames Leitbild für die Region Bayerischer Untermain, das deren zukunftsbeständige Gesamtentwicklung durch eine Reihe von regionalspezifischen Maßnahmen vorsieht. Die breite und intensive öffentliche Beteiligung hat, wie alle einräumen, zu Verzögerungen im ursprünglich vereinbarten Zeitplan geführt. Einen Schaden mag darin freilich niemand zu sehen. Die offene Diskussion habe schließlich nicht nur den in der Region vorhandenen Sachverstand in einem kaum geahnten Maße nutzbar gemacht; die umfassende Beteiligung habe auch dazu geführt, dass das Leitbild bis heute von allen akzeptiert und mitgetragen wird.

Herausragende Ergebnisse

Auf die Frage nach den wichtigsten Ergebnissen des Pilotprojekts für die Region hört man allenthalben: Die Zusammenarbeit im Rhein-Main-Gebiet habe sich in den vergangenen letzten Jahren spürbar verbessert. Dazu habe sicherlich der Beitritt zur Wirtschaftsförderung Region Frank-

furt Rhein Main beigetragen. Schließlich sei das Wohlergehen der Region Bayerischer Untermain in hohem Maße von der weiteren Entwicklung der Metropolregion Frankfurt abhängig. Weiter ist hier die angelaufene Kampagne zu nennen, mit der die Region als Logistik-Standort des Rhein-Main-Raums Profil gewinnen will. Und schließlich kommt auch die Werbung für in der Region erzeugte Lebensmittel gut an. Die beliebten Apfelmärkte sind nur ein erster Baustein für ein künftiges Vermarktungskonzept.

Messbarer Erfolg

Auf die Frage nach einem wichtigen und messbaren Erfolg des Pilotprojektes verweisen Kommunalpolitiker der Region auf einen Bericht der Illustrierten „Stern“. Danach, so habe eine repräsentative Umfrage gezeigt, ist die Region Bayerischer Untermain die Region mit der deutschlandweit zufriedensten Bevölkerung. Die intensive Beschäftigung mit der künftigen Entwicklung der Region als ebenso wirtschaftsstärke wie lebens- und liebenswerte Heimat im Rahmen des Pilotprojektes habe zu diesem hohen Zufriedenheitsgrad beigetragen, zeigt sich Roland Schwing überzeugt. **DK**

Vorschau auf GZ 6

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 6, die am 13. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ◀ Kommunale Baupolitik
- ◀ Kommunale Repräsentation